

Bar

— Fünfzehnter Jahrgang. —

Nr. 19.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

19. Woche für die Zeit vom 4. bis 10. Mai 1906.

Posen, den 15. Mai 1906.

Von den Herren Landräten, sowie von den Herren Distriktskommissaren und Polizeiverwaltern laufen auch jetzt noch zahlreiche Anfragen in bezug auf den Mitgliederbestand des Strazvereins in ihren Kreisen, Distrikten und Städten ein. Ich bringe deshalb nochmals zur allgemeinen Kenntnis, daß außer den in dem Gesamtüberblick veröffentlichten Listen, in denen alle hier gemeldeten Mitglieder des Strazvereins enthalten sind, eine andere Auskunft nicht erteilt werden kann.

Die Herren Landräte bitte ich, die Herren Distriktskommissare und Polizeiverwalter benachrichtigen zu wollen, daß die in ihrem Bezirk zc. wohnhaften Mitglieder des Strazvereins aus den in den landrätlichen Bureaus befindlichen Exemplaren des „Gesamtüberblicks“ ersehen werden können.

Posen, den 12. Mai 1906.

Der Polizeipräsident

von Hellmann.

Änderungen in den Satzungen des Strazvereins:

Die bisherige Fassung des § 2 ist durch folgende ersetzt worden:

Zweck des Vereins „Straz“ ist der Schutz der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und nationalen Interessen des polnischen Elements im Königreich Preußen und im Deutschen Reiche.

Diese seine Aufgabe erfüllt die „Straz“ mit Hilfe folgender Sektionen:

1. der rechtlich-politischen,
2. der kulturellen,
3. der ökonomischen Sektion.

Alle Sektionen nehmen nur solche Aufgaben auf sich, welche ausdrücklich von öffentlichem, nationalem Interesse sind.

Mitglieder des „Strazvereins“.

Veränderungen.

(15. Liste.)

1. Hauptvorstand.

An Stelle des Prälaten Antoni Stychel-Posen ist
der Redakteur Stefan Chocijewski-Posen
getreten.

2. In der Mitgliederliste sind gestrichen:

1. Zborowski, Henryk, Propst in Dobrzyca.
2. Stychel, Antoni, Prälat in Posen.

„Preßäußerungen in Sachen des Strazvereins“.

Aus Nr. 105 des Postep (Pojen)

vom 8. Mai 1906:

Aus dem Bureau des Strazvereins

teilt man uns folgendes mit:

Nach den am 4. d. M. im Schoße des Hauptvorstandes vollzogenen Wahlen bilden das Präsidium des Strazvereins die Herren:

Josef v. Koscielski, Vorsitzender,

Dr. Felician v. Miegolewski, stellvertretender Vorsitzender,

Dr. Wladislaus v. Mieczkowski, Schriftführer,

Stanislaus Pfitzner, Schatzmeister.

Als 1. Mitglied des Hauptvorstandes ist Herr Stefan Chocijzewski kooptiert worden.

Pojen, den 5. Mai 1906.

Das Bureau des Strazvereins.

Dr. Thaddäus Jaworski.

den Strazverein bewogen haben, der Ansicht, daß das politische Verhältnis der kirchlichen Behörde zur Geistlichkeit und umgekehrt durch die interessierten Faktoren normiert werden sollte, d. i. durch die kirchliche Behörde und die Geistlichkeit. Der Strazverein als weltliche Organisation der nationalen Verteidigung kann in dieser Angelegenheit nur eine ausschließlich passive Stellung einnehmen.

4. Der Hauptvorstand erklärt, daß der Strazverein wie bisher so auch weiterhin auf nationaler und katholischer Grundlage stehen, daß er ungeachtet der Schläge, die von verschiedenen Seiten her, unter verschiedenen Vorwänden gegen ihn geführt werden, mit umso größerer Wachsamkeit und Energie für das Wohl des Landes arbeiten wird.

Pojen, den 4. Mai 1906.

Der Hauptvorstand des Strazvereins.

Josef v. Koscielski,

Vorsitzender.

Dr. Wl. v. Mieczkowski,

Schriftführer.

Aus Nr. 104 des Dziennik Poznański (Pojen)

vom 6. Mai 1906:

Vom Strazverein.

Vom Hauptvorstand des Strazvereins erhalten wir die nachstehende Mitteilung:

Am 30. April hat der hochwürdigste Herr Erzbischof ein Rundschreiben erlassen, in welchem er der Geistlichkeit beider Diözesen anbefohlen hat, „sich völlig von der Beteiligung am Strazverein zurückziehen und in Zukunft ihm nicht beizutreten. Seinen Schritt hat der Herr Erzbischof fürs erste damit motiviert, daß unter Subventionierung seitens des Strazvereins die anonyme Broschüre „Das schwarze Buch“ erschienen und vom Strazverein verbreitet worden sei, zweitens damit, daß von seiten der letzten Starostenversammlung des Strazvereins gegen den Herrn Erzbischof gerichtete Angriff in einer Form erhoben worden seien, die seine Person verunglimpften.

Demgegenüber gibt der Hauptvorstand des Strazvereins nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

1. Der Hauptvorstand erachtet die Angelegenheit des „schwarzen Buches“ als endgültig erledigt durch Abgabe der Erklärung vom 29. April d. J. (welche die geistliche Behörde augenscheinlich nicht gekannt hat), in Verbindung mit dem Aufruf der Herren Verleger, worin um Vernichtung der ersten Auflage der Broschüre gebeten wird.

2. Der Hauptvorstand überzeugt sich aus dem Inhalt des Rundschreibens, daß der hochwürdigste Herr Erzbischof über den Vorgang in der Generalversammlung der Starosten irrig informiert worden ist und stellt fest, daß die erwähnte Versammlung keineswegs Angriffe erhoben hat, welche die Person des Herrn Erzbischofs verunglimpfen. Einer der Starosten hat nur den Hauptvorstand gefragt, wie die Starosten sich gegenüber der großen Erbitterung verhalten sollten, die unter dem Volke herrsche, und diese Erbitterung charakterisierte er durch Wiedergabe der Worte eines Bauern, die an sich eine Beleidigung des Herrn Erzbischofs enthielten. Mit der Äußerung jenes Bauern solidarisierte sich weder der betreffende Starost noch die Starostenversammlung.

3. Der Hauptvorstand ist im Gegensatz zu den weltlichen Bürgern, die nach den Worten des Rundschreibens die geistliche Behörde zum Auftreten gegen

Aus Nr. 100 des Oredownik (Pojen)

vom 2. Mai 1906:

Zwei Versammlungen des Strazvereins in Pojen.

Die beiden Generalversammlungen des Strazvereins, sowohl die der Mitglieder, als auch die der Starosten, haben auf die Allgemeinheit keinen erbaulichen Eindruck gemacht. Im Gegenteil, viele Teilnehmer an diesen Versammlungen haben den Eindruck davongetragen, daß der Strazverein auf dem bisherigen Wege zu keinen beachtenswerteren Resultaten, höchstens zur Desorganisation der Volksgeamtheit kommen wird.

Das Abenteuer, in welches den Strazverein gerade zurzeit der Versammlungen das „schwarze Buch“ der Verkäufer verwickelt hat, enthüllte die Methode der Tätigkeit des Strazvereins und rief eine Beunruhigung beachtenswerter Kreise der Mitglieder des Strazvereins selbst hervor. Das „schwarze Buch“ der Landverschacherer kann in unsern Verhältnissen seine Begründung und seinen Zweck haben. Wir fragen aber: Welcher Paragraph der Satzungen oder des Reglements autorisiert den Hauptvorstand des Strazvereins auch nur zu mittelbarer Beteiligung an solchen Publikationen, dazu, ihnen Subventionen zu gewähren? Hat der Hauptvorstand des Strazvereins keine wichtigeren Aufgaben vor sich, — sollte das hauptsächlich von den breiten Massen der mittleren und niederen Volksschichten gesammelte Geld nicht für die nächsten Zwecke des Strazvereins aufbewahrt werden? Wider Willen drängt sich hier der Gedanke auf, — der uns gegenüber auch von einigen Seiten geäußert worden ist, — daß der Hauptvorstand es fertig bringen könnte, auch für andere derartige Fälle, die mit den Zielen des Strazvereins absolut nichts gemein haben, Geld anzunehmen.

Die von einigen Großgrundbesitzern erlassene Erklärung, welche durch diese vollständig überflüssige Affäre hervorgerufen wurde und mit der Drohung des Austritts aus dem Strazverein verbunden worden ist, wird bestimmt das Ansehen des Strazvereins in den höheren Schichten der Gutsbesitzer untergraben; denn es ist damit zu rechnen, daß die Erklärung Bürger unterschrieben haben, die zum Teil an der Spitze unserer angesehensten öffentlichen Institute stehen und

von ihrer nicht erst seit heut und gestern ausgeführten bürgerlichen Tätigkeit bekannt sind.

Noch schlimmer als diese Drohung ist die Tatsache, daß der Hauptvorstand des Strazvereins selber nicht weiß, wie der Strazverein zu leiten ist und er wird nach Verlauf des ersten Jahres und der ersten Generalversammlung mit seiner nationalen Friedensarche auf verschiedenen Gewässern, wie das erste ganze Jahr, ohne ein klares Ziel zu haben, herumschwimmen. Der Gnesener Lech hat aus diesem Anlaß schon einige Bemerkungen ausgesprochen, welche vollständig gerecht sind.

Eine gründliche Reform des Strazvereins ist dringend nötig. Es genügt hierzu weder die klare Darlegung der Aufgaben der kulturellen Sektion durch den Abgeordneten Bernhard von Chrzanowski, noch die Darlegung der Aufgaben der rechtlich-politischen Sektion durch den Abgeordneten Dr. von Dziembowski noch das Referat des Herrn Karl von Rzepecki über die Versammlungsorganisation. Das Ansehen des Strazvereins wird auch die erfreuliche Tatsache nicht retten, welche vom Schatzmeister Herrn Pfitzner im Referat nachgewiesen wurde, daß nämlich der Strazverein im Laufe von kaum einigen Monaten 18000 Mk. gesammelt hat, wovon mindestens die Hälfte ganz bestimmt vom Mittelstande und aus Volkstreifen stammt. Aus beiden Versammlungen am Sonntag haben wir den Eindruck davongetragen, daß weder der Hauptvorstand noch die Starosten-Versammlung die zur Durchführung einer gründlichen Reform erforderlichen Bedingungen besitzen, einer Reform, welche sich doch auf eine stilistische Änderung der Satzungen und des Reglements nicht beschränken kann.

Eine Reform von innenher ist, wie es sich bisher herausgestellt hat, unmöglich, sie muß von außenher kommen, d. h. von den Straz-Mitgliedern, die eine solche verlangen werden, wie sie jene Gutsbesitzer in der gestrigen Erklärung — unter der Drohung des Austritts aus dem Strazverein — verlangt haben.

Auch wir werden unsererseits nach Maßgabe unserer Kräfte eine solche Reform unterstützen, um das in dem Strazverein zu retten, was in ihm gut ist, und was mit Rücksicht auf das nationale Interesse erforderlich erscheint.

Aus Nr. 97 des Lech (Gnesen)

vom 1. Mai 1906:

Unter der Spitzmarke „Dies und jenes von der „Straz“ und ihrer Tätigkeit“ schreibt der Lech:

Posen, 29. April. Den geehrten Lesern des Lech ist bekannt, daß für den heutigen Tag die Generalversammlung der „Straz“ angekündigt war. Der Versammlung sind zahlreiche Erscheinungen vorausgegangen, welche befürchten ließen, daß die Atmosphäre gründlich gereinigt werden würde. Vor allem machten sich gewisse „Herren“ mit großem Munde, mit einem noch größeren Wappenschild und mit besleckter Vergangenheit auf, um über den Verfasser des „Schwarzen Buches“ herzufallen. Manch einem ist es nicht angenehm, daß man der Welt seine Schandtat in Erinnerung gebracht hat, und die in der Tat Beleidigten konnten, nach dem Muster Korfantys, ihre Erregung nicht hemmen, wozu sie ihr berühmtes europäisches Organ mit dem bekannten Wohlwollen für die „Straz“ und mit großem Eifer ansachte, vollständige Freiheit beim Schimpfen auf den Verfasser und die „Straz“ gewährend.

Dieser edle Kämpfer machte sogar bekannt, daß das „Schwarze Buch“ in Posen herausgegeben worden sei und nicht in Lemberg und daß sein Verfasser ein

bekannter Agitator in Posen sei. Auf diese Weise hat er die Aufmerksamkeit des preussischen Staatsanwalts auf sich gebracht, und es wird sich daraus jedenfalls eine ansehnliche Niederlage ergeben, und das europäische Organ wäscht seine Hände wie ein Pilatus. Fürwahr, unsere Presse ist „tief gesunken“, sobald einer ihrer Vertreter, der parteiischen und Standeshartnäckigkeit Folge gebend, die Staatsanwaltschaft auf ihm unliebsame Leute und Institutionen lenkt. Man hat allgemein geglaubt, daß die durch den Dz. Pozn. berührten Elemente in Verteidigung ihrer „Ehre“ ein kleines politisches Abenteuer in Szene setzen würden. Es ist jedoch dazu nicht gekommen.

Es waren auch noch zahlreiche andere Sachen, die in der Generalversammlung der „Straz“ gründlich hätten besprochen werden können und müssen. Vor der Versammlung wurde darüber auch überall diskutiert. Sobald sich aber auf der Estrade des Lambertischen Saales Herr Joseph mit seiner zahlreichen und ausgewählten Suite blicken ließ, warfen die nicht sehr zahlreich erschienenen „Strazler“ die Flinten ins Korn, das Herz fiel ihnen in die Hosentaschen, der politische Verstand unternahm einen Ausflug in Gegenden, die vom Lambertischen Saale möglichst weit entfernt liegen.

Herr Josef Koscielski, welcher seiner Suite die schätzbare Bürde drückte, diesen auf die Schultern und jenen auf den Rücken klopfte, eröffnete die Versammlung. Er sprach anfangs wie aus Unlust, später erwärmte er sich, vor den Augen der Versammelten treffende Bilder und Vergleiche entrollend, brandmarkte er mit gewaltiger Kraft das ganze preussische System.

Etwas später fand im Hotel de France die Generalversammlung der Starosten statt. Man sprach daselbst vorwiegend über neue Titel, als gäbe es ihrer noch zu wenig. Nur auf einen Augenblick waren diese Beratungen von Interesse, nämlich als Herr Dr. Bolewski das erzbischöfliche Verbot betreffend die Beteiligung der Geistlichen an den Bestrebungen der „Straz“ berührte. Nachdem es sich gezeigt hatte, daß die Stimmung die Färbung des Radikalismus angenommen hatte, wurde Herr Joseph für einen Augenblick ebenfalls radikal und ließ einige Worte fallen, die von manchem Volksparteiler betont werden könnten. Zum Schlusse lud er alle Starosten und die ganze Presse, welche sehr zahlreich vertreten, aber zu einer Unterhaltung und vielleicht zu etwas mehr, zu sich ein. Als ich auf das Leibgardebataillon des Herrn Joseph hinblickte, welches in Parademarsch nach der Bäckerstraße ging, dachte ich mir: Mit Raubbuckeln und mit Schmeicheleien haben in alten Zeiten die mächtigen Herren den Adel gewonnen. Heutzutage hat sich nur die Form geändert.

Aus Nr. 103 des Lech (Gnesen)

vom 8. Mai 1906:

Das letzte Rundschreiben des Erzbischofs,

in dem der Geistlichkeit verboten wird, dem Verein „Straz“ anzugehören, hat in der ganzen polnischen Presse einen wahren Sturm von Einprüchen hervorgerufen. Der einzige Dziennik Poznanski hatte den traurigen Mut, das Verbot, durch das die bürgerliche Freiheit der polnischen Geistlichen geknebelt wird, in Schutz zu nehmen. Einen ganz anderen Standpunkt hat dagegen der Drendownik eingenommen. Dieses Blatt meint, der Hauptvorstand hätte von vornherein die Geistlichkeit von den Ämtern zurückweisen sollen, um den Erzbischof zu schonen. Der Drendownik beschuldigt auch die gesamte Volkspresse, daß sie die Begriffe verwechselt habe und sich in die Lage nicht

hineinfinden könne. Vielleicht würde der Drendownik die Lage besser begreifen, wenn wir ihm verraten, daß der Erzbischof ursprünglich mit der intensiven Tätigkeit der Geistlichkeit in der „Straz“ einverstanden gewesen ist. Es handelt sich weniger darum, zu welchem Zwecke er das getan hat, aber angesichts dieser Tatsache erhielten diese Rundschreiben mit den Verböten eine umso deutlichere Beleuchtung bezüglich der erzbischöflichen Politik der Zugeständnisse.

Der Drendownik stützt seine Stellung angesichts der erzbischöflichen Rundschreiben auf die Grundsätze der volksparteilichen Politik, die mit den gegenwärtigen Verhältnissen rechnend, sich nur auf das weltliche Bürgertum stützt und den Geistlichen gewissermaßen eine passive Rolle zuweist. Was uns anbelangt, so sind wir zunächst national und dann erst volksparteilich und rufen zum Kampfe um das gemeinsame Wohl alle Faktoren, alle Stände, also auch die polnische Geistlichkeit. Diese unsere Stellung teilen auch die breiten Kreise der Geistlichen, die, ohne auf die Rücksichten der Behörden zu achten, gewillt sind, für das Wohl des Volkes und für den heiligen Glauben im Sinne der erhabenen Worte des Propstes Eichowski, welche in der Schmiegeler (muß heißen: Wielichowier) Strazversammlung gesprochen worden sind, zu arbeiten.

Aus Nr. 105 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 8. Mai 1906:

Betrifft die Antwort des Vorstands des Strazvereins.

Unsere Leser kennen schon die Antwort des Hauptvorstandes des Strazvereins auf das letzte erzbischöfliche Rundschreiben, diese ruhige wohlervogene, doch nicht minder entschiedene Antwort.

Der Vorstand hat auf die gegen den Strazverein erhobenen Vorwürfe sachlich geantwortet, daß er die Angelegenheit des „schwarzen Buches“ für erledigt ansehe. Und mit Recht, denn mehr konnte der Vorstand nicht tun, als die Vernichtung der ersten Auflage anordnen.

Was die Starostenversammlung anbetrifft, so hat der Vorstand festgestellt, daß in der Versammlung niemand den Erzbischof angegriffen oder verunglimpft habe; und wenn eine verletzende Bemerkung eines Bauern angeführt wurde, so geschah dies einzig, um die Denkweise des Volkes zu charakterisieren, während es niemandem in den Sinn kam, sich mit dieser Äußerung zu solidarisieren. Eine Beleidigung ist also in der Starostenversammlung nicht gefallen.

Das sind Tatsachen!

Im 3. Punkte hebt der Vorstand des Strazvereins hervor, er sei weit davon entfernt, sich in Angelegenheiten der kirchlichen Behörde zu mischen und er könne einzig einen passiven Standpunkt einnehmen hinsichtlich des Verhältnisses der kirchlichen Behörde zur Geistlichkeit, — und zwar im Gegensatz zu den Bürgern, welche die kirchliche Behörde bewogen haben, gegen den Strazverein aufzutreten.

Dieser Punkt in der Antwort des Vorstandes ist überaus wichtig; denn er kennzeichnet klar das ungleiche Maß, von dem sich die kirchliche Behörde leiten ließ, indem sie einer Äußerung derjenigen Gewicht beilegte, welche das „Schwarze Buch“ wegen der ohne Schuld des Strazvereins darin enthaltenen Fehler verdammt hatten. Die kirchliche Behörde hat die Ansicht der anderen Seite, d. i. des Hauptvorstandes des Strazvereins, nicht abgewartet, sondern sie ist von vornherein auf die Seite der ersteren getreten.

Die ruhige und sachliche Verwahrung des Strazvorstandes gebührt sich hier anerkennend zu betonen. Es ist ja bekannt, daß abgesehen vom „Schwarzen Buche“, in gewissen Kreisen seit längerer Zeit ein Vorurteil gegen den Strazverein herrschte und daß sogar ein Pfeiler der Versöhnungsparteier schon früher gedroht hat, daß man den Strazverein sprengen werde, wenn er nicht in ihrem Sinne handeln werde. Hieraus folgt, daß jenes „Schwarze Buch“ einzig ein Vorwand zum Anschlage gegen den Strazverein war.

Auch hier hat der Hauptvorstand eine würdige Stellung eingenommen, welche unzweideutig kennzeichnet, daß er bereit sei, derartige Angriffe und Anschläge gegen eine nationale Institution, welche gewissen Leuten sehr unbequem ist, zurückzuweisen.

Der Hauptvorstand hat im 4. Punkte deutlich erklärt, daß er sich durch Drohungen und Anschläge gegen den Strazverein nicht abschrecken lassen werde, daß er die Arkana der Intriguen und die Vorwände kenne, daß er eben deshalb mit umso größerer Wachsamkeit und Energie für das Wohl des Heimatlandes arbeiten werde.

Mit einer solchen würdigen und klaren Stellung wird jeder brave Pole einverstanden sein.

Wenn der Strazverein resp. sein Hauptvorstand in diesem Sinne ausdauernd handeln wird, so wird er der Sympathie und Unterstützung der Allgemeinheit begegnen, welche nicht nur gegen die äußeren, sondern auch gegen die inneren auf die Untergrabung des Strazvereins hinielenden Angriffe ankämpfen wird.

Wir werden vor dem Kampfe nicht zurückschrecken, die Allgemeinheit wird ihn erfolgreich durchzuführen wissen und die Angriffe der Haskisten werden fehlschlagen.

Der Strazverein ist uns unbedingt nötig. Und wenn es sich um Reformen innerhalb des Strazvereins handeln sollte, so zweifeln wir nicht daran, daß der Hauptvorstand sich durch gebührende Vorsicht leiten lassen wird, damit diese in einer Weise durchgeführt werden, daß sie Entwicklung, Fortschritt und Leben bedeuten und nicht ein Grab, welches unsere Feinde uns wünschen!

Aus Nr. 105 des Oredownik (Posen)
vom 8. Mai 1906:

Erächtliche Zeichen der Disharmonie in unserer Volksgesamtheit.

Aus Anlaß der unbedachten Wirtschaft im Strazverein ist augenblicklich eine derartige Verwirrung entstanden, als wenn wir am Vorabende einer völligen Desorganisation der Volksgesamtheit uns befänden. Manche unserer Blätter hoben dies schon ziemlich deutlich hervor.

Für diese Verwirrung sollte die öffentliche Meinung den Hauptvorstand des Strazvereins zur Verantwortung ziehen. Er hat diese Verwirrung verursacht, denn ohne Zweifel hat er in guter Absicht und mit gutem Willen, aber sehr unüberlegt und unachtsam gearbeitet. Bei uns geht es leider oft so zu, daß, wenn eine Angelegenheit zu öffentlichen Ungunsten durchkreuzt wird, jeder, der an ihr teilgenommen hat, nur sich selbst salviert und ruft, das sei nicht er gewesen, — und obgleich alle zusammen die Sache verpfuscht haben, will niemand die Verantwortung auf sich nehmen. Und gerade in manchem Falle zeugt das Bekennen der Verantwortlichkeit von bürgerlicher Tüchtigkeit.

In unserer Presse kann man jetzt aus Anlaß der erzbischöflichen Rundschreiben beständige Lamentationen lesen: Wieder ist ein „neuer Schlag“ gefallen, wieder ist ein Blitz aus heiterem Himmel auf uns herniedergefahren. Da nun jeder von uns die Verantwortung

von sich abwälzt, müssen wir uns nach jedem „Schlage“ und nach jedem „Blitze“ trösten. Vor einem Vierteljahr war die Entfernung der 10 geistlichen Starosten aus dem Strazverein ein „Schlag“, — jetzt, und zwar nach dem zweiten „Blitz“ lesen wir in derselben Presse, der Strazverein werde sich ohne die Geistlichen begeben, — ja, ein Blatt schreibt sogar, jedes Schlimme habe seine guten Seiten. Solange als wir momentan einen geraden, keine Hindernisse aufweisenden Weg gehen, so lange der Himmel heiter ist, denkt niemand daran und niemand sichert die öffentliche Sache im voraus, obgleich alle aus Erfahrung wissen, daß „Blitze aus heiterem Himmel“ herniederfahren. Wir wollen uns geradezu nicht den Kopf damit zerbrechen, die öffentliche Sache im voraus zu sichern. Wir sind dazu zu träge.

Herr Rechtsanwalt v. Drwenski hat die Empfindung des Strazvereins sehr treffend charakterisiert, als er in seinem Artikel schrieb, man habe die Leute ins Feld gelockt, sie dort verlassen und sie im Felde allein gelassen. Die Folgen einer solchen Methode der bürgerlichen Arbeit sind schon ersichtlich. Der Strazverein ist unter der Firma der nationalen Verteidigung mit den vereinten Kräften aller Schichten der Volksgesamtheit entstanden, — und nach 5 Monaten der Tätigkeit haben wir offenen Krieg mit unserer geistlichen Behörde. Der Strazverein ist unter der Firma der Versöhnung der entzweiten Lager entstanden, und heute schon werden in den Blättern Kampfeslosungen der Volksparteier gegen die Versöhnungsparteier laut. Der Strazverein hat uns — Disharmonie gebracht. Das ist nicht ausschließlich unsere Ansicht.

.... Es ist das kein äußeres Anzeichen mehr, sondern Tatsache, daß es aus Anlaß, wenn auch wider Willen des Strazvereins, zum Bruch zwischen unserer Geistlichkeit und der Volksgesamtheit insofern gekommen ist, als beide erzbischöflichen Rundschreiben eine Scheidewand zwischen beiden Teilen aufgerichtet haben. Heute weiß niemand, ob der Bruch sich auf dem gegenwärtigen Punkte erhalten oder ob er weitergehen wird.

Auf diesem Gebiet hat sich unsere Erfahrung — leider — wesentlich bereichert. Die systematische und — in den Grenzmarken seit fast 50 Jahren und länger fortschreitende Germanisierung durch die Kirche erfasst jetzt — dank der Versöhnungs- und kirchlichen Politik unseres Erzhirten — auch Großpolen. Die Erfahrung weist uns mit dem Finger darauf hin, daß wir auf jedem Schritt Wachsamkeit bewahren sollen, aber auch Vorsicht, damit wir nicht wiederum über „Blitzschläge aus heiterem Himmel“ wimmern.

Das ist ein Zeichen der Disharmonie, und das zweite ist nicht fröhlicher. In ziemlich engem Zusammenhang mit obiger Sache machen sich schon Anzeichen eines Bruchs zwischen den volksparteilichen Elementen und dem nicht mehr zahlreichen und gelichteten Adel bemerkbar. Und das aus Anlaß des „Schwarzen Buches“, auf welches der Hauptvorstand des Strazvereins natürlich auch erwidern mußte.

Ein förmlicher Sturm ist gegen das „schwarze Buch“ losgebrochen aus gerechtfertigten Gründen, aber dieser Sturm nimmt eine solche Wendung an, daß er zum Schirm für tatsächliche Verschacherer hinauszulaufen beginnt. Noch schlimmer, denn dieser Sturm fängt an sich gegen den Adel zu kehren. Zum Überfluß hat der Erzbischof, welcher die kirchlichen Angelegenheiten so streng von den weltlichen, polnischen Angelegenheiten abgrenzt, auch die Angelegenheit des „schwarzen Buches“ in sein letztes Rundschreiben hineingebracht. Und in der Folge gibt es unter uns Leute, die aus dem letzten Rundschreiben herauslesen, ein gewisser Teil des Adels stelle sich unter die Hut des

Erzbischofs, damit er diese Leute vor ähnlichen Angriffen, wie das „Schwarze Buch“, verteidige.

.... Die Allgemeinheit urteilt bisher, daß bei den Protesten gegen das „Schwarze Buch“ nur um einige oder zehn und einige darin gekränkte Bürger handle. Wenige achten darauf, wie sich aus diesem Anlaß der Himmel über dem Einvernehmen verfinstert, zu welchem es die Volkspartei mit dem fortschrittlichen Adel gebracht hat, wodurch die Grundlage für die Vereinigung der beiden entzweiten Lager unter der Firma des Strazvereins vorbereitet wurde.

Die alte Volkspartei hat sich mit dem fortschrittlichen Adel versöhnt und vereinigt. Die neuen, frischen volksparteilichen und demokratischen Elemente sind einen Schritt weiter gegangen. Sie haben ein Einvernehmen mit dem versöhnungsparteilichen Adel zustande gebracht, letzterem sogar im Strazverein den ersten Fautuils eingeräumt.

Nach 5 Monaten der Tätigkeit des Strazvereins begannen wiederum Kampfesstimmen laut zu werden, welche Streit — mit dem Adel ankündeten. War ich imstande voraus zu sehen, welche Schläge von dieser Seite her fallen werden, wenn wir die Sache nicht beizeiten vor ihnen sichern? Wir haben schon einen Bruch der Volksgesamtheit mit der Geistlichkeit; wir können noch eine Disharmonie, eine Spaltung inmitten der weltlichen Gesellschaft selbst erleben. Welche Ausichten eröffnen sich dann für die auf volksparteilicher Grundlage geführte nationale Verteidigung mit den vereinten Kräften aller Schichten der Nation unter dem Andrang des preussischen Systems? Wachen wir alle darüber!

Aus Nr. 101 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 3. Mai 1906:

Betrifft das „schwarze Buch“.

Die in Nr. 99 des Dziennik Poznański enthaltene, von 8 Bürgern unterschriebene Erklärung hat den Verfasser und die Herausgeber des Buches sehr erfreut; denn obgleich sie nicht die Ansicht dieser Herren teilen, daß die anonyme Zusammenstellung bekannter Tatsachen unchristlich und unredlich sei, verstehen sie doch wohl, daß die Unterschrift eines oder einiger angesehener Bürger einer so nützlichen Publikation zum Wohle gereichen würde.

Da weder der Verfasser, noch der Herausgeber des „schwarzen Buches“ sich in der glücklichen Lage befinden, sich einer möglichen Verfolgung seitens der Staatsbehörden auszusetzen, nehmen sie die Erklärung der erwähnten Herren zur Kenntnis, indem sie nicht daran zweifeln, daß wenigstens einer der Unterzeichneten, die Worte durch die Tat bekräftigend, die Verantwortung für eine neue Auflage der Liste, enthaltend die uns von der Ansiedelung zugefügten Verluste, übernehmen wird. Eine gefällige Meldung werde ich erwarten unter der Adresse W. Rendzierski, Posen, Taubenstr. 4, indem ich von vornherein für den löblichen Bürgerdienst danke.

Von den Verlegern des „schwarzen Buches“, den Herren Maniżewski und Rendzierski in Lemberg erhalten wir mit der Bitte um Bekanntgabe nachstehende Erklärung:

In Erwägung dessen, daß in der Schrift „Das schwarze Buch“ Versehen vorgekommen sind, welche manche Bürger infolge Aufnahme ihrer Namen in das Verzeichnis der von der Ansiedelungskommission erworbenen Güter schädigen können,

in Erwägung dessen, daß manche Blätter des Großherzogtums Posen den Strazverein für obige Schrift verantwortlich machen, erklären wir:

1. Alle Bürger, denen wir s. Z. das Verzeichnis der Verkäufer (Bändchen II) zugesandt haben, bitten wir ergebenst um sofortige Vernichtung der Broschüre, so daß von Bändchen II keine Spur übrig bleibt.
2. Alle Berichtigungen und mögliche Korrekturen bitten wir an die Adresse: W. Kendzierski, Posen, Taubenstr. 4 zu senden.

Schließlich erklären wir von neuem:

3. daß der Strazverein mit unserer Schrift außer der uns zugesagten Subvention im übrigen absolut keine Verbindung hatte;
4. daß wir nach Beseitigung der Irrtümer und Fehler eine neue Ausgabe in bedeutend größerer Zahl herausgeben und sie mit der Bitte um Verbreitung allen denen zusenden werden, welche die erste Ausgabe erhalten haben.

Aus Nr. 100 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 2. Mai 1906:

In Sachen der polnischen Sprache.

In Nr. 88 des Dziennik Poznański lese ich, der Königliche Kreisschulinspektor, Herr Brandenburger, gestatte deshalb nicht, polnischen Lese- und Schreibunterricht in den Schulen zu erteilen, weil die Petenten statt „polnischen Lese- und Schreibunterricht“ schrieben „Unterricht in der polnischen Sprache“.

Wenn Herr Brandenburger tatsächlich aus diesem Grunde die Erlaubnis verweigert, so zweifle ich daran, daß er im Sinne seiner Vorgesetzten handelt.

Als der Minister auf Grund der Allerhöchsten Bestimmung Seiner Majestät des Kaisers und Königs vom 26. Februar 1894 die Verfügung über den polnischen Sprachunterricht in den Elementarschulen des Großherzogtums Posen erließ, fügte er die Worte hinzu:

„Im übrigen versteht es sich von selbst, daß die angeordnete Maßnahme in loyaler Weise und unter Vermeidung kleinlicher und verbitternder Einzelmaßregeln zur Ausführung zu bringen ist.“ (Verf. vom 16. 3. 1894 B. Nr. 5222.)

Und die Königliche Regierung in Bromberg hat bei Überendung obiger Verfügung an die Kreisschulinspektoren gesagt:

„Von den Herren Kreisschulinspektoren erwarten wir, daß sie sich aller kleinlichen Maßregeln, die von polnischer Seite die Deutung erfahren könnten, als jezt die Schulaufsichtsbehörde der Ausführung der Allerhöchsten Entschliezung auch einen nur passiven Widerstand entgegen, sorgfältig enthalten werden.“ (Verf. vom 24. 3. 1894 Nr. 1097. U. II.)

Möge jeder Nichtvoreingenommene beurteilen, ob der Königliche Kreisschulinspektor, Herr Brandenburger, im Sinne seiner Vorgesetzten handelt.

Ryżewko, 30. April 1906.

Pfarrer B. Schaust.

In dem gleichen Gegenstande erhalten wir von Herrn Josef Kmiec aus Augustowo, Nr. Schmiegel, einen Brief, in welchem er uns mitteilt, er habe schon zu Anfang des Monat April an den Herrn Lehrer in Gradowice wegen polnischen Unterrichts für seinen Sohn geschrieben, der schon das zweite Jahr die zweite Klasse besuche. Darauf erhielt Herr Kmiec unterm 4. April d. Js. vom Königlichen Schulinspektor in Ratibitz unter T. B. Nr. 820 nachstehenden Brief:

„Die ministerielle Verfügung vom 16. 3. 1894, auf welche Sie sich berufen haben, bezieht sich auf

Ihren Sohn nicht, Ihre Bitte, daß Ihrem Sohne polnischer Unterricht erteilt werde, muß mithin zurückgewiesen werden. Außerdem gibt es in Gradowice nicht den mindesten Grund zur Erteilung solchen Unterrichts.

gez. Stendal.“

Herr Josef Pietrucha aus Posen richtete an den Rektor einer städtischen Schule, Herrn Markus, den Antrag, daß sein Sohn Peter Pietrucha, Schüler der IV. Klasse, am polnischen Unterricht teilnehmen möge. Herr Rektor Markus gab ihm darauf folgenden Bescheid:

„Polnischer Schreib- und Leseunterricht wird verfügungsgemäß in den hiesigen Stadtschulen nicht erteilt.

Posen, den 25. April 1906.

gez. Rektor Markus.“

Nach diesem Dokument wird mithin in den Posener städtischen Schulen verfügungsgemäß polnischer Lese- und Schreibunterricht überhaupt nicht erteilt. Jetzt wissen wir klar und deutlich, wie sich die Sache darstellt.

Aus Nr. 103 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 5. Mai 1906:

Betrifft den Strazverein.

Von dem Abgeordneten Herrn Rechtsanwalt Dr. v. Dziembowski erhalten wir nachstehende Berichtigung:

Mit Rücksicht darauf, daß in dem gegenwärtigen Moment eine ganze Reihe falscher Behauptungen entsteht, um der Sache des Strazvereins zu schaden, bin ich genötigt zu bemerken, daß die in Nr. 102 des Goniec aufgestellte Behauptung, ich hätte gesagt: „Roscielski und der „Straz“, das ist dasselbe“ unwahr ist. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß der Strazverein auf so kräftiger Grundlage steht, so erhebene Ziele hat, wie das Zusammenharen der ganzen Volksgeamtheit, daß unserer Sache keine fremden Intrigen, keine Befundungen von Privatinteressen und von Ambitionen Einzelner schaden werden. Wer so denkt und fühlt, wer wie ich an die Reife und das nationale Bewußtsein unserer Volksgeamtheit im preussischen Anteil glaubt, der konnte nicht die Ansicht aussprechen, daß die Existenz des Strazvereins auf einer, wenn auch überaus schätzenswerten und hervorragenden Kraft beruhe.

Mit Hochachtung

Dr. v. Dziembowski,

Rechtsanwalt und Abgeordneter.

Die Wendung, um die es sich handelt, haben wir uns nicht aus dem Finger gezogen, sondern wir haben sie wiedergegeben auf Grund der Behauptung eines hervorragenden Großgrundbesizers. Wenn der Herr Abgeordnete Dr. v. Dziembowski das nicht glauben sollte, so können wir es ihm schwarz auf weiß zeigen. Es würde sich mithin darum handeln, wer von der Wahrheit abgewichen ist.

Aus Nr. 103 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 5. Mai 1906:

Das zweite Rundschreiben des Erzbischofs.

Der gestrige Dziennik Poznański hat einen Absatz aus unserem Referat über die Starostenversammlung wiedergegeben, und zwar den, in welchem wir wahrheitsgetreu die Ansprache des Starosten

Herrn Dr. v. Bolewski skizzierten. Das Blatt hat uns jedoch nicht die Ansprache des Vorsitzenden des Strazvereins, Herrn Josef v. Koscielski, nachgedruckt. Weshalb nicht? Die Leser des Blattes sollten doch auch den Standpunkt des Vorstandes des Strazvereins kennen lernen, um sich ein richtiges Urteil bilden zu können.

Der Goniec Wielkopolski hat als einziges von allen Blättern den Verlauf der Schlußverhandlungen der Starostenversammlung wiedergegeben, obgleich dort eine große Zahl von Vertretern der Presse anwesend war, und das Blatt hat diese Verhandlungen wiedergegeben in der Überzeugung, daß die dort gefallenen Worte kein Geheimnis waren, und in der fernerer Überzeugung, daß in den breiten Massen des polnischen Volkes die Erbitterung aus Anlaß des ersten Rundschreibens größer war, als man es in der Starostenversammlung hingestellt hat. Es war mithin nicht nötig, etwas in Baumwolle zu wickeln. Übrigens hat niemand den Erzhirten beleidigt, und wenn der Starost Herr Dr. v. Bolewski das ausgesprochen hat, was er sagte, so hat er nur widergespiegelt, was das polnische Volk meint und denkt, und niemand hat ein Recht, ihn irgend welcher Verunglimpfung des Erzhirten als solchen zu zeihen.

Der Vorsitzende des Strazvereins, Herr von Koscielski, hat gegenüber dem Auftreten des Herrn Dr. v. Bolewski den gehörigen Standpunkt eingenommen und er ist ausdrücklich zu der Politik des Erzbischofs in Opposition getreten, indem er sagte, der Schlag schmerze deshalb, weil das Schwert unserer Scheide enttamme und eine fremde Hand es geführt habe. Herr v. Koscielski war mithin der Ausdruck der allgemeinen Meinung, er traf in die Mitte der Sache, — aber der Dziennik Poznanski hielt es für angebracht davon zu schweigen, ja er gab sogar, um den Goniec Wielkopolski zu schänden, die Worte des Herrn v. Koscielski nicht wieder. Daraus geht hervor, daß der, welcher sich über unsere Angelegenheiten gehörig unterrichten will, sich nicht auf das Lesen des Dziennik Poznanski beschränken darf; denn dieses Blatt streut Sand in die Augen, was nach seiner Auffassung die Politik eines gereiften Mannes zu nennen ist, der angeblich in der Politik alt und grau geworden ist.

Aus Nr. 98 der Gazeta Torunska (Thorn)

vom 1. Mai 1906:

Die Generalversammlung des Strazvereins

ist am Sonntag in Posen abgehalten worden. Sie war, soviel wir aus dem uns eingesandten Bericht und aus den Erzählungen von Augenzeugen entnehmen können, das reine Marionettentheater. Eine Diskussion fand fast gar nicht statt. Es haben fast nur Mitglieder des Hauptvorstandes und die Vorsitzenden der Sektionen gesprochen. Meldungen aus der Mitte der Versammlung wurden vom Bureau geradezu ignoriert, indem man sie überhörte. Offenbar wollten die Leiter nicht zulassen, daß man dem Vorstände der „Straz“ und den Vorsitzenden der Sektionen, insbesondere der Organisationskommission, ihre Fehler vorwerfe und ihnen den richtigen Weg weise. Außer dem Redakteur des Lech, Herrn Teska, ist nur ein Landwirt aus dem Großherzogtum zum Wort gekommen, der für die Freiheit des Wortes in den Strazversammlungen eingetreten ist. Als der Schriftführer des „Polnischen landwirtschaftlichen Verbandes“ den Antrag stellte, daß sich der Strazverein nach dem Beispiele

des „Polenbundes in Deutschland“ durch Vermittelung der polnischen Fraktion um das Koalitionsrecht für die ländlichen Arbeiter bemühen sollte, ging der Vorsitzende über diesen Antrag ohne Diskussion und ohne Abstimmung zur Tagesordnung über und schloß eiligst die Versammlung.

Aus Nr. 101 des Oredownik (Posen)

vom 3. Mai 1906:

Was macht die Straz mit den Beiträgen.

Daß die breiteren Schichten der Volksgeamtheit nicht eher an die Erfolge und an die Zukunft der „Straz“ glauben werden, bis der Hauptvorstand von der bisherigen Methode seines Vorgehens abgehen wird, beweist u. a. die geringe Beteiligung der Mitglieder an der Generalversammlung. Im ganzen waren gegen 400 Personen anwesend, davon die größere Hälfte aus Posen. Die Durchschnittsintelligenz aus Posen hat ganz mit Abwesenheit glänzt, von den Großgrundbesitzern konnte man keinen einzigen erblicken, und es haben sich hier wie in vielen anderen Fällen wieder nur die mittleren Schichten ausgezeichnet. Die geringe Beteiligung an ähnlichen Versammlungen beweist nicht immer, daß die Sache nicht ein größeres Interesse erheischt, oder daß sie schlecht geleitet ist. In diesem Falle muß aber der Hauptvorstand der „Straz“ mit dieser geringen Beteiligung rechnen, um die „Straz“ nicht ratlos weiteren Störungen auszuweichen. Die nachgewiesene Mitgliederzahl von 16 000 und die 18 000 Mark betragenden Beiträge in einem Zeitraume von kaum einigen Monaten bestätigen, daß sich die „Straz“ auf volksparteilicher Grundlage stützt.

Diese volksparteiliche Grundlage legt dem Hauptvorstande der „Straz“ die Pflicht auf, mit ganzer Überlegung seine Arbeit und Organisation durchzuführen, und dies nicht ruckweise, ohne reifliche Überlegung und saumfelig zu machen, und dadurch sich und den ganzen Verein unnötigen Abenteuern auszuweichen, wie bei den Vorgängen in Alekso, in Westfalen, bei dem Rundschreiben des Erzbischofs und bei dem „Schwarzen Buche“.

Diese volksparteiliche Grundlage der „Straz“ legt auch allen um das öffentliche Wohl besorgten Personen die Pflicht auf, zu einer gründlichen Reformierung der „Straz“ beizutragen. Denn wir bitten doch sich einmal vorzustellen, welchen Eindruck es auf unsere ganze sich auf volksparteilicher Grundlage stützende Nationalpolitik macht, wenn der Hauptvorstand weiter so unordentlich und ratlos wirtschaften und aus einem Abenteuer ins andere geraten wird. Dann werden die breiten Volksschichten in jeder öffentlichen Versammlung rufen: „Was habt Ihr mit unseren Geldern gemacht?“

Schon heute werden solche Stimmen laut, und deshalb beginnen wir bei der Besprechung der Tätigkeit der „Straz“ bei diesem am meisten böses Blut erregenden Punkte.

Es ist bekannt, daß in der Versammlung zu Gnesen am 1. April Herr Niedzinski den Delegierten der „Straz“ interpelliert hat, ob es wahr sei, daß verschiedene Personen im Vorstände der „Straz“ fette Gehälter und die Delegierten für ihre Reisen Hundertmarkscheine bekämen, wie man es sich in Gnesen erzählte.

So hatte seinerzeit der Postemp darüber referiert.

Darauf erwiderte Herr St. Chociszewski, der als Delegierter der „Straz“ zahlreiche Versammlungen als Redner besucht, daß er keinen Hundertmarkschein erhalte, sondern daß er nur das Bahnbillett, d. h. die Reisekosten erstattet bekäme.

Auch aus Westpreußen, namentlich aus der Danziger Gegend, wird uns mitgeteilt, daß dort verschiedene Gerüchte über die Verwendung der Beiträge im Strazverein im Umlauf seien.

Bei dem ganzen bisherigen Vorgehen des Hauptvorstandes sind solche Gerüchte sehr begreiflich, und wie sie auf die Volkskreise einwirken müssen, das möge das Zeugnis des Herrn Czyszewski, Starost für Danzig, beweisen. Nach der Versammlung kam er am Montag in unsere Redaktion und seine ersten Worte waren: „Gott sei Dank, daß der Rassenbericht so günstig ausgefallen ist, wenn ich nach Danzig zurückkomme, dann werde ich allen in Danzig und Umgegend erzählen, daß die Kasse der „Straz“ musterhaft geführt sei und daß alle Gerüchte, die bei uns über sie im Umlauf seien, falsch wären.“

Um diese Volkskreise zu beruhigen, die gerade aus diesem Grunde von Mißtrauen gegen die „Straz“ erfüllt sind, wollen wir auf diesen kritischen Punkt näher eingehen.

An Reisekosten für die die Strazversammlungen als Redner besuchenden Delegierten hat der Kassierer zusammen 1197 Mark verausgabt.

Die „Straz“ hat im Laufe von 5 Monaten 95 Versammlungen, rechnen wir schon 100, veranstaltet; die Reisekosten betragen also für jede Versammlung 11,97 Mark oder rund 12 Mark. Wenn wir berücksichtigen, daß die Reisen nach Westpreußen und in entferntere Gegenden des Großherzogtums mehr als 12 Mark an Kosten für jede Reise erfordert haben, so kann niemand sagen, daß der Hauptvorstand hier jemanden überreichlich bezahlt und Geld vergeudet hätte.

Die Kosten für die Versammlungsräume haben 636 Mark betragen, das macht bei 100 Versammlungen 6,36 Mark für jedes Mal aus, oder rund 6,50 Mark. Das ist auch ein Beweis, daß der Hauptvorstand mit dem Gelde nicht leichtsinnig umgegangen ist.

Und dann vergessen wir nicht, daß die Zeiten schon der Vergangenheit angehören, wo der damals noch zahlreiche und reiche Adel während des Kulturkampfes die Redner mitunter mit herrschaftlichem Frühstück oder opulentem Abendessen aufgewartet hat. Heute vollzieht sich alles volksparteilich, demokratisch, und mancher Delegierte stärkt sich auf Kosten der eigenen Tasche.

Die Delegierten, die in den Strazversammlungen sprechen, opfern sich ihrerseits wirklich auf, denn weder die „Straz“ noch jemand anders gibt ihnen eine Entschädigung für den Zeitverlust und für die Beschwerden der mitunter nachts ausgeführten Reisen.

Wir schreiben darüber ausführlicher, denn die Sache ist mit dem Gelde, das man für das Bahnbillett zahlt, nicht abgetan, und sie reicht weiter in unser Volksbedürfnis hinein. Die Notwendigkeit der Versammlungen wird bei uns immer größer und immer dringender. Gerade dies erfordert das Volkselement unserer gegenwärtigen Kollektivarbeit und -Verteidigung. Deshalb werden auch immer mehr Volksredner gebraucht werden. Die Angelegenheit der Volksredner hat schon Herr Dr. Eduard Trzcinski vor 2 Monaten im Dziennik Ku-

jawski berührt. In der Sonntagsversammlung war auch die Rede von der Einrichtung einer Schule für Volksredner. Unzweifelhaft ist das ein Verdienst der „Straz“, daß im Laufe von kaum fünf Monaten schon 100 Versammlungen in den verschiedensten Gegenden abgehalten worden sind, und die „Straz“ kann als eine geeignete Institution für die Organisierung von Versammlungen gelten. Wir gedenken der alten Zeiten, doch niemals haben wir in unserer Volksgeschichte der letzten 30 Jahre gesehen, daß in so kurzer Zeit so viele Versammlungen mit so begeistelter Beteiligung abgehalten worden wären, wie gegenwärtig die Strazversammlungen.

Wo soll die „Straz“ die erforderlichen Redner hernehmen? Die Vorbereitung zu einer Versammlungsrede, der Verlust an Zeit und Geld für die Reise sind eine teure Sache, und in unserer Volksgeamtheit gibt es wenig vermögende Leute, die neben ihren Berufsarbeiten Versammlungen besuchen können um Reden zu halten, und zwar auf jede Aufforderung des Strazvereins. Es müssen deshalb gutwillige Bürger, die sich der Sache weihen, frei gemacht werden, doch müssen ihnen die Reisekosten und überhaupt die Ausgaben erstattet werden. Wer von den geehrten Bürgern wird sich als Volksredner hingeben, wenn er seine Zeit opfert und sogar aus eigener Tasche verschiedene Ausgaben deckt und von ihm dann erzählt werden wird, daß er dafür einen Hundertmarkschein bekäme.

Wir haben über diesen Punkt geschrieben, um in den Kreisen unserer Leser jeden Zweifel hinsichtlich dieses Punktes zu beseitigen und zu beweisen, daß es die Volksache erfordert, daß den Volksrednern die Reisekosten und die unvermeidlichen Ausgaben wiedererstattet werden.

Aus Nr. 102 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 4. Mai 1906:

Betrifft den Verein „Straz“.

Im letzten Augenblick erhalten wir folgenden Artikel:

Das Rundschreiben der höchsten kirchlichen Behörde vom 30. April d. Js., welches den Geistlichen die Zugehörigkeit zum Verein „Straz“ verbietet, hat in der ganzen Volksgeamtheit einen tiefen Eindruck hervorgerufen. Nicht unsere Sache ist es zu entscheiden, ob und inwiefern dieses Rundschreiben unter den gegebenen Verhältnissen notwendig war, nicht unsere Sache ist es, die Motive zu diesem Rundschreiben zu erörtern, denn dieses Rundschreiben ist einzig an die Geistlichen gerichtet, die Regelung und Bestimmung deren Rechte und Pflichten — nicht nur auf rein kirchlichem Gebiete — steht ihrer vorgesetzten Kirchenbehörde zu. Uns dahinein zu mischen, ist uns unter keiner Bedingung gestattet.

Leider ist in dieser Beziehung besonders in letzter Zeit sehr viel gesündigt worden. Ohne auf die Erörterung dieser auch für die gebildeten Leute aller Berufe, insbesondere aber auch für Leute, die man für die kompetentesten auf diesem Gebiete ansehen könnte, d. h. für Theologen und Juristen — sofern diese das Kirchenrecht gründlicher kennen — äußerst verwinkelte Frage einzugehen, wie weit ein Laie in der Kritik von Verordnungen der Kirchenbehörde, welche rein zivile Verhältnisse betreffen, gehen kann, — so muß ich doch das eine bemerken, daß dieser Weg sehr heikel ist, daß eine Überschreitung dieser überaus delikaten Grenze sehr leicht ist, daß, wer sich auf diesen Weg begibt, wohl einen ganzen Fonds von Wissen, Erfahrung und

Tactgefühl besitzen muß, denn im entgegengesetzten Falle kann er mit seiner Kritik sehr viel Böses anrichten. War es aber so in letzter Zeit? Ist wirklich, soweit man sich öffentlich auf dieses so heikle Gebiet der Kritik von Verordnungen der Kirchenbehörde wagte, welche die Rundgebungen unseres politischen, nationalen und sozialen Lebens betreffen, — diese Kritik immer von Männern ausgegangen, welche durch ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihren Tact bekannt, allgemein geschätzt sind?

Leider — nicht immer war dem so! Auf diese Kritik stürzten sich Leute, welche von dieser, wie ich schon sagte, schwierigsten Frage, der Kompetenz der Kirchenbehörde in weltlichen Angelegenheiten, von der Frage, an welcher sich seit Tausenden von Jahren die gelehrtesten Theologen, Politiker und Juristen den Kopf zerbrachen und bis jetzt noch zerbrechen, und zwar auf Grund gewissenhaftester und gründlichster wissenschaftlicher Forschungen — keinen Begriff haben — die so leichten Herzens und mit einem Lächeln auf den Lippen, sei es aus Ironie, sei es aus angeblicher Entrüstung, diese Frage beim Restaurationstisch, in irgend einer Versammlung oder in einem Zeitungsartikelfchen mit größter Leichtigkeit entscheiden, als ob es sich um die einfachste Sache in der Welt, die jedermann versteht, handelte. Ich wiederhole und betone ausdrücklich, daß ich weit davon entfernt bin, weltlichen Leuten völlig das Recht abzusprechen, ihre Ansicht auf diesem Gebiete auszusprechen, weil aber gerade dieses Gebiet so heikel ist, so mögen dies mit Wissen, Erfahrung und Tact ausgestattete Leute tun; sie werden die erlaubten Grenzen nie überschreiten, und wenn sie sie überschreiten, werden sie das Gewissens und Pflichtgefühl besitzen, von dem unerlaubten Wege umzukehren, falls sie durch ihre Kritik ein schlechtes Beispiel und Ärgernis geben würden.

In Anbetracht dessen aber, was bei uns in letzter Zeit in dieser Hinsicht geschieht, kann man mit Starga ausrufen:

„Es hat sich eine Menge solcher Leute gesammelt, die murrend und Verleumdungen ausheckend, unruhig und ungerecht überall Zwietracht säen, ohne auf das öffentliche Wohl zu achten, die dieses Schifflein, in welchem wir alle fahren, durch ihr Hin- und Herlaufen ins Wanken bringen und es zum Untertan und zum Untergang führen werden.“

Das sind Leute, die wünschen, daß auch in der Kirche alles nach ihrem Willen und Wohlgefallen ginge — *res in ecclesia geri suo ipsorum iudicio et arbitratu vellent* — wie Leo XIII. in seiner Enzyklika „*Sapientiae christianae*“ vom 10. August 1890 sagt — und wenn es nicht so geschieht, so stürzen sie sich auf die Behörde in einer sie schmälernenden Weise. Daß es in der letzten Zeit so war, kann niemand leugnen. Falls es jemand schon für durchaus notwendig hält — wenn er hierzu alle Eigenschaft besitzt, von denen ich oben sprach — Verordnungen und Schritte der Kirchenbehörde einer Kritik zu unterziehen, so möge er dies mit Ernst und Tact tun, vor allem aber mit gebührender Achtung und Ehrfurcht vor der Kirchenbehörde, die sich gegenwärtig gerade bei uns in so schwieriger Lage befindet. Leider konnte man, wenn man manches nach dieser Richtung hin las und hörte, nicht begreifen, wie man so leichten Herzens der Behörde geradezu unwürdige Intentionen unterschob, wie man in der Nation Mißtrauen gegen die Behörde austreute, welcher Ausdrücke man sich dort bediente.

„Solche müssen — sagt Gregor der Große — ermahnt werden, daß sie in der Beurteilung der Handlungen der Behörde rücksvoll, nicht aber Heißsporne wären, daß sie sogar bei der Kritik ihrer Wirksamkeit und Tätigkeit der dieser Behörde schuldigen Achtung und Ehrfurcht nicht vergäßen.

Die Taten der Vorgesetzten sollen mit dem scharfen Schwerte der Sprache sogar dann nicht beurteilt werden, wenn sie tadelnswert wären.“

Wenn die öffentliche Kritik der Schritte der Kirchenbehörde auf weltlichem Gebiete nicht mit der ihr schuldigen Achtung und Ehrfurcht geschehen wird, dann können die Folgen hiervon schrecklich sein. Man wird in der Nation Mißtrauen gegen die Behörde austreuen, man wird jede Achtung für sie untergraben — aber das ist noch nicht alles — denn dies wird eine Schwächung des religiösen Geistes in der Nation, und als weitere Folge auch eine Schwächung des nationalen Geistes nach sich ziehen; habe ich doch schon so viele Male bei meinen verschiedenen öffentlichen Auftritten betont, daß sich der nationale und patriotische Sinn unseres Volkes seit Jahrhunderten auf eine religiöse, katholische Grundlage stützt, und gerade darum ist er so stark.

Ich halte es für meine bürgerliche und patriotische Pflicht, in diesen für uns schweren Zeiten an alle den Warnungsruf zu richten, sie möchten die Besprechung der Schritte der Kirchenbehörde stets mit der dieser Behörde schuldigen Ehrfurcht vornehmen, sie möchten unter der Nation nicht Mißtrauen gegen diese Behörde säen, sie möchten nicht dadurch deren Ansehen untergraben, daß sie ihr böse und unreine Intentionen unterschoben.

Ich war nicht in der Versammlung der Starosten des Vereins „Straz“ und ich weiß nicht, in welcher Weise man sich dort über die Kirchenbehörde geäußert hat. Daraus, was ich gehört habe, kann ich erst jetzt entnehmen, daß der betreffende Redner die erlaubten Grenzen überschritten hat, und man hätte sofort in der Versammlung selbst mit aller Entschiedenheit einer so tactlosen Kritik entgegentreten müssen. Das muß jedermann verurteilen.

Meinem im Vorangehenden ausgesprochenen Grundsatz tren, gehe ich nicht auf eine Kritik dessen ein, ob der Schlag, welcher den Verein „Straz“ dadurch trifft, daß ihm die besten Arbeiter und die berufenen Wächter und Beschützer des Volks entzogen werden, in einem Verhältnis zu der einer Verurteilung würdigen Handlungsweise eines einzigen Mitglieds des Vereins „Straz“ steht, ob es notwendig ist, daß wegen eines einzigen von den mehr als 60 Starosten des Vereins „Straz“ der ganze aus mehr als 16 000 Mitgliedern bestehende Verein und damit auch die öffentliche Sache so empfindlich wird leiden müssen — wage ich mich nicht auf dieses heikle Gebiet der Kritik einer Verordnung der Kirchenbehörde, denn, wie ich schon in dem Vorausgeschickten bemerkt habe, steht einzig und allein ihr die Frage der Aufrechterhaltung der Zucht und Ordnung unter der Geistlichkeit zu.

Da sich jedoch hier und da schon Stimmen vernahmen ließen, daß es in Anbetracht dieses Rundschreibens auch für manchen Laien schwer sein wird, dem Verein, viel weniger aber noch seinem Vorstand anzugehören, so halte ich es für meine Pflicht, das Wort in dieser Angelegenheit zu ergreifen.

Ich bin nun der Ansicht, daß das Rundschreiben der Behörde, welches lediglich die Geistlichen betrifft, nicht den geringsten Einfluß auf das Verhältnis weltlicher Personen zum Verein Straz hat oder haben kann. Daß ernste Leute wissen, daß im Verein Straz nicht alles so geschah, wie es sich gehört, das ist allgemein bekannt; aber gerade deswegen ist es die Pflicht angesehener und überzeugungsfester Männer, bemüht zu sein, daß im Verein Straz wieder gut gemacht werde, was gut zu machen ist, daß sie durch ihre Erfahrung und ihren Einfluß zur Verbesserung der

Richtung und Tätigkeit des Vereins Straz, zur Beseitigung der schädlichen Einflüsse beitragen. Es wäre verkehrt, heute wegen des Fehltritts einzelner Personen einen Verein zu verlassen, der immerhin in der reinsten Absicht, zum Zwecke der Verteidigung unserer nationalen Interessen gegründet worden ist. Mit Recht schreibt der Dziennik:

„Es sollte uns durchaus nichts daran gelegen sein, diese Einrichtung in eine immer schwierigere Lage zu versetzen, denn sie hat ja doch schon bewiesen, daß sie das Bedürfnis, sich von unpassenden und verhängnisvollen Einflüssen zu befreien, anerkennt.“

Mögen daher gut gesinnte, angesehene, erfahrene Leute zum Wohle des Vereins Straz gemeinsam ans Werk gehen, und wir können sicher sein, daß er seiner Aufgabe und dem Vertrauen, mit welchem ihn die Volksgeamtheit gegründet hat, gerecht werden wird. Heute sich darauf zu beschränken, nur die Tätigkeit des Vereins Straz zu kritisieren und scharf zu beurteilen, nicht aber die Hand zur Besserung der Verhältnisse zu reichen, wäre ebenfalls eine Schwächung des nationalen Geistes. In diesem Sinne habe ich die Wahl als Mitglied in den Vorstand des Vereins Straz angenommen.

Adam Wolinski.

Aus Nr. 104 des Oredownik (Posen)
vom 6. Mai 1906:

Betrifft den Strazverein.

Der Dziennik Berlinkski schreibt u. a.:

„Wir nehmen an, daß Erzbischof v. Stablewski und Bischof Wikowski schlechten Informationen zum Opfer gefallen sind, denn in der Versammlung des Strazvereins hat niemand die Person des Erzbischofs verunglimpft.“

Wir begreifen nicht, welches der Zweck dieser Annahme ist, daß die Informationen schlecht waren und daß niemand verunglimpft habe. Dem Erzbischof hat über den Verlauf der Starostenversammlung ohne Zweifel jemand von den Teilnehmern berichtet, und daß in den angeführten, von dem Protoschiner Starosten Herrn Dr. von Bolewski gebrauchten Worten eine Verunglimpfung der Person des Erzbischofs enthalten war, das gibt heut in Posen die Allgemeinheit zu, die in der Folge davon aus dem Goniec erfahren hatte. Dieses Blatt hatte über das Auftreten Dr. v. Bolewski's speziell berichtet.

Es liegt auch gar kein Anlaß vor, zu behaupten, es habe eine Verunglimpfung nicht stattgefunden; denn Dr. v. Bolewski hat seine Ansicht mit voller Aufrichtigkeit ausgesprochen, und er wird bestimmt kein Wort von dem zurücknehmen; denn das, was er gesagt hat, war in der Tat nur eine Bestätigung der ungeheuren Erbitterung und Entrüstung, die der Erzbischof in den breiten Kreisen der Bevölkerung durch die vorhergehenden Rundschreiben gegen sich hervorgerufen hat.

Diese Erbitterung ist, wie wir bereits gesagt haben, Tatsache, und da sie bei unserer nationalen Kollektivverteidigung nicht gleichgültig sein kann, darum ist nichts zu verhehlen, im Gegenteil, diese Tatsache muß festgestellt und hervorgehoben werden. Einige Blätter haben bei Besprechung des letzten erzbischöflichen Rundschreibens bemerkt, wir würden uns Rat wissen, denn jetzt würden wir den Strazverein auf die weltliche Gesamtheit stützen.

Wir haben darauf aufmerksam gemacht gleich nachdem das erzbischöfliche Verbot ergangen war.

Überdenken wir jetzt, welche Politik wir treiben. Angesichts dessen, daß das preußische System nicht nur unsere weltliche Gesamtheit bedrückt, sondern auch unsere Geistlichkeit knebelt und danach strebt, auch die Kirche in die Germanisierungsmaschine hineinzuziehen, müssen wir durchaus bei unserer Kollektivverteidigung die schwierige Lage der Geistlichkeit, der geistlichen Behörden und der Kirche berücksichtigen.

Im Hauptvorstande des Strazvereins sitzen die politischen Freunde des Erzbischofs, die Herren Josef v. Koscielski, Fürst Jdzislaw Czartoryski, Cegielski, Abg. Dr. v. Dziembowski und der Konfistorialsyndikus Dr. Mizerski. Alle diese Herren, die sich an der Versöhnungspolitik die Zähne ausgeißt haben, hätten von vorn herein wissen sollen, daß die Regierung sich die geistlichen Starosten im Strazverein nicht ruhig mit ansehen werde. Sie hätten es nicht dazu kommen lassen sollen, um den Erzbischof der preußischen Regierung gegenüber zu schonen. Daran haben sie garnicht gedacht.

Bei unserer Durchschnittsallgemeinheit herrscht folgende Logik vor: Den Erzbischof schonen, das heißt soviel, als Partei für ihn nehmen, niemand aber gibt sich die Mühe es sich zu überlegen, daß die Verteidigung und das nationale Interesse in gewissen Situationen dringend heischen, daß der Erzbischof gesont werde.

Hätte der Hauptvorstand von vornherein Geistliche nicht zu Starosten ernannt, so wäre das erste erzbischöfliche Verbot nicht erfolgt, am Fehlen von zehn geistlichen Starosten hätte der Strazverein nichts eingebüßt und die Geistlichen hätten ruhig im Strazverein und für den Strazverein arbeiten können.

Eine solche politische Rechnung wollte der Hauptvorstand nicht kennen, unsere Durchschnittspolitiker verstehen sie gleichfalls nicht, und bei einem gewissen Teil der Presse besteht in diesem Punkte eine völlige Begriffsverwirrung. Statt mithin von vorn herein zu sagen: — und zwar nach dem Grundsatz der Volkspartei, — „Wir werden die nationale Verteidigung auf die eigenen Kräfte, auf die weltliche Gesellschaft stützen, wir werden diese Verteidigung nicht auf die politisch schwierige Lage der Geistlichkeit und der geistlichen Behörde stützen“, statt dessen raffen wir mit einem Male Alles und Alles zusammen und setzen uns politischen Abenteuern, der nationalen Sache aber Schädigungen aus. Heut nach dem zweiten Verbot des Erzbischofs kommen unsere Durchschnittspolitiker zur Erkenntnis und sie beginnen in den Zeitungen zu rufen: Wir werden uns nicht nach den Geistlichen umsehen und die nationale Verteidigung auf die weltliche Gesamtheit stützen.

Aus Nr. 102 des Postep (Posen)
vom 4. Mai 1906:

Ein neues Verbot!!

Der Verein „Straz“ soll vernichtet werden, so ist auf der Dominikel in Posen beschlossen worden, und wißt ihr auch warum, geehrte Leser? Weil er die Herausgabe des „Schwarzen Buches“ subventioniert und dieses Buch unter die Volksgeamtheit vertrieben hat. Der zweite Grund zur Verurteilung des Vereins „Straz“ soll darauf beruhen, daß man in der Sonntagsversammlung der Starosten des Vereins „Straz“ in einer die Person des Herrn Erzbischofs oder Bischofs herabsetzenden Weise aufgetreten sein soll.

Aus diesen beiden Gründen erließ der Herr Erzbischof ein Rundschreiben an die Herren Dekane, sie sollen alle Geistlichen in beiden Erzdiozesen anweisen, sofort aus dem Verein „Straz“ auszutreten um in Zukunft ihm nicht mehr anzugehören.

Das ist der Hauptinhalt des Verbots des Herrn Erzbischofs, welches i. B. von dem Herrn Weihbischof Wikowski unterschrieben ist; jenes Verbot ist in der gestrigen Nummer des „Dziennik Poznański“ veröffentlicht, der sich deswegen freudig die Hände reibt.

Am bezeichnendsten in dem erzbischöflichen Verbot ist folgender Abschnitt, den wir wörtlich wiedergeben:

„Wenn nämlich die angesehensten weltlichen Bürger in einem in öffentlichen Blättern veröffentlichten Aufruf vom 28. April aus Christenpflicht mit Recht diese Schrift und die Beteiligung des Vereins „Straz“ an ihrer Ausbreitung verurteilt haben, so ziemt es desto weniger der Geistlichkeit, auch nur mittelbar durch weitere Zugehörigkeit zum Verein „Straz“ die Verantwortlichkeit einer ungerechten und leichtfertigen Kränkung von Leuten, die die Ehrerbietung und Achtung der Volksgesamtheit in vollem Maße verdienen, auf sich zu nehmen.“

Über dieses Verbot werden sich die Katakisten und die preussische Regierung herzlich freuen. Was diese erstrebten hat sich eher erfüllt, als sie erwarteten. Verlangten doch die katakistischen Blätter fortwährend ein Verbot, wonach den Geistlichen nicht erlaubt wäre, dem Verein „Straz“ anzugehören.

Einen traurigen und schmerzlichen Eindruck macht dieses neueste Verbot, das den Rest des Vertrauens zur geistlichen Behörde untergräbt, die in einer solchen Weise gegen die nationale Bewegung vorgeht.

Das erste Rundschreiben des Erzbischofs, welches den Geistlichen verbietet, Starostenämter zu bekleiden, sowie in Versammlungen des Vereins „Straz“ als Redner aufzutreten, ist, wie allgemein gesagt wurde, unter dem Druck der Regierung hervorgegangen, und noch in der letzten Generalversammlung des Vereins „Straz“ vom Sonntag wurde die Sache so erklärt, aufgefaßt und gemildert, allein alle diese Beschwichtigungen haben nichts genützt, denn schon einen Tag nach der Versammlung wurde ein anderer Beschluß gegen den Verein „Straz“ unterzeichnet.

Das zweite Verbot hat jedoch andere Beweggründe, denn es ist nicht unter den Einfluß der Regierung, sondern unter dem Einfluß des Adels, den es unangenehm berührt, daß die Kolonistoren im „Schwarzen Buche“ genannt sind, erlassen worden. Ausdrücklich ist davon die Rede in dem oben angeführten Abschnitte des neuesten Rundschreibens des Erzbischofs.

Eine gesunde öffentliche Meinung kann sich in unserer Volksgesamtheit nicht fundgeben, denn sie wird sofort unterdrückt.

Weil man den Mut hatte, die Kolonistoren zu verurteilen, bäumt sich ein Teil des Adels dagegen auf und dringt in den Erzbischof, daß er kraft seines Amtes den Verein „Straz“ verurteilen möge, der nur einen losen Zusammenhang mit jener Publikation hatte, ja der Vorstand des Vereins hatte dies in Blättern sogar bekannt gemacht. Das half nichts, ein Stein der Verurteilung muß geschleudert werden, damit in Zukunft einen solchen Schritt niemand wage.

Günwahr, nach den neuesten Vorkommnissen könnte man an der Zukunft der polnischen Nation im preussischen Landesteil verzweifeln, denn wenn den Kolonistoren öffentlich Absolution erteilt wird, so braucht sich

doch von jetzt ab niemand mehr Gewissensbisse über den Verkauf von Land an die Ansiedelung zu machen. Die gesunde nationale Strömung, die sich herausarbeitete, wird im Keime erstickt, und es ist nur die Frage, ob es gelingt, sie zu ersticken.

Der Verein „Straz“, welcher so viele äußere und innere Gegner hat, wird es sich wohl überlegen müssen, wie in Zukunft zu handeln ist. Es handelt sich hier nicht darum, daß die Geistlichen aus dem Verein „Straz“ werden ganz austreten müssen, denn die Geistlichen standen nach dem ersten Rundschreiben sowieso schon abseits, und sie waren für diesen Verein ein toter Buchstabe, aber den Gegnern des Vereins „Straz“ handelt es sich um etwas anderes, darum nämlich, die breiten Schichten des Volkes von dem Verein „Straz“ fernzuhalten.

Interessant wäre es auch zu wissen, welchen Eindruck dieses neue Verbot unter der Geistlichkeit, namentlich unter der patriotisch gesinnten Geistlichkeit, hervorrufen wird!

Wahre politische Experimente werden doch an den Geistlichen seit der Regierung des jetzigen Erzbischofs vollzogen, angefangen von den bekannten Kämpfen mit der Volksbewegung und mit seinen beiden Organen, bis zu den heutigen Tagen!

Der Herr Erzbischof fühlt sich durch die letzte Versammlung der Starosten des Vereins „Straz“ beleidigt, und das soll ebenfalls ein Grund zum Erlasse des Verbots gewesen sein. Jener Redner, welcher in Sachen des bekannten ersten erzbischöflichen Rundschreibens das Wort ergriffen hatte, teilte nur die Eindrücke mit, welche er beim Volke gewonnen hatte; niemand aber sah darin eine Beleidigung, weil man sofort darauf aufmerksam gemacht hätte, obgleich es — die Wahrheit zu sagen — besser gewesen wäre, wenn das Rundschreiben des Erzbischofs nicht in der Weise besprochen worden wäre, wie dies jener Redner getan hat; nichtsdestoweniger aber war dies noch kein Grund zum Erlaß eines neuen Verbots.

Aus Nr. 102 des Ogródownik (Posen)

vom 4. Mai 1906:

Ein neues Rundschreiben des Erzbischofs gegen den Verein „Straz“.

An die Wiedergabe des Wortlauts des bekannten erzbischöflichen Erlasses knüpft der Ogródownik folgende Betrachtung:

Die Verwirrung oder Desorganisation der Volksgesamtheit wird immer größer infolge des planlosen und unklugen Verhaltens des Hauptvorstandes des Vereins „Straz“, wiewohl dieser Verein unter der Losung der Eintracht der Volksparteiler und Versöhnungsparteiler und zwecks Sammlung der Kollektivkräfte zum Schutze der nationalen Interessen gegen den Ansturm des Katakismus entstanden ist.

Der Herr Erzbischof erläßt bereits das zweite Rundschreiben gegen den Verein „Straz“, das auch ohne gewisse Folgen nicht bleiben wird.

Die Veranlassung zum Erlaß des neuen Rundschreibens war der Umstand, daß sich Herr Dr. Bolewski in der Starostenversammlung bei der Besprechung des ersten erzbischöflichen Rundschreibens eines Vergleichs bediente, der eine förmliche Beschimpfung der Person des Herrn Erzbischofs enthielt. Der Goniec gab die betreffenden Worte Dr. Bolewski's wörtlich wieder. Der Goniec rechnete augenscheinlich dabei nicht mit irgend welchen formellen Rücksichten, und zwar sicherlich deswegen, weil er genau weiß, daß in weiten Kreisen unserer Volksgesamtheit, sogar in Volkskreisen, gegen-

wärtig eine noch nie dagewesene Erbitterung gegen den Herrn Erzbischof wegen seiner letzten Rundschreiben herrscht.

Wir sind davon ebenfalls genau unterrichtet, daß, wie während der Versöhnungspolitik weite Kreise rücksichtslos gegen die Volksbewegung austraten, heut nach der Änderung der Verhältnisse die hakatistische Politik die ganze Abneigung der Volksgesamtheit gegen den — Herrn Erzbischof gelenkt hat. Das ist Tatsache.

Der Herr Erzbischof hat in dem zweiten Rundschreiben gegen den Verein Straz seine eigene Person mit dem „Schwarzen Buche“, mit den Bürgern, die in dem Buche irrtümlich unter der Rubrik der Landverschacherer eingetragen sind, und mit der Erklärung jener acht Bürger gegen den Verein Straz, die wir in diesen Tagen ebenfalls wiedergegeben haben, in Verbindung gebracht. Gegen den Verein Straz wendet sich demnach heut ein Teil der einflußreichen Bürgerchaft zusammen mit der Geistlichkeit, die den Weisungen des Rundschreibens folgen wird. Gegen den Herrn Erzbischof aber werden nicht nur die Anhänger des Vereins Straz, sondern zugleich auch — das darf nicht vergessen werden — die in dem Verbande deutscher Katholiken vereinigten deutsch-katholischen Hakatisten vorgehen, die, wie wir gestern schrieben, ebenfalls gegen ihn Klage erheben. Unsere Kirchenbehörde wird infolge des hakatistischen Systems in eine sehr unvorteilhafte Lage geraten, wobei die polnische Volksgesamtheit natürlich nur verlieren kann.

Der Verein Straz gerät von einer Schwierigkeit in die andere — nach unserer Meinung — durch das Verschulden des Vorstandes. Der Verein Straz könnte alle Schwierigkeiten ohne größere Einbuße überstehen, wenn im Hauptvorstand ein größerer innerer Zusammenhang bestünde, der dem Verein Widerstandskraft verleihen würde. Daran mangelt es eben im Vorstande, der bis zum heutigen Tage nicht weiß, was er will, und der sich fortwährend in weiten nicht durchdachten Plänen verliert. Jeden Augenblick muß er also auf irgend ein Abenteuer stoßen, das seine Position schwächt. Alle, welche das Bedürfnis und die Nützlichkeit des Vereins Straz anerkennen, müßten ihm jetzt in den verdienten oder unverdienten Notlagen beistehen, damit er seine Aufgabe und Tätigkeit befestige. Diese Pflicht liegt vor allen den völkischen und demokratischen Elementen ob, an denen es im Hauptvorstand und unter den Starosten nicht fehlt. Wir haben es schon gesagt, und wir wiederholen es, daß die Reform des Vereins Straz nicht von innen, d. i. vom Vorstand und von den Starosten ausgehen wird; wir werden dies noch später ausführlicher begründen. Die Reform der Satzungen und des Reglements, welches die Aufgaben der einzelnen Sektionen des Vereins Straz genauer bestimmen würde, diese Reform, die auf der Tagesordnung der Generalversammlung gestanden hat, ist als mißlungen anzusehen.

Wir haben auch die Überzeugung ausgesprochen, daß die Reform von außen, d. i. von den Mitgliedern selbst außerhalb des Hauptvorstands und der Starosten, kommen sollte. Diese unsere Ansicht wird solange eine leere Phrase bleiben, bis sich Leute finden, welche die Reform des Vereins Straz in die Hand nehmen werden.

Das wird keine so leichte Sache sein. In solchen Fällen entscheidet stets die Bürgertugend der Ausdauer, die vor nichts zurückreißt, und die, durch das eine oder andere Reformmittel getäuscht, den Glauben und Mut nicht einbüßt, sondern ein fünftes und

zehntes Mittel sucht, bis sie zu irgend einem Ergebnis führt.

Diese Tugend der Ausdauer tut heute allen denen not, die den Verein auf eine feste Grundlage stützen wollen.

Aus Nr. 53 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 5. Mai 1906:

Das „schwarze Buch“ und das Rundschreiben des Herrn Erzbischofs von Stabilewski.

In Lemberg in Galizien ist unter dem Titel „Schwarzes Buch“ ein Verzeichnis derjenigen polnischen Besitzer herausgegeben worden, die ihr väterliches Erbe auf ewige Zeiten in die Hände der Ansiedelungskommission gegeben haben.

Unsere polnischen Verkäufer können wir unter keinen Umständen in Schutz nehmen, und wir müssen sie vergleichen mit den Juden, die für 30 preußische Silberlinge ihre Mutter — ihr Land verkauft haben, die ihre Großväter, ihre Väter und sie selbst ernährt hat. Wir können diese Verkäufer schon aus diesem Grunde nicht in Schutz nehmen, weil dieses an die Ansiedelungskommission verkaufte Land auf ewige Zeiten für uns verloren ist, und weil auf den von ihr erworbenen Tausenden von Morgen alles polnische Leben für immer ausstirbt. Hunderte von polnischen Arbeitern müssen ihr Brot in der Fremde suchen, wodurch sie dem Verlust ihres katholischen Glaubens und ihrer Muttersprache ausgesetzt sind.

Dort, wo beim Pflügen und beim Einsammeln der Früchte polnischer Gesang ertönte, dort wo zum Lobe des Schöpfers und zum Troste der polnischen Volksgesamtheit gesungen worden ist, dort wo alles unsere polnische Luft geatmet hat, dort ertönen jetzt die Laute einer fremden Sprache. Die Scharen der polnischen Parochianen schmelzen zusammen, und neben unseren leer gewordenen katholischen Kirchen schießen lutherische Gotteshäuser stolz zu dem Himmelstore empor. Es verschwinden die Gräber unserer Vorfahren, die im Schweiß ihres Angesichts den Acker bearbeitet und die gewiß nicht angenommen haben, daß dieser ihr Trost in der Gestalt der Söhne und Töchter sich leichten Herzens dieses Ackers und damit zugleich der Asche ihrer Väter und Großväter entäußern wird. Es gibt also für den Verkäufer keine Verzeihung, denn wenn ihm auch die Familie verzeihen sollte, wenn auch die Volksgesamtheit mit ihm Einsicht haben sollte, so wird ihn doch die Asche seiner Väter, deren Gräber der neue Ankömmling durchpflügt, um jegliche Spur des Polentums zu verwischen, auf seiner weiteren Wanderung in diesem Jammertale verfolgen. Es werden ihn die Vorwürfe und das Weinen der polnischen Familien verfolgen, die er zum Herumirren verurteilt, und denen er das Vaterland und die Lust zum Leben auf vaterländischen Boden genommen hat. Es werden ihn die Vorwürfe des katholischen Gewissens verfolgen, das er damit belastet hat, daß er dem Lutheranismus und dem Deutschtum die Tore weit geöffnet hat.

Wenn also die Namen solcher entarteter Söhne des Vaterlandes an den Pranger der Öffentlichkeit gestellt werden, so wird es des abschreckenden Beispieles wegen getan, damit jeder, der es liest, sich im Herzen sage: „Das ist der Name eines entarteten Sohnes, der wie Judas einen Teil des Körpers seiner Mutter — des Vaterlandes — für 30 Silberlinge verkauft hat, die ihn von ganzem Herzen geliebt und ihn und seine Familie ernährt hat. Gebe es Gott, daß mein Name einem ähnlichen Schicksal entgehe.“

Wie die Eltern einen Sohn oder eine Tochter verstoßen, die ein Schandfleck der Familie geworden sind, um nicht den übrigen Teil der Familie anzustecken, so muß auch die polnische Volksgesamtheit eine derartige Einzelperson verstoßen, die ihr zum Schandfleck geworden ist. Denn wie die Eltern durch übergroße Nachsicht die gesunde Entwicklung ihrer Familie gefährden, so hätte auch die polnische Volksgesamtheit keinen Anspruch auf eine gesunde Entwicklung, wenn sie denjenigen gegenüber zu nachsichtig wäre, die ihren katholischen und polnischen Namen beslecken, denen also die Silberlinge der Ansiedlungskommission lieber sind, als die katholische und polnische Ehre. Wenn wir so schreiben, so entsprechen wir nur einzig und allein der Intention des deutschen Kaisers, der während seiner Anwesenheit in Gnesen diejenigen Deutschen verurteilt hat, die nicht auf der Wacht der deutschen Interessen stehen und den Polen ihr Land verkaufen.

Doch gibt es keine Regel ohne Ausnahme. Zu diesen Ausnahmen müssen vor allen Dingen diejenigen gerechnet werden, die ein verschuldetes Gut übernommen und von niemanden haben Hilfe erlangen können, und ihr Gut auch nicht an Polen verkaufen konnten. Für die muß man Einsicht besitzen, denn sie mußten büßen für die Sünden ihrer Vorfahren, die zum großen Teile gelebt haben ohne zu rechnen, und außerdem mit einer verdammenstwerten Leichtsinngkeit mit dem Gelde herumgeworfen haben.

Einsicht muß man ferner denjenigen Einzelpersonen gegenüber haben, die ihren väterlichen Grund und Boden noch vor Einrichtung der Ansiedlungskommission an Fremde verkauft haben. Der Grund und Boden war zu damaliger Zeit ein gewöhnliches Handelsobjekt, er ist aus polnischen in deutsche Hände übergegangen und umgekehrt. Damals hat niemand angenommen, daß Bismarck eine derartige Institution, wie es die Ansiedlungskommission ist, schaffen würde, es hat ferner niemand angenommen, daß der Hakatismus ein derartiges Gesetz, wie es das Ansiedlungsgesetz ist, schaffen würde. Der Verkauf des Grund und Bodens war aber eine Sünde, denn er hat, es sei dem wie es wolle, von der leichten Auffassung der Lebenspflichten von Seiten der ihr väterliches Erbe veräußernden Personen gezeugt; doch mit Rücksicht darauf, daß der Landsmann den verkauften Grund und Boden später wieder erwerben konnte, muß man für solche Einzelpersonen Einsicht haben.

Doch das „schwarze Buch“ hat sich von solchen Ausnahmen nicht leiten lassen. Es hat nicht nur die Namen derjenigen angegeben, die ihr Land an die Ansiedlungskommission verkauft haben, sondern auch die Namen anderer Personen, die nicht hätten aufgenommen werden müssen. Es ist ganz selbstverständlich, daß dies sehr viel böses Blut erregt hat. Diejenigen Bürger, die sich gekränkt gefühlt haben, haben den Verlegern dieses Buches, und unserer Meinung nach mit Recht, die bittersten Vorwürfe gemacht. Wir haben gelesen, daß das „schwarze Buch“ in 15000 Exemplaren gedruckt ist. Dreimal so viel Menschen werden es zweifellos lesen. Einige Zehntausend Menschen werden also über manchen Menschen ihr Verdammungsurteil abgeben, der zum Teil unschuldig ist. Ein solcher Fehler kann nicht wieder schnell gut gemacht werden, eine beschmutzte Ehre läßt sich nicht so schnell wieder herstellen.

Um der Sache die Krone aufzusetzen hat der Strazverein den Verlegern des „schwarzen Buches“ eine materielle Unterstützung zugesagt, und nun bekommt er seinen Lohn dafür; denn verschiedene angesehenen Bürger machen ihn für die Herausgabe des „schwarzen Buches“ verantwortlich, bereden

ihn und drohen ihm nicht nur mit ihrem Austritt aus dem Strazverein, sondern sie sprechen ihm auch die Daseinsberechtigung ab. Wir können den Groll dieser Herren wohl begreifen und tadeln den Strazverein ebenfalls deswegen, daß er, wenn wir uns so ausdrücken sollen, die Kaze im Sack gekauft hat, aber wir können nicht gleich diesen Herren den Strazverein verurteilen. Fehler hat ein jeder Mensch, warum soll sie nicht auch ein Verein haben, wie es die „Straz“ ist. Wenn wir sie indessen eines verdammenstwerten Irrtums wegen ganz und gar verurteilen sollten, dann wäre es besser, überhaupt keinen Verein zu gründen und jegliche Verteidigung unserer Rationalität zu unterlassen. Ein Verleihen ist noch kein Verrat. Man könnte den Strazverein erst dann verurteilen, wenn er etwas beginge, was der ganzen polnischen Volksgesamtheit schaden könnte. Das werden auch unzweifelhaft jene Bürger einsehen, wenn sich nur erst ihr warmes polnisches Blut beruhigt haben wird.

Sogar der Herr Erzbischof von Stabłowski hat aus Anlaß des „schwarzen Buches“ und aus Anlaß der Mißbilligung seiner Politik gegenüber der preussischen Regierung in der Sonntagsversammlung der Starosten ein Rundschreiben erlassen, in dem er befiehlt, daß alle Geistlichen aus den Strazvereinen austreten sollen. Diesen Schritt können wir auch nicht loben. Wenn die „Straz“ den Herrn Erzbischof tadelt, so tadelt sie ihn nicht als Erzbischof oder als Kirchenfürst, sondern sie tadelt ihn als Politiker, ebenso wie die einzelnen polnischen Geistlichen die germanisatorische Politik der deutschen Geistlichen in Westfalen und Berlin tadeln.

Die polnischen Eltern sehen es doch, was mit der polnischen Religion in der Schule geschieht, sie sehen doch, daß das Deutschtum zu Türen und Fenstern in die Kirche hineindringt, folglich haben sie auch ein Recht darauf, ihren Erzbischof zu fragen, ob er in dieser Angelegenheit irgend welche Schritte zu unternehmen gedenkt? Sie haben deshalb ein Recht darauf, weil sie sehen, daß das Deutschtum namentlich in der Schule schon soweit vorgeschritten ist, daß sogar die Kinder, die die Schule erst zu besuchen anfangen, die Religion schon in deutscher Sprache lernen sollen. Der Strazverein ist indessen zu dem Zwecke gegründet worden, um unsere polnischen Interessen zu verteidigen, also sich auch mit der Religion der polnischen Kinder in der Schule zu befassen, damit ihnen das Deutschtum das katholische Herz nicht vollständig erkalten läßt. Es ist möglich, daß bei der Mißbilligung der Politik des Herrn Erzbischofs in der Sonntagsversammlung der Starosten des Strazvereins unüberlegte Worte gefallen sind — aber Worte sind nur Luft.

Der Herr Erzbischof von Stabłowski hat offenbar nicht beabsichtigt, dem Strazverein zu schaden, und er hat den Weg des Rundschreibens nur zu dem Zwecke gewählt, um der preussischen Regierung zu beweisen, daß er sogar bereit sei, die Freiheit der Priester, sich dem Strazverein anzuschließen, zu opfern, um nur nicht verdächtigt zu werden, daß er den polnischen Geistlichen gegenüber wohlwollender wäre, als den deutschen Geistlichen gegenüber, die er vor kurzem aus den deutschen Vereinen auszutreten geheißen hat.

Die Absicht des Herrn Erzbischofs von Stabłowski begreifen wir wohl, aber wir können uns mit der Form des Rundschreibens nicht einverstanden erklären.

Der Herr Erzbischof mißbilligt die Arbeit des Strazvereins seinerseits nicht, und deshalb darf angenommen werden, daß der Strazverein nach einem Jahre nicht 15 sondern 30 Tausend Mitglieder zählen wird. Das wünschen wir ihm von

Herzen mit dem Bemerken, daß er Fehler vermeiden möchte, die durch seine Schuld soviel unnötigen Lärm verursacht haben.

Die *Gazeta Olsztynska* bemerkt in ihrer Nr. 54 vom 8. Mai 1906 nach gekürzter Wiedergabe des obigen Artikels aus der *Gazeta Odsanska* folgendes:

Das Ermland hat der Strazverein bisher noch nicht organisiert, doch wir hoffen, daß dies in Bälde geschehen wird, und dann erwarten wir, daß unsere *Polen-Ermländer* nicht zurückbleiben und zahlreich dem so nützlichen und so notwendigen Strazverein beitreten werden. Ehe jedoch die Organisation in Ermland erfolgt, wird die *Gazeta*, bei der man sich auch als Mitglied des Strazvereins melden kann, gerne nähere Auskunft über den Verein geben.

Aus Nr. 104 des Lech (Gnesen)

vom 9. Mai 1906:

Bemerkungen

zu dem letzten Rundschreiben des Erzbischofs.

Aus Kreisen der Geistlichkeit erhalten wir nachstehendes Schreiben:

Das letzte Rundschreiben, betreffend die „Straz“, gab der Erzbischof uns Geistlichen, noch ehe es durch die Defane in unsere Hände gelangte, durch den Dziennik Poznanski bekannt, uns dadurch einen Fingerzeig gebend, daß er dieses Blatt als sein und als das Organ der Geistlichkeit betrachtet. Es wundert uns Geistliche, daß der Erzbischof dieses Blatt, welches durch Dünkelhaftigkeit und Liberalismus so sehr sündigt, welches das Ansehen unserer heiligen Kirche schon so oft geschmälert hat, als sein Organ erachtet und es mit Nachrichten beehrt, die eine entsprechendere Stelle in dem kirchlichen Amtsblatt hätten, welches schließlich von den Geistlichen so teuer bezahlt wird. Wir Pfarrer unterhalten zum größeren Teile mit diesem geschmacklosen und doppelzüngigen europäischen Blatte keine Beziehungen und würden für die Zukunft wünschen, daß uns der Erzbischof seine Rundschreiben nicht mehr in diesem, jedem rechtlich denkenden Katholiken so widerwärtigen Blatt bekannt geben möchte.

Die Gründe aber, aus Anlaß deren der Erzbischof das letzte Rundschreiben an die Geistlichkeit erlassen und ihnen verboten hat, sich vollends von der „Straz“ zurückzuziehen, sind so geringfügiger Natur und so unzulänglich, daß sie auf die Geistlichkeit gar keinen Einfluß ausüben können, um die Beziehungen zur „Straz“ völlig abzubreaken. Deshalb werden die Pfarrer in entsprechender Weise auch fernerhin die Tätigkeit der „Straz“, welche in den heutigen Tagen zur Verteidigung unserer heiligsten Güter so notwendig ist, unterstützen.

Zum Schluß bemerke ich noch, daß der Erzbischof durch das letzte Rundschreiben das Vertrauen der Geistlichkeit und des Volkes zu seiner Person vollends vernichtet hat. Der Erzbischof, welcher sich von der Märtyrerkrone losgesagt hat, zieht es vielmehr vor, eher mit dem Orden der preussischen Krone zweiter Klasse auf der Brust der Regierung zu dienen, als gegen die germanisatorischen Angriffe in Verteidigung der polnischen Jugend und des polnischen Volkes aufzutreten.

Von der Redaktion: Auf speziellen Wunsch veröffentlichen wir den obigen, aus der Feder eines der schätzbarsten Geistlichen stammenden Artikel ohne Änderungen. Die sich in ihm kundgebende Erbitterung

gegen den Erzbischof möge für die interessierten Kreise ein Maß dafür sein, zu welcher Höhe die Erbitterung unter den tüchtigsten und schätzbarsten Geistlichen gestiegen ist, auf deren Seite das ganze polnische Volk steht.

Aus Nr. 102 des Goniec Wielkopolski

vom 4. Mai 1906:

Zu dem erzbischöflichen Rundschreiben, betreffend den Strazverein, bemerkt der Goniec Wielkopolski:

Also die „Czarna księga“ (Das schwarze Buch) und die Starosten-Versammlung haben das neue erzbischöfliche Verbot der Angehörigkeit zum Strazverein hervorgerufen.

Das obige Rundschreiben war Wasser auf die Mühle des Dziennik Poznanski, welcher, da er „real“ denkt und handelt, jedenfalls nicht klüger handeln konnte als auf die ihm erzunbequemen Blätter loszuschlagen. Er schimpft über ein gewisses Blatt, welches das Referat über die Starosten-Beratungen veröffentlicht hat, sowie über andere Blätter, welche den Mut haben, einer anderen Meinung zu sein als er, wo der Ärmste sich an der Versöhnungspolitik die „Zähne abgestumpft“ und nichts zu erreichen vermocht hat. Er wütet also und donnert wie Zeus in seiner Ohnmacht.

Was die Insinuationen des Dziennik Poznanski, welche nichts anderes bezwecken als die öffentliche Meinung zu belügen, wert sind, das ist nicht schwer zu beweisen.

Die Starosten-Versammlung war keine geheime. Der Vorsitzende Herr von Koscielski hat gleich von vornherein mit Nachdruck betont, daß die Versammlung polizeilich angemeldet worden sei, er zeigte das polizeiliche Schreiben vor, welches die Anmeldung der Versammlung bescheinigte und erklärte, daß Vertreter der Behörde in der Versammlung anwesend seien!

Möge doch jemand auftreten und bestreiten, daß es nicht so war.

Der Starosten-Versammlung wohnten also die Polizei und Leute aus verschiedenen Kreisen bei. Der ganze Verlauf der Versammlung war offen — es war niemanden in den Sinn gekommen, irgend jemanden irgendwelchen Maulkorb aufzulegen. Wer sich über den Verlauf der Verhandlungen unterrichten wollte, hatte hierzu die Pressepreferate nicht nötig, denn er konnte darüber von dem ersten besten Teilnehmer Auskunft erhalten und obendrein aus den deutschen Blättern. Es würde sich nur um die Frage gehandelt haben, ob die polnische Presse ihre Leser über den Verlauf der Versammlung unterrichten solle oder nicht, ob es vernünftig wäre, daß die polnische Presse nicht darüber schreibe, was in einer öffentlichen Versammlung vorkam und gesprochen wurde, und ob es angemessen wäre, daß die breiten Schichten unseres Publikums über die Verhandlungen beiläufig aus deutschen Zeitungen erfahren.

Merkwürdig, dieser Dziennik Poznanski, der so oft den Aufruf erlies „Jawnością silni“ (Durch Offenheit stark) schlägt mit einem mal auf das Blatt los, welches ein der Wahrheit entsprechendes Referat über die Starosten-Versammlung veröffentlicht hat. Nach seiner „Weisheit“ hätte der Erzbischof, wenn nicht das Referat gewesen wäre, über den Verlauf der Verhandlungen nichts erfahren, obgleich das neue Rundschreiben höchstwahrscheinlich bereits abgefaßt war, bevor man noch die Referate der polnischen Zeitungen gelesen hatte, denn es trägt das Datum des 30. April, an welchem Tage die Posener Zeitungen, welche das Referat über die am 29. April stattgefundene Versammlung brachten, erst am Nachmittage erschienen

waren, und aus der Provinz erst am darauf folgenden Tage eintrafen.

Hieraus folgt, daß der Erzbischof über den Verlauf der Starosten-Versammlung bereits früher informiert war und aus keinem Blatte seine Kenntnisse schöpfte.

Das hindert aber den Dziennik Pożnanski nicht daran, das neue Rundschreiben zu seinem Vorteil auszunutzen und seine Leser zu belügen, daß angeblich die Referate über die Versammlung das Rundschreiben hervorgerufen haben.

Was das Rundschreiben selbst anbelangt, so geht daraus hervor, daß das Verbot der Zugehörigkeit der Geistlichen zum Strazverein zwei Umstände veranlaßt haben.

1. Die Subvention und die Verbreitung des „Schwarzen Buches“ durch den Strazverein.
2. Die Angriffe seitens der letzten Straz-Starostenversammlung.

In das „Schwarze Buch“ haben sich bekanntlich Fehler eingeschlichen. In der Liste der Verschacherer sind Namen von solchen Leuten aufgeführt worden, die weder Verschacherer sind noch solche waren. Es ist dies aufrichtig zu bedauern, denn es ist wirklich ein großes Unrecht, einen Unschuldigen zu den Verschacherern zu zählen. Dennoch lassen sich derartige Fehler durch die große Schwierigkeit der Sammlung des entsprechenden Materials rechtfertigen. Man darf auch auf keinen Fall weder den namenlosen Verfasser noch die Herausgeber des „Schwarzen Buches“ wegen bösen Willens oder böser Absichten verdächtigen. Das „Schwarze Buch“ war in unseren Verhältnissen notwendig und seine Herausgabe ist als ein Verdienst anzusehen. Der Strazverein hat, die Notwendigkeit des „Schwarzen Buches“ anerkennend, für dasselbe eine Subvention hergegeben — und er gab sie gewiß, in gutem Glauben, ohne zu vermuten, daß eventuelle Fehler in einer derartigen Weise, wie es geschah, gegen den unseren Versöhnungsparteilern unbequemen Strazverein ausgenutzt werden könnten.

Das „Schwarze Buch“ bietet ein Verzeichnis der Rittergüter und Landwirtschaften, welche die Ansiedlungskommission aus polnischen Händen erworben hat. In diesem Verzeichnis sind auch Landgüter angeführt, welche auf dem Versteigerungswege erworben wurden, also auf dem Wege des zwangsweisen Verkaufs. Die früheren Eigentümer dieser Landgüter sind also keine formellen Verschacherer, einige gaben sich Mühe, das Land zu retten, doch erfolglos; sie zogen es vor mit dem Bettelstabe davonzugehen als ihren Namen zu schänden. Sie handelten ehrenhaft, das ist gewiß, aber es kann auch in manchen Fällen eine indirekte Schuld vorliegen, die Herbeiführung des Ruins durch Leichtsin, durch Luxus. Wenn also in dem schwarzen Verzeichnis Leute aufgeführt sind, welche ihr Land nicht an die Ansiedelung verkauft haben, welchen dieses zwangsweise verkauft wurde, so leiden sie im gewissen Maße, wenn nicht für ihre eigene, denn vielleicht für die Schuld ihrer Väter. Als Verschacherer darf man sie nicht behandeln, und es müßte der Verlust des Landes in einer entsprechenden Rubrik verzeichnet werden.

Wir wiederholen, daß die Fehler aufrichtig zu bedauern sind, daß die Forderung, das Unrecht gut zu machen, gerecht ist. Weder der Verfasser, noch die Herausgeber, noch der Strazverein haben sich geweigert, das Unrecht gut zu machen, im Gegenteil, man ist bereit, alles mögliche zu tun, um das Unrecht wieder gut zu machen. Jedoch zu verlangen, daß man den Verfasser nenne, wie dies eine Reihe angesehener Bürger getan hat, würde bedeuten, ihn in die Hände der Staatsanwaltschaft auszuliefern, ihn verschiedenen

Prozessen und Strafen auszusetzen dafür, daß er der nationalen Sache den bestmöglichen Dienst leisten wollte.

Ein solches Verlangen geht zu weit und es würde die Erfüllung desselben eine Denunziation sein, welche in Zukunft einen jeden von der nationalen Arbeit in für uns so schweren Verhältnissen abschrecken würde.

Es ist sehr lobenswert, daß der Erzbischof die Gefährten in Schutz nimmt, aber es ist schwer zu begreifen, warum er, wenn doch der Verfasser, die Herausgeber und endlich der Strazverein das Unrecht gut zu machen wünschen, den Geistlichen verbietet, dem Strazverein anzugehören.

Lobenswert ist der Eifer, mit welchem der Erzbischof über die „Verleumdung und Verunglimpfung der achtbarsten Familien oder deren einzelner Mitglieder“ wacht. Aber was muß das polnische Volk denken, welches doch weiß, daß z. B. mit ähnlichem Eifer der Erzbischof zur Verteidigung des polnischen Religionsunterrichts in den Schulen öffentlich nicht auftritt? Wird ihm, dem polnischen Volke, der Bauernverband nicht den Gedanken von einem ungleichen Maße eingeben?

Die zweite Ursache des Verbotes der Angehörigkeit der Geistlichen zum Strazverein sollen die dem Rundschreiben nach gegen die Person des Erzhirten in der Starostenversammlung gerichteten Angriffe gewesen sein, und zwar beleidigende Angriffe!

Der Erzhirte hat jedenfalls als beleidigende Angriffe das aufgefaßt, was man als seine Entfugung hervorhob.

Herr Dr. Bolewski fragte, was dem Volke auf die zahlreichen Anfragen in Sachen des ersten Rundschreibens zu sagen sei, welches die Geistlichen zum stummen Zuschauer im Strazverein verurteilte. Das Volk hatte dieses Rundschreiben für eine Entfugung betrachtet und den Schluß gezogen, daß es ebenfalls entfugen werde, d. h. auf die Verteidigung seiner Nationalität verzichten. Wir fragen, was wäre dies für eine Wacht (Straz), welche anstatt zu wachen einzuschlafen würde? Welche anstatt zur Verteidigung aufzufordern Entfugung empfehlen würde.

Der Vorsitzende des Strazvereins Herr v. Koscielski hat durch die Erklärung, daß es dem Vorstande darum zu tun war, nicht zu reizen, und daß infolgedessen die Antwort auf das Rundschreiben schwach ausfiel, selber zugegeben, daß der Vorstand des Strazvereins weit davon entfernt war, in irgend einer Weise die Person des Erzbischofs zu beleidigen. Man darf die Kritik des Rundschreibens, wie sie in der Starostenversammlung an's Licht trat, unmöglich für eine Beleidigung des Erzbischofs ansehen, sondern einzig als Bekämpfung seiner Politik, einer Entfugungspolitik nach der Ansicht der überwiegenden Mehrheit der Allgemeinheit, einer Politik, mit welcher wir, als die in unseren nationalen Rechten Bedrohten, uns niemals einverstanden erklären können.

Das neue erzbischöfliche Rundschreiben ist nur als die Erklärung eines offenen Kampfes gegen die nationalen Aspirationen zu betrachten.

Man kann darauf gefaßt sein, daß in der Folge noch mehr ähnliche Rundschreiben erscheinen werden, aber daran nehmen wir keinen Anstoß mehr. Es ist nur zu beklagen, daß es zwischen dem Erzbischof und der Allgemeinheit zu einem vollständigen Bruche kommt. Das zweite Rundschreiben bedeutet eine offene Erklärung des Kampfes und wird weitere Folgen nach sich ziehen.

Die polnische Allgemeinheit kann auf die Verteidigung ihrer bedrohten Nationalität nicht verzichten, sie kann mit einer Politik der Einschläferung und der

allmählichen stufenweisen Germanisierung nicht einverstanden sein.

Als eine gute Seite des zweiten Rundschreibens ist zu betrachten, daß es zur Aufklärung der Situation beigetragen hat. Jeder muß sich nämlich davon überzeugen, daß man auf keine Hilfe rechnen darf und daß jeder selbst in die Bresche treten und bis zum Umsinken seinen bedrohten nationalen Posten verteidigen muß.

Der Strazverein wird keine Geistlichen in seinen Verteidigerreihen zählen, dafür wird aber jedes von seinen Mitgliedern sich als einen umso eifrigeren Kämpfer für die nationale Sache betrachten.

Der Strazverein basiert heute nicht mehr auf Einzelpersonen, sondern er basiert auf der Masse. Es ist eine irrtümliche Auffassung, wie sie bei einer gewissen Gelegenheit der Abgeordnete Herr Rechtsanwalt von Dziembowski ausgesprochen hat, daß „von Koscielski und der Strazverein dasselbe seien“.

Dem ist nicht so. Der Strazverein verfolgt eine Idee, welche höher ist als persönliche Rücksichten. Er müßte die allerbesten Führer haben! Jetzt wird es sich herausstellen, ob diese Führer in einer ernstesten Zeit tüchtig und tapfer sein werden, ob sie es wirklich verstehen werden, auf der nationalen Wacht zu stehen, ob sie vor einem solchen Geschick, wie es das zweite Rundschreiben des Primas von Polen ist, nicht erschrecken werden.

Czuj duch! (Wache Geist.)

Aus Nr. 103 des Dziennik Poznanski (Posen)
vom 5. Mai 1906:

Die Reorganisation des Strazvereins.

Ich werde nicht von Tatsachen aus den letzten Tagen sprechen, nicht des „schwarzen Buches“ erwähnen, noch die Frage entscheiden, ob der Vorstand des Strazvereins oder sonst jemand an dem, was vorgegangen ist, schuld ist. Es sind das vorübergehende Dinge. Ich will der Zukunft des Strazvereins einige Worte widmen. Ich lobe den Strazverein in seiner jetzigen Gestalt nicht. Schon in der Versammlung im Hotel de France, in welcher der Strazverein gegründet worden ist, habe ich mich breit und lang darüber ausgelassen, daß der Strazverein in der Gestalt, in welcher man ihn schließlich ins Leben gerufen hat, kein lebensfähiger Organismus sein werde. Heute ist dies schon unwiderlegbare Tatsache. Der Strazverein ist nur eine ungeheure leere Form ohne Seele, als wenn jemand eine Masse Menschen zusammengerufen, dann die Versammelten verlassen und sie ohne Ziel belassen hätte. Im Vorstande des Strazvereins gibt es nicht einen Menschen, der ein klares Ziel, einen zu diesem Ziele vorgesteckten Weg vor sich sähe und die Organisation seiner Idee anzupassen wüßte.

Und der Strazverein kann nicht fallen. Heute, wo sein Entstehen so viel Hoffnungen geweckt hat, wo er 16 000 Mitglieder zählt, wäre sein Fall eine soziale Niederlage. Er würde für lange Jahre den Massen des Volkes das Vertrauen zu der nationalen Agitation und uns Allen den Glauben an die eigenen Kräfte rauben. Der Strazverein soll nicht fallen, und da er nun in seiner jetzigen Verkörperung nicht leben kann, muß er geändert werden.

Die Wiebergeburt des Strazvereins ist nur auf dem Wege der Dezentralisierung möglich. Die Zentralisierung eines so großen Organismus, der auf gelegentlich und nicht berufsmäßig arbeitende Einzelpersonen sich stützt, ist eine Fiktion. Nur eine auf bezahlte Beamte gestützte Regierung kann sich ein solches Experiment gestatten. Der heutige Strazverein

stützt sich lediglich auf die Starosten. Es ist das sein Hauptfehler und zugleich eine ewige Lüge gegenüber dem Ziel des Strazvereins.

Es ist das sein Fehler, da kein Starost der Aufgabe gerecht wird. Er soll von allem wissen, für alles Rat finden, mit seinem Einfluß überall hin reichen. Es ist dies eine Aufgabe, welche die Kräfte des einzelnen übersteigt, besonders einer Einzelperson, welche diese Aufgabe nicht berufsmäßig erfüllt. Dabei ist den Starosten die Art und Weise, wie sie tätig sein sollen, nicht angefragt. Sollen sie von Hütte zu Hütte gehen? Sollen sie auf den Jahrmärkten herumwandern und den Leuten predigen? Sollen sie Versammlungen einberufen, Versammlungen, in denen die Delegierten Reden halten, statt die reiche Sprache des Volkes zu hören? Der Starost muß ohne eine ihm gegebene Direktive nicht nur Vollstrecker, sondern Schöpfer eines praktischen Programms sein.

Und dann straft der Strazverein mit diesem Sichttügen auf die Starosten sich selbst Lügen. Sein schließlicher Zweck soll sein, die einzelnen Mitglieder der Nation in jeder Hinsicht auszubilden: mit Bezug auf die berufliche Tüchtigkeit, den Bürgersinn und das berufliche Fühlen. In unserm Kampfe wird schließlich die individuelle Höhe und die Energie eines Jeden siegen. Ist der ganze gegenwärtige Apparat des Strazvereins für dieses demokratische Ziel zugeschnitten? Er beruft nicht die Massen des Volkes zum Denken und zur Mitarbeit, sondern schließt sie geradezu aus, indem er ihnen Vormünder aufdrängt.

An Stelle der gegenwärtigen Zentralisation muß eine prinzipielle Dezentralisation eingeführt werden; jede Stadt, jede Parochie auf dem Dorfe sollte einen besonderen Strazverein mit einem eigenen Vorstande haben. Alle diese Vereine sollten eine Vereinigung bilden, an deren Spitze ein Verbandsvorstand stehen sollte. Jeder solcher lokale Verein sollte beständig Versammlungen abhalten, z. B. allmonatlich. Diese Versammlungen wären der Schwerpunkt der Vereinigung. In diesen Versammlungen sollten alle Angelegenheiten besprochen werden, welche in irgendwelcher Hinsicht die Allgemeinheit und speziell die lokalen Mitglieder interessieren. In den Versammlungen könnte man Parolen austeilen, die zu verbreiten wären, und den Vereinigten gewisse Grundsätze einprägen. Es gibt Parolen, die man öffentlich in der Presse oder in einer Volksversammlung nicht verkünden kann; denn wenn sie publiziert und im gegnerischen Lager bekannt gegeben werden, so bringen sie Schaden. Die wirksamste Agitation ist die Agitation von Landsmann zu Landsmann. Dann macht das in der Diskussion gebrauchte lebendige Wort mehr Eindruck, als eine hochtönende Rede eines referierenden offiziellen Delegierten. Dann wird die Meinung ausgebildet, der Bürgersinn im Gefühl der Gleichheit.

In diesen Versammlungen könnte der Vorsitzende sich über die Angelegenheiten seines Bezirks, soweit sie die Allgemeinheit betreffen, informieren. Er könnte dann von seinen Wahrnehmungen dem Verbandsvorstande berichten. Dieses Informieren ließe sich außer den persönlichen Referaten praktisch bewerkstelligen, indem man die Abschrift der Sitzungsprotokolle übersendet.

Infolge der gemeinsamen Versammlungen und Diskussionen würde sich in den Vereinigten das Gefühl des Zusammengehörens herausbilden. Im Bedarfsfall könnte man eine gemeinsame und freiwillige Aktion einleiten zwecks Rettung materiell ins Wanken geratener, wackerer Individuen, oder auch zwecks Gründung sozialer Institute, Genossenschaften, Kolonien usw. Es würde sich das Solidaritätsgefühl herausbilden. Vor allem würde sich infolge Besprechens

der Art und Weise, wie der einzelne gegebenenfalls verfahren sollte, das Niveau der beruflichen Tüchtigkeit der Einzelnen im Kampfe um die Existenz heben.

Der Verbandsvorstand hätte eine Reihe von Fragen zusammenzustellen, auf welche die Versammlungen zu achten hätten. Zu diesen Fragen würden gehören: Der Kampf gegen die Ansiedlungskommission, das Ansiedlungswesen, die Unterstützung und Entwicklung der Hausindustrie, das Gründen von Genossenschaften, das Sparen, die Frage des Einkaufs auf Kredit, die Forderung „Der Landsmann zum Landsmann“, das Bekämpfen der Prozeßsucht mit den Mitgliedern und so viele andere zeitgemäße Fragen. Der Haupt- (Verbands-) Vorstand sollte in den ihm übersandten Berichten die Angelegenheiten, auf welche man die Vereinigten aufmerksam machen sollte, untersuchen.

Was die Kasse anbetrifft, so sollte jeder Verein für sich Beiträge einziehen und einen Teil derselben an den Hauptvorstand abführen. Die Beiträge brauchen keine allzu hohe zu sein. Mehr als 8—10000 Mark braucht der Hauptvorstand jährlich nicht zu sammeln. Er unterhalte ein Informationsbureau und decke die Kosten einiger Prozesse, welche die Allgemeinheit zu parlamentarischen oder anderen Zwecken angehen. Der Hauptvorstand könnte, wenn dies durchaus nötig ist, in Kommissionen zerfallen. Aufgabe der Kommissionen wäre es, aus dem ihnen übersandten Material Schlüsse zu ziehen und dafür zu sorgen, daß die Vorstände der Vereine über alle zeitgemäßen Fragen informiert werden. Den Verbandsvorstand würden die Delegierten der einzelnen Vereine in der alljährlichen Versammlung wählen.

Das wäre eine nützliche Organisation. Unter dieser Organisationschale würden Lebenspulse schlagen. Diese aller kleinsten Mitglieder würden in gleicher Weise wie der Hauptvorstand denken und arbeiten. Vielleicht würde gerade von ihnen so manche Initiative ausgehen; denn so manches praktische Genie ruht unter dem Bauernfittel oder unter der blauen Bluse.

Die Umwandlung des Strazvereins in seiner jetzigen Gestalt nach obigem Muster ließe sich sehr leicht bewerkstelligen. Momentan würde sich der jetzige Vorstand des Strazvereins weiterhin als den Vorstand des alten Strazvereins ansehen und die Funktionen des Verbandsvorstandes des neuen Strazvereins ausüben. Zunächst müßte ein Projekt für die Sitzungen der einzelnen Vereine und des Verbandes entworfen werden. In den Städten, in denen es Starosten gibt, müßte man ihnen die Einberufung von Versammlungen auftragen, zwecks Gründung der einzelnen neuen Strazvereine. In den Parochien und Städten, in denen es keine Starosten gibt, müßte diese Pflicht dem ersten besten Mitgliede des gegenwärtigen Strazvereins auferlegt werden. Diese Vertrauensmänner würden fertige Statutentwürfe erhalten. Die einzelnen Strazvereine würden den jetzigen Vorstand des Strazvereins als den augenblicklichen Verbandsvorstand anerkennen. Nach einem Jahre würden die Delegierten einen neuen Vorstand wählen.

Obige Aktion könnte man ohne Eile ins Werk setzen. Selbst wenn fürs erste nicht alle Städte und Parochien ihre Strazvereine hätten, sollten das Beispiel und die ständige Aktion des Vorstandes im Laufe eines Jahres die ganze Reorganisation vollenden. Dann würde der Strazverein der Polizei gegenüber sich auflösen und es würde bei der Pösjener Polizei ein neuer Verband angemeldet werden. Die neu entstehenden lokalen Strazvereine müßten natürlich sogleich nach der Organisation den einzelnen Polizeibehörden gemeldet werden.

Es ist das nur eine kurze Skizze. Es ist unmöglich, alles zu sagen, was zu ihrer Begründung gesagt werden könnte. Guter Wille weiß zwischen den Zeilen zu lesen und die Skizze zu einem fertigen Programm zu vervollständigen.

Jedenfalls werden wir den Strazverein verteidigen.

Posen, 3. Mai 1906.

J. v. Drwenski.

Im Anschluß hieran schreibt der Drendownik in seiner Nummer 106 vom 10. Mai 1906 was folgt:

So stellt sich Herr Rechtsanwalt v. Drwenski die Dezentralisation des Vereins Straz vor. Der Gedanke selbst ist an sich gut und systematisch durchgeführt, und zwar mit Berücksichtigung eines gewissen Elements; eine schwache Seite dieses Gedankens ist die, daß es uns zu seiner Ausführung in Städten und Parochien — an bürgerlichem Material, d. i. an Leuten fehlt. Wie wir hören, fühlt dies auch Herr Rechtsanwalt v. Drwenski gut.

Mit Recht sagt Herr Rechtsanwalt v. Drwenski im ersten Teil seines Artikels, daß sich nur eine auf befohlene Beamte gestützte Regierung ein solches Experiment erlauben darf, welches der Hauptvorstand des Vereins „Straz“ versucht hat. So ist es; zur Durchführung so weiter Pläne, wie sie der Hauptvorstand durch Druckschriften und durch das lebendige Wort in Volksversammlungen verkündet, ist eine staatliche Organisation notwendig, die unmöglich ist, nicht aber eine Organisation, die sich auf den guten Willen und Eifer der Bürgerschaft stützt, wozu wir uns einzig emporheben können.

Das Experiment des Hauptvorstandes erfordert von jedem selbstbewußten und eifrigen Bürger einen solchen Arbeitsaufwand, zu dem sich nur ausnahmsweise vereinzelte Personen, nicht aber die durchschnittliche Gesamtheit emporheben können. Darauf beruht eben der Kardinalfehler des Hauptvorstandes, daß er mit hochtrabender Phantasie und mit ebensolcher Gedankenlosigkeit auf Geratewohl weite Pläne dekretiert und große Versprechungen verkündet hat, ohne sich darum zu kümmern, wo sich die Leute finden werden, die neben ihren Berufspflichten dazu soviel Arbeit und Zeit werden widmen können, woher er die Mittel zur Einlösung der Versprechungen nehmen wird.

Der Dezentralisationsgedanke des Herrn Rechtsanwalts J. v. Drwenski würde zwar die regellosen Pläne des Hauptvorstandes erschüttern aus dem gleichen Grunde, weil schon heute in vielen Städten und Parochien tätige Bürger aller Schichten durch bürgerliche Arbeiten mannigfacher Art bereits genügend überbürdet sind. In manchem Falle würde auch eine Kollision der Aufgaben und Pflichten stattfinden.

Unseres Erachtens bleibt nichts anderes zu tun übrig, als das genau zu bestimmen, was Aufgabe des Vereins „Straz“ sein soll, und diese Aufgabe einem solchen Arbeitsaufwand anzupassen, zu dem sich unsere Volksgesamtheit noch emporheben kann, — ohne anderen bereits eingeführten, sozialen und nationalen Aufgaben Abbruch zu tun.

Dann wird man sich auch der Agitation des lebendigen Wortes bedienen, die Hebung des Niveaus der Berufstätigkeit anstreben und im Lande den Lebenspuls beleben können, worauf Herr Rechtsanwalt J. v. Drwenski mit Recht hinweist.

Aus Nr. 106 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 10. Mai 1906:

Die Reorganisation des Strazvereins.

Die durch die unglückliche Schrift, betitelt „Schwarzes Buch“, hervorgerufene persönliche Angelegenheit erachte ich für erledigt. Den Männern, welche schnell und klar ihre Ansicht betreffend das Vielen zugefügte Unrecht zu erkennen gegeben haben, dem hochwürdigsten Herrn Bischof, der in Vertretung des Erzbischofs diese Tat nachdrücklich gebrandmarkt hat, wird die Gesamtheit bestimmt dankbar dafür sein, daß sie dieser schädlichen Tätigkeit einen Riegel vorgeschoben haben. Zahlreiche Privatäußerungen, die sich mit der Erklärung der Bürger vom 28. April solidarisiert haben, bezeugen, daß der gesunde gesellschaftliche Organismus trotz vieler ihm drohender Epidemien Ungefundenes energisch ausstößt, wenn es nicht anders sein kann, dadurch, daß er das Geschwür zum Plagen bringt.

Es handelt sich jetzt darum, die Wunde vernarben zu machen und sie vor neuer Vergiftung zu bewahren. Ob der Strazverein dies durchzuführen für nötig erachten und wollen wird, das ist seinem guten Willen und seinem eigenen Interesse zu überlassen.

Nicht gleichgültig ist es jedoch der Volks Gesamtheit, wie mit Recht die Rechtsanwälte Wolinski und v. Drwenski bemerkt haben, daß ein Institut, dessen Ziele man mehr fühlt, als sich klar vorgezeichnet und programmatisch vorgesteckt und das in vielen Kreisen mit Recht oder Unrecht viele Hoffnungen geweckt hat, vom Horizont verschwände, um nichts Positives zu hinterlassen.

Herr Rechtsanwalt Wolinski stellt sich die rühmliche Aufgabe, den Strazverein zu reformieren. Herr Rechtsanwalt v. Drwenski giebt sehr schätzbare Mittel hierfür an. Beide Äußerungen sind für jeden Wohlgesinnten schätzbare, und sie zeugen davon, wie teuer diesen Herren jeder Posten ist, welcher der Volks Gesamtheit durch seine Wachsamkeit Nutzen bringen kann. Es sei auch mir Kleinem gestattet, mich dem Posten, wie ihn diese ehrenwerten Männer im Sinne haben, in der Rolle eines ganz einfachen Soldaten anzuschließen. Soviel erkläre ich prinzipiell; aber für die Durchführung ihrer Gedanken unterbreite ich ihrem kompetenteren Urteil nachstehende Bemerkung:

Kann man von einer so nötigen und heilsamen Tätigkeit eines Instituts, wie es die Herren Anwälte vorzeichnen, träumen, wenn darin ein so wichtiger Faktor wie unsere Geistlichkeit fehlen wird? Sind doch unsere Geistlichen bisher unsere Brüder von dem gleichen Fleisch und Blut wie wir, die mit überaus wenigen Ausnahmen offen unzweideutig auf unsern so sehr wichtigen Posten stehen!

Kann man dies Wunder unter der gleichen Firma des Instituts erwarten, die durch unvorsichtiges Handeln in so verhängnisvoller Weise einen großen Teil der Volks Gesamtheit sich abwendig gemacht hat? Ein neuer Name wie z. B. „Spojnia“ (Bindeglied) oder ein ähnlicher mit einer neuen Organisation würden einem aus allen Ständen sich zusammensetzenden Institut die Existenz und die Entwicklung erleichtern und die Mitwirkung der Geistlichkeit vielleicht ermöglichen. Kann man sich heut in der Tat der Täuschung hingeben, daß dieses Wunder in einem Institut vollbracht werden wird, in welchem man mit einem Amte einen Mann bedacht und ihm die Herrschaft übergeben hat, wohl nur um vor ihm Ruhe zu haben oder aus Furcht vor seiner skandalösen Feder? (Gemeint ist der Vorsitzende des Organisationsausschusses Kaufmann v. Rzepicki. Red. d. Ges.-üb.) Ist es doch dahin gekommen, daß man irgend ein neues „Mütterchen Rozłowska“ von der Taubenstraße zur Wächterin der

öffentlichen Meinung gemacht hat, und daß nicht sie selbst, wohl aber ein hinter ihrem Unterrock versteckter von einem nicht allzu ehrenvollen Parnas herab Urteile fällt. (Anspielung auf die Deckadresse der Herausgeber des „schwarzen Buches“, eine Frau Rędzierska, hier, Taubenstraße 4, die hier ironisch mit der Prophetin der Sekte der Mariawiten in Russisch-Polen, Mütterchen Rozłowska, verglichen wird. Red. d. Ges.-üb.)

Möge sich niemand täuschen, sogar der nicht, der dies wünschen sollte: Wie heut sich Polen ohne Katholizismus nicht denken läßt, so gibt es bei uns keine positive soziale Tätigkeit ohne unsre bisher polnische und moralisch wie materiell so opferwillige Geistlichkeit.

Liebe zur Sache im Verein mit gutem Willen und ruhigem und verständigen Suchen der richtigen Wege kann Wunder tun. Indem ich ebenso wie die beiden ehrenwerten Anwälte herzlich Gesundung wünsche, gestatte ich mir auf diese wichtige Bedingung der Kur mit großem Nachdruck aufmerksam zu machen.

Bei uns walten keine oberirdischen Verhältnisse ob, bei uns ist kein Platz für „Erwählte der Nation“, die ihre Ehre mit der Keitpeitsche verteidigen; aber Elemente, die dahin neigen, Desorganisation in die Gesamtheit hineinzutragen und die einen so wichtigen Faktor wie die Geistlichkeit mit der Volks Gesamtheit entzweien oder welche die Geistlichkeit ignorieren wollen, gegen diese Elemente müssen wir uns wehren, nicht aber ihnen das gesunde, wenn auch noch nicht genügend aufgeklärte Volk als Beute hinwerfen.

Herr Rechtsanwalt v. Drwenski hat bestimmt mit seinem Vorschlage über die Art und Weise der Organisation ins Schwarze getroffen; mir scheint aber, daß diese Reform nicht möglich ist, weder unter dem Namen Strazverein, noch ohne den Rat und die Beteiligung unsrer Geistlichkeit.

Schildberg, den 4. Mai 1906.

Dr. Eduard v. Gulewicz.

Aus Nr. 55 des Pielgrzym (Pielgrim)

vom 8. Mai 1906:

Die zweite Verfügung der erzbischöflichen Behörde — und der Strazverein.

(Folgt Wortlaut des erzbischöflichen Rundschreibens.)

Was sollen wir darauf sagen? Leider bewahrheitet sich unsere Prophezeiung, der wir vor einigen Wochen angesichts der ersten Verfügung der erzbischöflichen Behörde im Pielgrzym Ausdruck gegeben haben, daß es jedem, auch dem Gewandtesten schwer fällt, auf einem abschüssigen Wege stehen zu bleiben. An der Geistlichkeit rächt sich in der schärfsten Weise der Mangel an Entschluß oder an Mut, die Sache dort anhängig zu machen, wo sie hingehört hat und hingehört, d. h. in Rom, so wie es in der letzten Zeit einige französische Priester gemacht haben, die Abgeordnetenmandate angenommen hatten, ohne sich vorher mit der geistlichen Behörde in Verbindung zu setzen.

In Angelegenheiten dieser Art kann einzig und allein der hl. Vater, das Haupt des ganzen Christentums die endgültige Entscheidung treffen, doch davor mögen sich die Starosten des „Strazvereins“ hüten, daß sie, indem sie in beleidigender Weise über den Herrn Erzbischof herfallen, sich einmal in fremde Angelegenheiten mischen, und zweitens die hohe Standeswürde eines Kirchenfürsten herabsetzen. Es ist geradezu eine unerhörte Sache, daß sich eine weltliche Person erdreisten sollte, von einer so achtens-

werten Person und von einem so eifrigen Patrioten, wie es der Herr Erzbischof von Stablewski ist, von einer Abdikation und von einem gewissen Verrat der heiligsten Sache zu sprechen, und wenn es auch der gelehrteste Mensch und ein zweifacher Doktor wäre.

Andererseits sind wir jedoch der Meinung, daß weder die unangemessenen Worte des Herrn Dr. Bolewski, noch die unglückselige Herausgabe des von Fehler wimmelnden „schwarzen Buches“ ausreichende Gründe waren und sind, um der Geistlichkeit im allgemeinen die Zugehörigkeit zum „Strazverein“ zu verbieten. Das ist doch ein allgemein anerkannter Grundsatz, daß die Gesamtheit für die Fehler einzelner Personen nicht verantwortlich ist, aber einen großen Fehler hat der Vorsitzende in der Starostenversammlung einzig und allein dadurch begangen, daß er eine solche Vermessenhaftigkeit nicht auf das Nachdrücklichste gerügt und daß er den unvorsichtigen und vermessenen Redner nicht zur Ordnung gerufen hat. Es ist aber auch klar, daß man die Herausgabe des „schwarzen Buches“ als eine Fehlgeburt betrachten muß, aber andererseits ist auch das gewiß, daß die „Straz“, indem sie das „schwarze Buch“ verbreitete, im guten Glauben gehandelt hat, wofür als Beweis gilt, daß, als sie den Fehler gemerkt hat, sie dies mit der größten Bereitwilligkeit und Klarheit zugestanden hat. Deshalb scheint es uns, als wenn das letzte Rundschreiben des Erzbischofs an das uns bekannte Sprichwort angrenzt: „Der Schlosser hat es verschuldet, und der Schmied ist aufgehangen worden.“

Daß aber eine solche Annahme, selbst wenn sie auch nicht ganz gerechtfertigt wäre, sowohl jeder Einzelperson als auch namentlich jeder Behörde Abbruch tut ist so klar, wie die Sonne am Himmel. Es ist daher in solchen Fällen nützlicher, den deutschen Rat zu befolgen: „Wenn du zugreiffst, dann greife fest“, also ohne irgendwelche Vorwände, — und jede Sache mit dem richtigen Namen zu bezeichnen.

Aus dem bisher von uns Gesagten ist es nicht schwer den Schluß zu ziehen, daß wir den Erlaß des erwähnten Rundschreibens, und namentlich im gegenwärtigen Augenblicke, als eine verhängnisvolle Tat ansehen, die die bürgerliche Freiheit der Geistlichkeit beider Diözesen des Großherzogtums Posen beschränkt.

Der Spielgrum wird dagegen diese Freiheit in ruhiger aber entschiedener Weise immer verteidigen.

Aus Nr. 104 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 6. Mai 1906:

In Sachen der Reform des „Straz-Verein“ schreibt der Goniec Wielkopolski:

Reformen scheinen im Straz-Verein notwendig zu sein — aber in der Richtung, ihn mehr wie bisher zu demokratisieren. Angesichts der Rundschreiben und verschiedener anderer Widerwärtigkeiten muß man bemüht sein, möglichst weite Schichten zur Arbeit und zur nationalen Verteidigung heranzuziehen, um das Empfinden für das nationale Unrecht und den Glauben an die eigenen Kräfte zu wecken.

Unser polnisches Volk ist zu wenig selbständig; durch die irrtümliche Politik, es am Gängelbändchen zu führen, wurde in ihm durch viele Jahre die Selbstständigkeit getötet — darum ist es auch kein Wunder, daß es daran gewöhnt ist, sich nach dem Gutshofe und der Pfarrei um Hilfe umzusehen. Heute haben sich die Verhältnisse geändert — Gutshöfe gibt es wenig und den Geistlichen wird die nationale Tätigkeit, indem man ihnen die Hände bindet, eingeschränkt. Unter solchen Verhältnissen ist es unmöglich, den alten

Weg zu gehen, es muß im Interesse des Volkes die Taktik geändert werden, das Volk muß aufgeklärt und zur tätigen Arbeit berufen werden, doch nicht in der irreleitenden und das Vertrauen in die eigenen Kräfte untergrabenden Weise wie dies die Versöhnungsparteiler getan haben.

Wenn sich an den Strazverein so viel Leute um Geld gewandt haben, daß man hierzu Millionen nötig hätte, so kommt dies in bedeutendem Maße daher, daß an der Spitze des Strazvereins ein Millionär steht. Die Leute denken nun, daß wenn sie sich an einen solchen Finanz-Machthaber wenden, sie so viel Geld erhalten werden wie sie nur wollen, es will ihnen aber nicht in den Kopf, daß hier viele Millionen nicht zur Befriedigung ihrer Wünsche ausreichen würden, und daß Herr von Koszielski am Bettelstab davon gehen müßte, wenn er allen, die sich zu ihm drängen, Geld geben wollte. Wie fatal sind aber die Folgen derartiger Täuschungen und Enttäuschungen?!

Eine fatale Wirkung hatte auch die kleine Aufstellung von nicht zu verwirklichenden Horoskopen in den Straz-Versammlungen. Auch die beredtesten Worte nützen nicht viel, wenn keine Tat folgt!

Das Volk hat auch nicht immer zu den Starosten, Wojwoden usw. volles Zutrauen. Ein tüchtiger Agitator aus dem Volke leistet mitunter in der Richtung des Selbstbewußtseins und der Selbsthilfe hundertfach mehr als der ausgezeichnetste Bürger, und spräche er goldene Worte.

Der Strazverein muß also darauf Acht geben, daß die Reformen möglichst im demokratischen Sinne bewerkstelligt werden. Das Lösungswort: „Hilf dir selber, so wird dir Gott helfen“, müßte hier bestimmend sein. Es muß darauf geachtet werden, daß der Strazverein nicht unter den ausnahmsweisen Einfluß der bankrotten Versöhnungsparteiler gestellt werde, denn dann würde er begraben werden. Es gibt Leute, denen an dem Begraben des verachteten Strazvereins gelegen ist. Es ist daher geboten, bei jeglichen Reformen sich von der Vorsicht leiten zu lassen. Übrigens wird jeder ehrliche polnische Geist den Wolf im Schafsfell, dem es nicht um das Allgemeinwohl, sondern um eigene Interessen zu tun ist, wenn nicht erkennen, so doch herausfühlen.

Aus Nr. 103 des Ogródownik (Posen)
vom 5. Mai 1906:

Die dringende Notwendigkeit einer Reform des Strazvereins.

Herr Rechtsanwalt Adam Wolinski hat infolge der letzten Vorkommnisse in und mit dem Strazverein im Dziennik Poznański eine recht umfangreiche Äußerung veröffentlicht.

Herr Wolinski ist in der am Sonntag stattgefundenen Generalversammlung des Strazvereins in den Hauptvorstand gewählt worden, und zwar an Stelle des Dr. v. Skarzynski, welcher aus dem Hauptvorstande ausgeschieden ist und eine Neuwahl entschieden ausgeschlagen hat.

Herr A. Wolinski erklärt im Dziennik Poznański, daß er die Wahl zum Mitgliede des Straz-Vorstandes in dem Sinne angenommen hat, daß es nicht genüge, sich mit der Kritik zufrieden zu geben, sondern man müsse an die gemeinschaftliche Arbeit zum Wohle des Straz-Vereins herantreten und wir könnten gewiß sein, daß der Verein seiner Aufgabe und dem Vertrauen, in welchem ihn die Allgemeinheit gegründet hat, gerecht werden wird.

Da nun Herr Rechtsanwalt A. Wolinski jetzt im Vorstande einen Sitz einnimmt, so machen wir ihm den Vorschlag, unverzüglich nachstehende öffentliche Erklärung zu veranlassen:

1. Der Hauptvorstand des Straz-Vereins wird in allen Zeitungen den Tenor der Aufgaben der einzelnen Straz-Sektionen, der vorgeschlagenen Änderung des Reglements entsprechend, veröffentlichen, wenn diese Änderung in der Starosten-Versammlung am vorigen Sonntag wirklich angenommen wurde.

Dies ist unbedingt notwendig, damit die Allgemeinheit endlich erfahre, was der Haupt-Vorstand des Straz-Vereins eigentlich haben will, wozu er durch die Statuten und das Reglement verpflichtet ist.

2. Der Haupt-Vorstand veröffentliche unverzüglich, daß er den Mitgliedern keine Subvention, keine Unterstützungen, keine Geld-Beihilfen und keine Darlehen gewähre, daß er mit der Erteilung von Weisungen und mit der Erleichterung der Kredite für die Einzelnen, wo dies im Interesse der Allgemeinheit nötig sein wird, — wie die Aufgaben der wirtschaftlichen Sektion nach der vorgeschlagenen Änderung besagen — sich erst dann befassen werde, sobald er in den Bedingungen zur Erleichterung der Kredite für den Einzelnen Umschau gehalten haben wird und daß er hierüber i. Zt. den Mitgliedern öffentlich Mitteilung machen werde.

Dies ist unbedingt nötig, denn der Haupt-Vorstand hat durch seine unerhörten und unerfüllbaren Versprechungen, welche er unter den Mitgliedern in Tausenden von Druckschriften auf wahrhaft amerikanische Reklameart ausgebreitet hat, selbst die anständigen und selbständigen Bürger, namentlich in den mittleren Schichten, auf eine falsche Auffassung der Zwecke des Straz-Vereins geleitet, und er hat außerdem alle Unfähigen, Krüppel und den Bodensatz aufgerührt, welche überall für die Allgemeinheit eine Last sind und die sich heute an den Straz-Verein wenden: Ihr habt Geld — gebt her!

Den Herrn Rechtsanwalt Wolinski, gegenwärtig Mitglied des Haupt-Vorstandes des Straz-Vereins, machen wir mit der ganzen Überzeugungskraft darauf aufmerksam, daß solche öffentliche Erklärungen gegenwärtig für den ersten Augenblick unentbehrlich und zwar unverzüglich nötig sind.

Der Straz-Verein kann alle Abenteuer, die ihn trafen, sehr gut überwinden. Sein größter Feind ist sein eigener Vorstand, und dieser wird ihm das Genick brechen, wenn er nicht rechtzeitig sich aus der Unbeholfenheit aufraffen und der Unordnung in seiner Wirtschaft ein Ende machen wird.

An der Aufrichtigkeit unserer Vorschläge möge Herr Wolinski schon deshalb nicht zweifeln, weil wir den Strazverein vor seinem Falle schon mit Rücksicht darauf schützen müssen, daß die Sache des ganzen Volkes in ihm und durch ihn in ein Abenteuer verwickelt worden ist.

Herr Rechtsanwalt Wolinski ist nicht von heute; in dem Hauptvorstande des Strazvereins wird er seinen früheren politischen Freunden begegnen und zwar den Herren: Josef von Koscielski, dem Fürsten Jds. Czartoryski, Egzielski, Dr. Mizerski und Dr. von Dziembowski, alles Freunde des Erzbischofs.

Alle diese Herren werden ersaufen — zum zweitenmale — möge sie nun jetzt Herr Rechtsanwalt Wolinski retten. Möge er die Bekanntmachung solcher Erklärungen veranlassen; später werden wir über weitere Reformmittel nachdenken.

Aus Nr. 102 des Lech (Gnefen)

vom 6. Mai 1906:

Die Verpflichtungen des Erzbischofs gegenüber der Regierung.

In diesen Tagen schrieb das Posener Tageblatt, das amtliche Blatt der Posener Regierung, daß der Erzbischof verschiedene Verpflichtungen gegenüber der Regierung übernommen habe, und an diese Verpflichtungen hat es erinnert, als der Erzbischof den katholischen Geistlichen deutscher Nationalität befohlen hatte, aus dem Verein deutscher Katholiken auszutreten. Aus der Schreibweise dieses amtlichen Blattes müssen wir entnehmen, daß der Erzbischof gegenüber der Regierung Verpflichtungen eingegangen ist, von denen der polnischen Bevölkerung nichts bekannt ist. Wir werden von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht, denn durch das Auftreten des Posener Tageblatts sind die Befürchtungen für die Zukunft nur geweckt und bestätigt worden.

Wenn der Erzbischof tatsächlich irgend welche Verpflichtungen der Regierung gegenüber übernommen hat, so kann man sich leicht vorstellen, welcher Art jene Verpflichtungen sind. Es kann jedoch sein, daß das Posener Tageblatt seinen Appell an den Erzbischof in diese Form gekleidet hat, um den Anschein zu erwecken, daß irgend welche Verpflichtungen vorliegen. Es ist allerdings schwer, dies zu ergründen. Im Interesse des Erzbischofs selbst richten wir an diesen die Bitte, den Diözesanen den wahren Sachverhalt mitzuteilen.

Aus Nr. 102 des Lech (Gnefen)

vom 6. Mai 1906:

Unter der Spitzmarke „Ein neuer Angriff auf die „Straz“ schreibt der Lech u. a.:

Was die in der Versammlung der Starosten gegen die Person des Erzbischofs unternommenen Angriffe anbelangt, sei bemerkt, daß sie sicherlich weniger die Person des Erzbischofs beleidigen und verunglimpfen, als seine Nachgiebigkeit gegenüber der preussischen Regierung. Die herben Worte, welche in jener Versammlung über den Erzbischof gefallen sind, sind einem polnischen Herzen entquollen, welches durch das nichtnationale Verhalten des Erzbischofs verletzt worden ist, durch sein Verhalten, das unserer Gesamtheit schon so viele Niederlagen bereitet und Schläge versetzt hat. Die Regierung, verdorben durch diese Güte und Nachgiebigkeit des Erzbischofs, tritt immer rücksichtsloser uns gegenüber auf. Kein Wunder also, daß ein solches Verfahren der Regierung, herbeigeführt durch die Nachgiebigkeit des Erzbischofs, unsere Herzen mit Erbitterung erfüllt, die wir in Versammlungen in herben Worten der Kritik angesichts der unglückseligen Politik des Erzbischofs zum Ausdruck bringen.

Die Geistlichkeit wird sich auch durch das letzte Rundschreiben des Erzbischofs nicht einschüchtern lassen, und sie wird fernerhin auf ihre Weise die Bestrebungen der „Straz“ unterstützen, die, es sei dem wie es wolle, in den heutigen schweren Zeiten eine sehr nützliche Institution ist; man muß ihr nur die entsprechende Richtung geben, die da imstande wäre, sie dem edlen Ziele zuzuführen.

Ein polnischer Geistlicher.

Aus Nr. 107 des Orędownik (Posen)
vom 11. Mai 1906:

An die Auslassungen des Goniec, betreffend die vom Strazverein den Massen gemachten unerfüllbaren Versprechungen, knüpft der Orędownik folgende Bemerkung:

Zwecks Aufklärung und zur Unterstützung dessen, was der Goniec geschrieben hat, stellen wir fest:

daß die Ziele des Strazvereins in den Satzungen sehr allgemein, also unklar und nicht genau vorgezeichnet sind;

daß sich über die Ziele des Vereins jeder eine Auffassung danach gemacht hat, was er darüber in Volksversammlungen gehört, was er in Zeitungsartikeln gelesen und was er sich schließlich über das Thema nationale Verteidigung gegen das preußische System selbst hinzugesetzt hat;

daß die Auffassungen über die auf diese Weise willkürlich herausgebildeten Auffassungen von den Zielen des Strazvereins eine Verwirrung in die Volksgesamtheit hineinbringen mußten. Das hat in der ersten Starostenversammlung auch der Schildberger Starost festgestellt, indem er den Hauptvorstand bat, die Ziele des Strazvereins genau zu bestimmen.

Zu der Verwirrung in den Auffassungen über die Ziele des Strazvereins hat hauptsächlich der Hauptvorstand des Strazvereins beigetragen. Hier registrieren wir, wie dies geschehen ist.

1. In der ersten Strazversammlung in Posen bei der Gründung des Strazvereins hat eines der Mitglieder des Hauptvorstandes ein breites Panorama des Strazvereins entfaltet, indem der Herr ausrechnete, der Strazverein müsse $\frac{1}{4}$ Million Mitglieder und $\frac{1}{2}$ Million Mark an Beiträgen zählen. Das wurde unter das Volk durch alle Zeitungen getragen.

2. In tausenden von Exemplaren wurden Druckschriften mit den bekannten, heute vom Goniec erhobenen unerfüllbaren Versprechungen verbreitet.

3. Es wurden Gerüchte von irgend einer Garantiebank für Kaufleute und Gewerbetreibende verbreitet. Der Bielgrzym in Pielplin schrieb vor 6 Wochen ausdrücklich, der Vorsitzende des Strazvereins, Herr v. Koscielski, habe für diesen Zweck 50 000 Mark hergegeben. Die Bank ist bisher nicht da, und Herr v. Koscielski hat für diesen Zweck nicht einen Groschen hergegeben. Das hinderte ihn aber keineswegs, in der Czarnikauer Volksversammlung selbst den Versammelten anzukündigen, die Bank werde entstehen, — und zwar geschah dies schon, nachdem der „erste Blitz“ eingeschlagen hatte.

4. In den Versammlungen des Strazvereins wurde hauptsächlich von dem Beistand geredet, den der Strazverein den vom Hakatismus Bedrückten gewähren werde. Infolgedessen wurden die Arbeiten der rechtlich-politischen und der kulturellen Sektion, die in Wirklichkeit den Hauptkern der Aufgaben des Strazvereins bilden und bilden werden, in den Schatten gestellt, und obgleich dieselben die wichtigste Sache sind, sind sie bisher am wenigsten populär. Dafür ist vom Hauptvorstande in noch nicht einem halben Jahre eine halbe Million an Spenden, Beihilfen und Darlehen verlangt worden.

5. Der Hauptvorstand hat sich keineswegs gedrungen gefühlt, sich Rechenschaft abzulegen über die Unklarheit und Unordnung der eigenen Wirtschaft. Der Bureauvorsteher des Strazvereins hat zuletzt in der letzten Generalversammlung und dann in allen Zeitungen den Bericht über die Tätigkeit des Bureaus veröffentlicht. Unter Nr. 2 im Absatz 2 ist folgendes gesagt:

„Auch hier haben wir uns streng an den Grundsatz gehalten, nur das zu erledigen, was in das Bereich

des Strazvereins gehört. Was das Bureau betrifft, so ist kein Brief nachweisbar, der nicht binnen zwei Tagen beantwortet worden wäre“.

Bei einer solchen Methode des Handelns kann man sich vorstellen, mit welchen Forderungen aus der Mitte der Volksgesamtheit heraus an den Strazverein herangetreten wurde und welche Verwirrung das Bureau des Strazvereins, das Alles beantwortete, in die Volksgesamtheit hineinbringen mußte.

6. In Übereinstimmung mit obiger Arbeitsmethode hat der Hauptvorstand, um sich nicht streng an das Bereich des Strazvereins zu halten, sondern auch nach Belieben über das Bereich der Aufgaben des Strazvereins hinauszugehen, auch an der Herausgabe des „Schwarzen Buches“ sich beteiligt. Man teilt uns aus hiesigen Kreisen mit, der Hauptvorstand soll hierfür 200—300 Mark ausgeworfen, aber bisher noch nicht an die Herausgeber ausgezahlt haben. Ungeachtet dessen hat er in den Zeitungen in besonderen Deklamationen bekannt gemacht, er habe für das „Schwarze Buch“ eine Subvention hergegeben.

Und so ist eine Suppe außerhalb des Bereichs des Strazvereins eingebracht worden. Es ist klar, daß das „Schwarze Buch“, wenn es nur als privates Verlags-Unternehmen bekannt wäre, noch einmal soviel Ungenauigkeiten enthalten könnte, und jeder vernünftige Mensch würde damit einverstanden sein, daß bei Schriften dieser Art Ungenauigkeiten und Fehler unvermeidlich sind. Die Situation hat sich für das „Schwarze Buch“ mit einem Male geändert, als das Publikum erkannte, daß der Strazverein auch hieran unmittelbar beteiligt war.

7. Die gefährlichste Verwirrung in unseren nationalen Kollektivarbeiten kann der Strazverein dadurch hervorrufen, daß er nicht die Aufgaben nach den Kräften, sondern nur die Kräfte nach den Aufgaben bemißt, daß er sich absolut keine Rechenschaft darüber ablegt, wieviel Arbeitsaufwand zur Ausführung dessen nötig ist, was zum Bereich des Strazvereins gehört und was außerhalb des Bereichs des Strazvereins steht, wo er die Leute hernehmen wird, die bei Erledigung ihrer alltäglichen Berufs- und Bürgerpflichten noch die vom Strazverein ihnen aufgetragenen maßlosen Pflichten werden erledigen können. Die Verwirrung gerade in diesem Punkt eröffnet das Feld einem geradezu ordinären patriotischen Maulheldentum, das die Phrase an die Spitze unserer Kollektivarbeiten setzt, sich als Unkraut auf sie werfen und die redliche bürgerliche Arbeit ersticken kann.

Wir werfen niemandem, weder im Haupt-Vorstande noch in der Starosten-Versammlung, bösen Willen vor; wir sind im Gegenteil überzeugt, daß alle — unter dem Druck des Hakatismus — für die nationale Sache aufs Beste zu wirken wünschen. Es haben zwei Starosten-Versammlungen stattgefunden, und beide machten einen traurigen Eindruck. Wie viel Eifer, Arbeitswilligkeit und bürgerliche Wärme besitzen doch diese Starosten — und doch wie wenig Intelligenz und politischen Sinn. Sie alle streben danach, in unseren Sammelarbeiten den Volkskeim zu töten, d. h., daß die nationale Verteidigung auf die bürgerliche Selbstständigkeit gestützt würde, nämlich auf die Kenntnis der nationalen Pflichten, die Bereitwilligkeit, sie nach dem Maße der persönlichen Kräfte in den breiten Schichten des Volkes auszuführen.

8. Das ist für die Starosten ein schwerer Vorwurf, doch bemerken wir gleichzeitig zu ihrer Entschuldigung, daß nicht sie daran Schuld sind, sondern der Hauptvorstand.

Er hat sie so gestimmt.

Er hat unklare Statuten, ein breites Reglement herausgegeben und hat die Aufgaben des Straz-

Bereins nirgends genau vorgezeichnet. Er hat die Starosten im Bereich und außerhalb des Bereichs des Straz-Vereins gelassen. Herr Rechtsanwalt J. Drwenski hat vollständig Recht, wenn er schreibt, daß man Leute zusammenberufen und die Versammelten verlassen habe, sie der Gnade des Schicksals preisgebend.

Das ist das Schlimmste, was im Straz-Verein vorkommen konnte. Das ist hundertmal gefährlicher, als beide erzbischöfliche Rundschreiben. Gegen die Rundschreiben gibt es ein Mittel, aber die Wirtschaft des Hauptvorstandes droht mit Versumpfung unserer Sammlerarbeiten, unserer nationalen Verteidigung.

Selbst die aufrichtig volksparteilichen Blätter haben bisher kein Wort der Warnung vor dieser gefährlichen Verwirrung gefunden; ausschließlich mit den erzbischöflichen Rundschreiben beschäftigt, übergehen sie hundertfach schlimmere gefährlichere Sachen, welche langsam in die Gemüter das Gift der Phrasen, Deklamationen, Täuschungen und selbst Verführungen träufeln, welche den gesunden und konservativen Sinn sprengen könnten, wenn unsere Allgemeinheit — Gott sei Dank — in ihrer überwiegenden Mehrheit in allen Schichten nicht ehrliche gewissenhafte Leute hätte, welche durch ihre Arbeit ihre Familienherde und die Wälle schützen, die das Volk gegen dem Andrang der Flut des preussischen Systems verteidigen.

Von der ganzen Volkspresse hat der einzige Goniec jetzt — also nach einigen Monaten, es fertig bekommen, kurz aber klar die Sachen bei ihrem rechten Namen zu nennen.

Alle übrigen Volksblätter sind hinter den erzbischöflichen Rundschreiben hergelaufen.

9. In beiden Starosten-Versammlungen wurde darüber geflagt, daß die Starosten nicht imstande seien, die Aufgaben, welche ihnen der Straz-Verein auferlege, zu bewältigen.

Die einfache Logik, der gesunde Bauernverstand, leiten darauf, daß man die Aufgaben einschränken und sie genau begrenzen müßte. Die Diskussion bewegte sich in der entgegengesetzten Richtung, und vorwiegend äußerte man sich dahin, daß man die Beamten-Chargen vermehren und zwischen die Starosten und Kommissare — Oberkommissare hineinschieben solle. Es fehlte dabei auch nicht an Humor, denn man amüsierte sich dabei mit der Abfassung der Titulatur, nach welcher die neue Beamten-Charge zu benennen sei: Oberkommissar oder Unterstarost.

Wie soll man sich darüber wundern, wenn der Hauptvorstand an die Starosten oder Kommissare 300 Diplome verteilt hat und der Herr Vorsitzende des Strazvereins in der ersten Versammlung hinzufügte: daß man das eingerahmte Diplom im Zimmer aufhängen solle, denn das würde recht hübsch aussehen.

Unter den Starosten fehlt es nicht an Bürgern, für welche eine aufrichtige Bürgerarbeit keine Neuheit ist. In der letzten Straz-Versammlung regten sie andere zum Nachdenken an, warnten vor der verführerischen Bureaucratie, erklärten, wie sie selbst arbeiteten, doch alles — vergebens.

Das ist ein kurzes Verzeichnis der Umstände, welche im Strazverein die Verwirrung und in den breiten Schichten der Allgemeinheit gerechte Beunruhigung hervorgerufen haben.

Aus Nr. 101 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 4. Mai 1906:

Zu dem letzten Rundschreiben des Erzbischofs, betreffend die Geistlichkeit und die Straz, bemerkt der Dziennik Berlinski u. a. folgendes:

Möge der Erzbischof nicht vergessen, daß er, wie er jetzt die Geistlichen aus der „Straz“ hinaustreibt, diese seiner Zeit in die Reihen des Versöhnungslager hineingetrieben und daß er seine versöhnungsfreundliche Politik mit Gewalt der Gesamtheit aufzudrängen suchte, wodurch er in ihr eine ungeheure Spaltung und jahrelange Kämpfe hervorgerufen hatte, diese Politik, die nun der „Strazverein“ zu beseitigen sucht, indem er unter seine Fahne die Elemente aller politischen Schattierungen zu sammeln sucht, welche bisher in Feindschaft gelebt haben und nunmehr zum Kampfe gegen den immer gefährlicher werdenden Ansturm unseres gemeinsamen Feindes geführt werden sollen.

Die Straz wird vielleicht erst Dank ihrem Friedensprogramme die Verluste und Schäden wieder gut machen, welche die Politik des Erzbischofs unserer Gesamtheit zugefügt hat.

Die in dem Verbote, welches die Geistlichen nunmehr vollständig aus der Straz treibt, angegebenen Gründe sind hinfällig. Es gibt nur einen Grund, der alles aufklärt. An ihn erinnert heute das Berliner Tageblatt, welches sagt, daß dieser Erlass ein Pflästerchen für die Regierung und das Deutschtum sein solle für die Erlasse Stablewskis und Sikowskis, welche gegen die Beteiligung der deutschen Geistlichen an den Vereinigen der katholicistischen Katholiken gerichtet waren. Das Posener Tageblatt begann bald nach ihrem Erscheinen zu rufen, daß die Regierung und der Katschismus die geistliche Behörde zwingen sollten, die Geistlichen aus der „Straz“ völlig zu entfernen.

Das ist jetzt geschehen. Die Deutschen erhalten Genugtuung auf Kosten der „Straz“. Soweit sind wir während der Regierung eines „polnischen“ Erzbischofs gekommen. Bald werden wir einen Erlass erleben, der gegen die Bemühung der Geistlichen um Abgeordnetenmandate gerichtet sein wird, wie das eine zeitlang während der Regierung eines nichtpolnischen Erzbischofs gewesen ist.

Wir sind fest davon überzeugt, daß das letzte Rundschreiben in den Kreisen unserer patriotischen Geistlichkeit den unangenehmsten Eindruck und große Entrüstung über den neuen auf das Gewissen ausgeübten Gewaltakt hervorrufen wird. Die Geistlichkeit wird jedoch diese neue Prüfung ebenso ertragen, wie sie ihrer schon so viele ertragen hat, namentlich zu Zeiten der Herrschaft der Versöhnungspolitik.

Wird die Geistlichkeit die „Straz“ auch nicht tätig unterstützen können, so wird sie das moralisch tun, denn wenn sie durch manche ihrer Mitglieder auch verschiedene Fehler begehen kann — wer begeht wohl solche nicht? Selbst Bischöfe und Erzbischöfe begehen sie — so ist der Verein an sich doch eine gute Sache, die für die heutigen Zeiten sehr erforderlich ist. Das ist selbstverständlich und leugnen kann es nur ein böser Pole oder ein offenkundiger Feind.

Angeichts des Hinaustreibens der Geistlichkeit aus der „Straz“ im Großherzogtum möge die weltliche Bürgerschaft sie um so eifriger beschützen und die Lücken ausfüllen, welche durch die ungerechten und unpolnischen erzbischöflichen Erlasse entstanden sind.

Aus Nr. 107 des Goniec Wielkopolski
vom 11. Mai 1906:

Zu den Aussassungen des Dr. Gulewicz in Schildberg über etwaige im Strazverein vorzunehmenden Reformen bemerkt der Goniec Wielkopolski u. a.:

„Wenn die Volksversammlung diesen Stimmen folgen sollte, dann würden wir günstigsten Falles polnisch sprechende Preußen werden! Das würde den politisch bankrott gewordenen Versöhnungsparteilern

passen, doch die Ärmsten sollten doch daran denken, daß wir heute in anderen Zeiten leben als vor 20 Jahren und daß derartige Stimmen wie die „Bürgerstimme“ des Herrn Dr. Gulewicz geradezu das Gegenteil von dem hervorgerufen, was beabsichtigt war.

Mögen sie sich, wenn sie wollen, ein zerstörendes „Bindeglied“ schaffen, dem außer ihnen niemand angehört wird, den das Nationalgefühl des polnischen Volkes reicht weiter, als es ihnen in ihrer Verblendung vorzukommen scheint.

Gegenüber den beabsichtigten Versuchungen muß überall vor dem dem Strazverein drohenden Anschlag gewarnt werden, um die Machinationen und die Pläne der Versöhnungsparteier zu durchkreuzen. Wenn es sich um irgend eine Verbesserung im Strazverein handeln wird, dann muß besonders darauf geachtet werden, daß die versteckten und offenen Absichten der Versöhnungsparteier im Keime erstickt werden.

Be richt

über den Verlauf des am 6. Mai 1906 im Januszewski'schen Saale zu Labischin abgehaltenen polnischen Wählerversammlung.

Die von etwa 350 Personen, zumeist Arbeitern und Bauern der Umgegend Labischins, besuchte Versammlung wurde von dem Prälaten Stryjakowski kurz vor 3 $\frac{1}{2}$ Uhr mit dem altpolnischen Grusse eröffnet. Die Intelligenz war vertreten durch die Rittergutsbesitzer von Brzeski-Krotoschin, von Malczewski-Młodocin, den gräflichen Oberförster a. D. Zawinski und den Administrator Gruszczyński-Labischin; außer dem Ortspfarrer, Prälaten Stryjakowski, war auch der Propst Matyaszczak aus Bartschin erschienen.

Der Prälat hielt folgende kurze Ansprache an die Versammlung:

Liebe Wähler und Landsleute! Wenn man hier zusammengekommen sei, so sei dies nicht deshalb geschehen, um Neuigkeiten zu hören, sondern um über die Not des polnischen Volkes zu klagen und darüber zu beraten, wie man Rettung zu suchen habe, Rettung für die bedrohten Heiligtümer der polnischen Nation, denn jedes Mitglied des Volkes habe die heiligste Pflicht, das zu verteidigen, was ihm lieb und teuer sei. Die heutige Versammlung sei kein Freudentag, an dem man sich belustige wie z. B. bei einer Hochzeit, bei einem Taufen oder bei irgend einer anderen Festlichkeit; der heutige Tag sei dem Ernste des Lebens geweiht. Jeder der Anwesenden lese die Zeitung und wisse, was in der Welt vorgehe. In der letzten Zeit sei den polnischen Kindern ein großes Unrecht zugesügt worden, man habe ihnen die Möglichkeit genommen, das Gebet in der Muttersprache zu lernen. Der Vater, die Mutter seien allen Fleißes darum bemüht, ihren Kleinen das Beten in der Muttersprache zu lehren. Die Geistlichen wüßten es sehr wohl, daß ein Gebet in fremder Sprache hergesagt niemals so recht aus dem Herzen kommen könne. Die Religion, welche die Kleinen in einer ihnen unverständlichen Sprache lernen müßten, bringe die Gefahr mit sich, daß der Glaube aus dem Herzen schwinde. Er, Stryjakowski, habe nur die Aufgabe, die Versammlung zu eröffnen, der hier anwesende geschätzte Abgeordnete werde Bericht erstatten über die Tätigkeit des Abgeordnetenhauses; er sei hierher geeilt, um seine lieben Wähler zu sehen, zu ihnen zu sprechen, ihnen zu sagen, wie not es tue, auf der Hut zu sein und das zu verteidigen, was bedroht sei.

Es erfolgte hierauf die Bildung des Bureaus, in das gewählt wurden:

Propst Matyaszczak-Bartschin als Vorsitzender, Indykiewicz-Dombrowka als Schriftführer, Danielewicz-Bartschin, Kotynski-Tezierskie-Hld., Dominski-Krotoszyn und Glyda-Labischin als Beisitzer.

Propst Matyaszczak dankte den Anwesenden für das ihm entgegenbrachte Vertrauen und bat, sich während der Verhandlungen recht ruhig zu verhalten, zu zeigen, daß es der polnische Mann verstehe, stets und überall vernünftig und wohlwollend zu sein und daß er bemüht sei, seine heiligen Rechte auf legalem Wege zu verteidigen.

Auf der nunmehr durch den Leiter der Versammlung bekannt gegebenen Tagesordnung standen folgende Punkte:

1. Eröffnung der Versammlung.
2. Bildung des Bureaus.
3. Vortrag des Abgeordneten.
4. Bericht des Vorsitzenden des Kreiswahlkomitees.
5. Bericht des Kassierers des Kreiswahlkomitees.
6. Vortrag des Bäckermeisters Siomniak.
7. Freie Aussprache.
8. Schluß.

Zu Punkt 1 erledigt.

Zu Punkt 2 erledigt.

Zu Punkt 3: Reichs- und Landtagsabgeordneter Leo von Gzarinski-Thorn führte aus: Liebe Landsleute! Dank sei allen denen gesagt, die den heutigen Tag geopfert und hierher gekommen seien. Das polnische Volk sei um seine gegenwärtige Situation nicht zu beneiden, von allen Seiten fielen bittere Schläge auf dasselbe hernieder. Der Hakatismus zerbreche sich unaufhörlich den Kopf, wie er dem Polentume wohl am besten bekommen könne, um ihm den Garaus zu machen; man suche mit Gewalt die Meinung zu verbreiten, daß die Polen danach strebten, sich vom preußischen Staate loszureißen. Wie sonderbar doch so etwas sei! Als ob die Polen nicht wüßten, welche eine große Macht das Deutsche Reich darstelle, eine Macht, bei der das kleine Häuflein der Polen doch nicht im entferntesten in Betracht kommen könne. Wenn es sich um die Polen handle, dann spreche man stets von einer „Gefahr im Osten“. Man müsse sich wundern, daß die Deutschen, die doch außer Gott nichts fürchteten, gerade um das kleine Häuflein ihrer slavischen Mitbürger so besorgt seien. Es werde dem polnischen Volke stets vorgehalten, daß es dem preußischen Staate für all die von ihm erhaltenen Wohltaten dankbar sein solle und sich glücklich schätzen könne, in ihm auf eine höhere Stufe der Kultur gebracht worden zu sein. Die Minister suchten auch ihrer Phantasie freien Lauf zu lassen und erniedrigten die Vergangenheit des polnischen Volkes. So habe Rheinbaden behauptet, die westpreußische Stadt Culm habe bei der Übergabe der polnischen Lande an Preußen nur 30 Häuser besessen; es sei ihm, dem Minister, aber nachgewiesen worden, daß es nicht 30, sondern 381 Häuser, 5 Kirchen und 3 Klöster aufzuweisen gehabt habe. Ja, so suche man die Vergangenheit des polnischen Volkes darzustellen.

Im Etat seien 2 $\frac{1}{2}$ Millionen eingestellt worden, die man den Oberpräsidenten zur freien Verfügung belasse, 150 000 Mark habe man bewilligt, um Söhne höherer Beamten Unterstützungen zu gewähren. Die höheren Beamten litten nämlich solche Not, daß sie für ihre Jungen Beihilfen haben müßten. Den polnischen Bürgern habe man noch nie etwas aus Staatsmitteln bewilligt, damit sie ihren Kindern eine bessere Schulbildung angedeihen lassen könnten. Wie könne

man nun angeht dessen wohl noch sagen, daß die Polen alles, was sie hätten, den Preußen verdankten? Der Pole verdanke niemandem etwas. Wenn er emporgekommen sei, so habe er das seiner Kraft, seinem starken Willen und vor allem der Hilfe Gottes zuzuschreiben.

Friedrich II. habe i. Zt. gesagt, der polnische Landesteil, den Preußen erhalten, sei mit einer Einöde zu vergleichen. Friedrich der Große sei eben ein sehr schlauer Herrscher gewesen, er habe so sagen müssen, um nicht den Reid der anderen wachzurufen. Wenn die Preußen für die Besserung der Verhältnisse in den polnischen Landesteilen etwas getan hätten, dann sei das nicht für die Polen geschehen, sondern sie hätten dabei lediglich ihr eigenes Interesse im Auge gehabt.

Der deutsche Kaiser habe in Posen dem katholischen Glauben Schutz und Freiheit zugesichert; man sehe doch aber einmal zu, ob sich die Beamten nach dem Willen ihres obersten Herrn richteten! Die Monarchen hätten auch darauf Bedacht genommen, ihrem Volke die Eigentümlichkeiten zu bewahren. Wie sehe es aber damit aus? Die polnische Sprache sei aus den Ämtern verdrängt worden, neuerdings solle sie auch vollends aus der Schule verschwinden. Damit müsse auch das religiöse Empfinden immer mehr verloren gehen, denn es sei eine erprobte Tatsache, daß die Menschen nur in ihrer Muttersprache in wahre Beziehungen zu ihrem Gotte treten könnten. Er, v. Cz., habe als Knabe ein französisches Gebetbuch geschenkt bekommen, er habe wohl verstanden, was er gelesen, aber nicht verstanden, was er gebetet. So gehe es den polnischen Kindern beim Beten in der deutschen Sprache. Die Polen hätten ein Recht darauf, daß man ihre Sprache auch im öffentlichen Leben achtete. Der Reichskanzler habe gesagt, wir könnten sprechen, wie uns der Schnabel gewachsen sei! Diese Worte seien wohl schön, doch wie würden sie beachtet?

Zu den polnischen Eigentümlichkeiten gehörten auch die Namen. Was geschehe aber nicht alles mit ihnen! Durch ihre Verdrehung entstünden mitunter die größten Schwierigkeiten, Erbverluste usw. Im Bromberger Bezirke seien die Polen rein toll auf die fremden Namen; fast täglich lese man in den Zeitungen, daß dieser und jener statt des polnischen Namens einen deutschen angenommen habe. Schande solchen Leuten! Mit Beziehung auf die Praxis der Standesämter sei es in der letzten Zeit etwas besser geworden. Die Väter wüßten nun schon vielfach, wie sie sich den Beamten gegenüber zu verhalten hätten, die oftmals bei der Anmeldung von Geburten ein ganz sonderbares Verfahren an den Tag gelegt hätten; es sei hierbei an einen Fall, der sich auf dem Standesamte in Skalmyrzec zugetragen habe, erinnert. Ein Vater habe seiner Tochter den Vornamen „Wieslawa“ geben wollen. Der Beamte habe das als großpolnische Agitation angesehen mit der Motivierung, Wieslawa sei von „Wisla“ (Weichsel) abgeleitet, die Weichsel aber bedeute bei den Polen dasselbe, was der Rhein bei den Deutschen. Ein harter Kampf sei um die Endsilbe „ska“ geführt worden. Infolge eines von der polnischen Fraktion gestellten Antrages sei höherer Orts entschieden worden, daß die Standesämter die weiblichen Endungen in polnischer Weise zu schreiben hätten. Wenn man sein Augenmerk den polnischen Ortsnamen zuwende, dann erfahre man, daß auf diesem Gebiete geradezu Schreckliches passiere. Über die Umwandlung des Namens Inowrazlaw in Hohenjalza sei die ganze zivilisierte Welt entrüstet gewesen. 800 Jahre lang habe diese Stadt ihren Namen mit Ehren getragen, mit einemmale sei das nicht mehr angängig gewesen. Hinter den preussischen Grenzen sei doch die Welt noch

nicht zu Ende. Die Völker fremder Staaten würden durch die fortgesetzten Ortsnamensänderungen in Verwirrung gebracht. Eine Genugtuung habe er, der Redner, einmal auf einer Fahrt mit der Eisenbahn erfahren. In einem Wagenabteil hätten mit ihm zusammen mehrere Soldaten gesessen, die auf einer Landkarte den Namen „Hohenjalza“ gesucht hätten; der Name sei natürlich nicht zu finden gewesen, auch heute wiesen ihn die Karten noch nicht auf. Aus „Dwiezki“ habe die Ansiedelungskommission den sonderbaren Namen „Dwie Schön“ gemacht. Welche Vorteile entstünden durch all diese Tausen? Man werde das gleich sehen: zu einem Gutsbesitzer sei ein Arbeiter gekommen, um Stellung zu suchen. Der Herr habe den Mann nach seinem Wohnorte gefragt; als er ihm einen fremden deutschen Namen genannt habe, sei der Herr stutzig geworden, er habe ihm geantwortet: „Ich kann Dich nicht brauchen, Du wohnst zu weit, der Umzug ist mir zu umständlich.“

Das allertraurigste sei der Boykott des polnischen Volkes. Woher komme denn das schöne Wort? Aus England. Dasselbst habe ein Reicher seine Leute auf die schändlichste Weise gequält. Aus Rache darüber hätten sie beschlossen, diesem Raubbein nichts mehr zu verkaufen, er habe sich genötigt gesehen, den Ort zu verlassen; er sei einfach boykottiert worden. Hier sei es mit dem Boykott noch viel schlimmer, denn selbst die Behörden boykottierten ihre polnischen Steuerzahler. Den Beamten habe man verboten, polnischen Genossenschaften anzugehören, man habe sie gezwungen, ihre Spargroschen aus ihnen abzuheben. Ein solches Verfahren sei sogar gegen das Gesetz, es übersteige alle Begriffe.

Am aller schwersten aber sei die polnische Gesamtheit durch das neue Ansiedelungsgesetz betroffen worden, das sowohl gegen die preussische, wie gegen die deutsche Konstitution verstoße, die den Bürgern unantastbares Eigentumsrecht gewähre. Wenn es sich um die Polen handele, dann sei eben alles erlaubt. Deutsche Ansiedelungen würden geschaffen, polnische verhindere man. Land dürfe der polnische Mann erwerben, er dürfe sich aber kein Wohnhaus darauf errichten. Weil man trotz der größten Anstrengungen nicht instande sei, den polnischen Geist zu ertöten, gehe man jetzt daran, das polnische Volk auszuhungern. Auch das werde dem Feinde nicht gelingen, wenn die Bürger polnischer Nationalität, die Schlachta und das Volk, zusammenhalten würden. Mit geeinten Kräften könne man eben vieles durchsetzen und Böses verhindern. (Anhaltende Bravourufe.)

Vorsitzender: Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten seien mit der größten Aufmerksamkeit entgegengenommen worden. Die Wähler seien dem schätzenswerten Vertreter im Reichs- und Landtage zu Danke verpflichtet für sein mannhaftes Eintreten. Herr von Czarinski habe keine Mühe gescheut, hierher zu kommen; trotzdem seine Frau schwer krank darniederliege, habe er es in Erfüllung seiner Pflicht für nötig befunden, mit seinen Wählern einige Stunden zusammenzusein. Die Hingebung des Herrn Abgeordneten, sein hohes Alter sollten Allen zum Muster dienen und darauf hinweisen, daß man seine Kräfte nicht schonen dürfe, wenn es gelte, die bedrohten nationalen Schätze zu verteidigen.

Zu Punkt 4: Das Wort erhielt der Vorsitzende des Schubinier Kreiswahlkomitees, Rittergutsbesitzer Julian von Brzeski-Krotoszyn, dessen Bericht folgender war:

Das Kreiswahlkomitee habe beschlossen, alle Jahre wenigstens eine Versammlung zu veranstalten und nicht dann erst, wenn die Wahlen vor der Tür ständen. Im verflossenen Jahre seien daher Wählerversamm-

lungen abgehalten worden: in Schubin, Labischin, Bartischin und Exin. Verschiedene Komiteemitglieder hätten bei diesen Zusammenkünften Reden gehalten. Wenn er, von Brzeski, nur einen Teil all der schönen Worte wiedergeben wollte, dann würde die Zeit dazu nicht ausreichen. Es freue ihn aber, daß die mühselige Arbeit des Komitees nicht umsonst verrichtet worden sei; er habe die Überzeugung, daß sich auf dem Gebiete der Wahlagitacion vieles gebessert habe. Die an die Wähler gerichteten Worte der Belehrung und Ermahnung seien nicht umsonst gesprochen worden, und das gebe ihm die frohe Hoffnung, daß auch seine heutige Rede freundliche Aufnahme finden und von Erfolg begleitet sein werde. Er wolle zu der Versammlung über **fünf nationale Gebote** sprechen und ihr den Weg weisen, wie dieselben am besten zu befolgen seien.

Die fünf nationalen Gebote seien:

- a) Die Liebe zu Gott,
- b) die Liebe zur heiligen polnischen Erde;
- c) die Liebe zur Einigkeit;
- d) die Liebe zur Arbeit und Sparsamkeit;
- e) die Bereitwilligkeit, für die nationalen Ideale Opfer zu bringen.

a) Von allen Völkern sei das polnische Volk das frömmste. Mit der größten Hingebung habe es für das Kreuz gekämpft. Die Nachkommen der großen Väter hielten an deren Glauben fest bis auf den heutigen Tag, und es sei ein Glück für das polnische Volk, daß es seinen Glauben treu bewahre, daß es seine Zuflucht immer und immer zu dem Kreuze des Herrn nehme, welches in den heutigen schweren Zeiten den besten Trost bringe. Wehe den Menschen, die Gott vergäßen! Wehe der Nation, welche die Religion verwerfe, die sie von den Vätern geerbt habe! Dem polnischen Volke gehe die Religion über alles, nicht nur hier im Kreise, sondern im ganzen Großherzogtum, und das sei sein Glück.

So rate er denn allen, in der Liebe zu Gott nicht nachzulassen und sie auch den Herzen der Kinder schon von der frühesten Jugend an einzupflanzen. Wer die Kinder nicht zur Frömmigkeit erziehe, der setze sie der Gefahr aus, böse Menschen zu werden.

b) Die Liebe zur polnischen Erde! Dieses Gebot werde vielfach garnicht beachtet. Alle Tage lese man in den Zeitungen, daß sich hier und da Verräter fänden, die den heiligen von ihren Vätern ererbten Boden verschachtelten. Herren, Bauern und die kleinsten Besitzer versündigten sich gegen dieses Gebot. Wo bleibe da die Liebe zur heiligen polnischen Erde, in der die Gebeine der großen Vorfahren ruhten! Wehe denen, die ihren ererbten Besitz für Judasgroschen los-schlagen! Liebe Brüder! Gar traurig sehe es gegenwärtig unter den polnischen Landbesitzern aus. Ein Weggefühl müsse das Herz eines jeden wahren Polen beschleichen, wenn er zusehe, wie die seit ewigen Zeiten in polnischen Händen befindlichen Äcker, Wiesen und Wälder an die Fremden veräußert würden. Jeder Veräußerer, der seine Finger gierig nach dem Judasgroschen ausstrecke, werde dereinst Rechenschaft vor Gottes Thron ablegen müssen für seine sündhafte Tat. Nicht nur die Verkäufer der Ländereien, sondern auch die Veräußerer ihrer Häuser in den Städten versündigten sich gegen das nationale Gebot. Wenn das so weiter gehen werde, dann müsse das polnische Volk zu einem Bettlervolke werden und von dannen ziehen in die weite Welt hinaus, ohne Heimat, ohne Obdach, nur noch gelitten unter den Fremdlingen und deren Diener werden. Die Erde sei ein Geschenk Gottes, und jeder Pole habe die heiligste Pflicht, sie zu lieben, als nationales Eigentum festzuhalten. Der Reiche wie der Arme müsse sterben. Wehe aber denen, die als

Veräußerer ihr letztes Stündlein würden nahen sehen! Bittere Reue werde dann wohl jeder ob seiner Sünde verspüren; wenn es schon zu spät sei, werde er wissen, daß ihn die Gesamtheit verfluche, weil er zum Verräter seines Vaterlandes geworden sei, daß es das Vaterland nicht gestatte, die heilige Erde zu veräußern, weil sie für keinen Preis feil sei!

c) Unter dem polnischen Volke sei vielfach die irrige Meinung verbreitet, daß die Liebe zur Einigkeit unter ihm blühe. Man sehe sich die Sache aber nur einmal mit klarem Verstande und mit offenen Augen an. Da fehle denn doch noch sehr viel zur wahren Einigkeit. Es werde noch viel Wasser ins Meer fließen, ehe dies nationale Gebot richtig befolgt sein werde. Man dürfe nur in den Gerichten Umschau halten, da könne man eines Besseren belehrt werden. Um jeder Kleinigkeit willen werde geklagt, denn man verlange Gerechtigkeit. Im vergangenen Jahre habe er, Redner, in Labischin über die Einigkeit gesprochen. Da sei ein Wirt an ihn herangetreten und habe ihm gesagt, daß er auch prozessiere, daß er aber belehrt worden sei und nun aufhören werde, Prozesse zu führen. Aber leider sei es anders gekommen; der gute Voratz habe nicht lange angehalten. Die Sucht, Gerechtigkeit zu erlangen, habe den Mann um sein ganzes Hab und Gut gebracht. — Dem polnischen Volke sei die Uneinigkeit schon ins Blut übergegangen. Die Prozesssucht habe bei ihm früher geblüht und blühe heute noch. O, wie schade sei es doch um das viele Geld, das durch das Prozessieren verloren gehe. Ein Beamter, der seine, von Brzeskis, Rede mit angehört, habe ihm gesagt, er habe goldene Worte gesprochen, denn er, der Beamte, wisse aus Erfahrung, wie wahr seine, v. Brz., Ausführungen seien. Wem sei wohl vielfach die Schuld an dem Prozessieren zuzuschreiben? In den kleinen Städten entfalteten die Volksanwälte des Verdienstes wegen eine äußerst rührige Tätigkeit: sie seien viel schuld an dem vielen Prozessieren. Ihren Klienten gegenüber spielten sich diese Winkelfonsulenten als gute Freunde auf und redeten ihnen der 50 Pfg. oder der Mark wegen zu, ihr Recht bei Gericht zu suchen. Könne man wohl ein solches Verhalten freundschaftlich nennen? Nimmermehr! Ein wahrer Freund werde stets bemüht sein, vor dem Prozessieren zu warnen. Man gehe in solchen Fällen nicht zum Volksanwalt, wohl aber zum Geistlichen und frage den um Rat, dann werde es besser werden.

d) Arbeitsamkeit und Sparsamkeit — welch' schöne Tugenden! Propst Matyaszczyk aus Bartischin habe einmal darüber eine Rede gehalten. Seine Worte hätten ihren Zweck nicht verfehlt; in Bartischin zahlten die Leute viel Geld in die Bank. Sparsamkeit sei insbesondere dem polnischen Volke sehr nötig, weil es zu den ärmsten Völkern gehöre. Viel verschwendet werde namentlich durch die Puzsucht; auf den Hüten sehe man mitunter ganze Blumengärten, und jede Blume koste oft eine Mark. Gelegenheit zum Sparen gebe es immer, z. B. bei Familienfesten. Die Taufpaten sollten anstatt der unnötigen Geschenke lieber ein Sparbuch dem Täuflinge schenken. Sei der Betrag auch noch so gering, so werde doch durch diese gute Sitte gar bald ein schönes Sämmchen zusammenkommen; das bedinge schon die große Vermehrung des polnischen Volkes, denn einem jeden sei ja bekannt, daß es der „Raninchen“ immer mehr gebe. Beim Rechnen nehme man sich ein Beispiel an den Juden. Schon der kleinste „Vocher“ habe ein Sparbuch, und er halte es für eine Ehre, recht viel in die Sparkasse zu tragen.

Nun komme er zur Arbeitsamkeit. Jede Arbeit müsse mit Überlegung ausgeführt werden. Kein Mensch könne genug lernen; verstehe er sein Fach auch noch so gut, so solle er doch immer und immer darum

bemüht sein, sich zu vervollkommen, denn nur so werde er von seiner Arbeit wahren Nutzen haben. Wer mit Vorteil arbeiten wolle, der müsse sich belehren lassen in Vereinen und von klügeren Leuten. Mancher sage; „Was brauche ich in die Versammlungen zu gehen, es ist doch viel richtiger, ich gehe zum Mosche einen heben, davon habe ich doch etwas.“ Wenn alle Wirte die Versammlungen der landwirtschaftlichen Vereine besuchen würden, dann würde es besser um sie bestellt sein. Wenn sie weniger in die Kneipen gehen wollten, dann wäre die Lust zum Arbeiten eine viel größere, der Wohlstand des polnischen Volkes ein besserer.

e) Das letzte nationale Gebot sei eins der wichtigsten! Man bringe Opfer für die nationalen Ideale und wären sie noch so gering. Groschen zu Groschen gelegt, das gebe Tausende. Keiner schließe sich von der Opfervilligkeit aus. Viele Leute trachteten danach, große Reichthümer zusammenzuscharren, sie betrachteten das Geld nicht als Mittel zum Leben, sondern als Zweck des Lebens. Solche Menschen seien imstande, alles zu verkaufen: die Frau, das Kind, die heilige Kirche. Einen Groschen zu nationalen Zwecken zu opfern, das brächten sie nicht fertig.

Zum Schlusse wolle er, v. B., noch auf die Lozung „Jeder zu dem Seinen“ zurückkommen. Früher habe es unter dem polnischen Volke nur zwei Stände gegeben: den Stand der Ritter und den Stand der Diener. Der Mittelstand habe gänzlich gefehlt, und daher sei es den Polen so schlecht ergangen. Heute sei das anders. In Städten und Dörfern gebe es viele Handwerker und Kaufleute. Diesen Leuten müsse man beistehen, wenn sie eine Stütze des Volkstums werden sollten. Nur durch die gegenseitige Unterstützung könne sich der Wohlstand des polnischen Volkes heben. Wenn das polnische Bürgertum erst reicher sei, dann werde es auch in die Lage kommen, seine Stadtverordneten zu wählen. Durch die Hebung des Wohlstandes werde es ihm fernerhin möglich sein, hier einen Landtagsabgeordneten zu bekommen. Obwohl es in vieler Beziehung um das Polentum schon besser stehe, so könne man damit immer noch nicht zufrieden sein. Er bitte die Landsleute und beschwöre sie, mitzuwirken an dem Wohle des Volkes, sich zu verteidigen gegen alles, was der Gesamtheit schädlich werden könne. „Man lasse sich nicht,“ führe die Verteidigung aber auf legalem Wege durch Arbeitsamkeit und Sparsamkeit, man halte fest die Erde der Väter und lasse sich das Geschenk Gottes nicht aus den Händen reißen.

Wenn das polnische Volk die fünf nationalen Gebote erfüllen werde, dann brauche es um seine Zukunft nicht besorgt zu sein, denn Gott werde es nicht verlassen. Gott lasse zwar oft dunkle Wolken über dem polnischen Volke aufziehen, das geschehe aber nur, um das noch vorhandene Böse gänzlich auszurotten. Ein Volk, das sich so treu ans Kreuz halte, wie das polnische, könne unmöglich untergehen!

Propst Matyjażczyk: Man müsse Gott jeden Tag dafür danken, daß er den Bürgern des Schubiner Kreises einen Abgeordneten gegeben habe in der Person des Herrn von Czarinski und dem Wahlkomitee einen Vorsitzenden in der Person des Herrn von Brzeski. Nicht zum ersten male habe Herr von Brzeski in zündender und zu Herzen gehender Weise zu den Wählern gesprochen. Er sei stets bereit, auf dem Platze zu sein, wenn es das Volk von ihm verlange, wenn es gelte, in Verteidigung der bedrohten Schätze

des Polentums aufzutreten. Ihm sei die Ehre, ihm sei der Dank dargebracht für seine aufopfernde Treue!

Zu Punkt 5. Der Kassierer des Schubiner Kreiswahlkomitees, Dekan Strzykowski-Labijchin, erstattete folgenden Kassenbericht: Was er, Str., hier zu sagen habe, sei mit wenigen Worten abgetan. Dem polnischen Volke liege die Pflicht ob, sich das Haus des Glückes zu bauen. Wolle man aber einen Bau aufführen, so müsse man Geldmittel dazu bereit haben. Wenn das Gebäude fertig gestellt sein werde, dann werde man daran gehen müssen, sich einen traulichen Herd in demselben zu errichten, ein Plätzchen, an dem niemand gehindert werden könne, an der nationalen Aufklärung seiner Volksgenossen zu arbeiten. Nichts bedürfe mehr der Behütung, als der Glaube und die Nationalität, die besonders hier in den polnischen Landesteilen von feindlicher Seite bedroht seien. Zur Verteidigung der bedrohten Güter sei der Kampf erforderlich und dieser erheische, wie überall, auch hier Geldopfer. An solchen Geldopfern seien insgesamt eingegangen 233,21 Mark; die Ausgabe betrage 124,40 Mark, der Rest sei bis auf 1,55 Mark an die Provinzialkasse nach Posen abgeführt worden.

Zu Punkt 6. Bäckermeister Siódmiak-Labijchin: Geehrte Wähler! Es sei ihm die Aufgabe gestellt worden, über die preussischen Schulverhältnisse zu sprechen. Leider sei ihm dieser Auftrag zu spät geworden, er habe somit wenig Zeit zur gründlichen Vorbereitung gehabt. Was er hier sagen werde, das komme ihm aber aus dem Herzen und er hoffe, die Zuhörer damit zufriedenzustellen. Die preussische Regierung habe selbst zugegeben, daß es nötig sei, den Kindern polnischen Unterricht zu erteilen. In Labijchin sei der Antrag gestellt worden, die polnischen Kinder am polnischen Unterrichte teilnehmen zu lassen. Ein Vater, der es dieserhalb gewagt habe, sein Anliegen in polnischer Sprache beim Lehrer anzubringen, sei deshalb hinausgeworfen worden, man habe die Tür hinter seinem Rücken verriegelt. Er, S., appelliere an den Herrn Abgeordneten, diese Angelegenheit im Abgeordnetenhaus vorzubringen. Auf den seitens der Eltern in Sachen des polnischen Schreibunterrichts gestellten Antrag erfolge gar keine Antwort. Was solle man angesichts dessen tun? Es bleibe nichts weiter übrig, als sich nach Berlin zu wenden und so lange zu rufen, bis man den Klageruf der Eltern werde beantwortet haben. Falls dieses nichts helfen werde, dann müsse so lange davon gesprochen und geschrieben werden, bis es die ganze Welt höre. Warum werde den Polen das bißchen Recht genommen? Was wollten denn die Preußen von ihnen? Eine Henne rufe ihre Küchlein durch Gackern, niemand bringe sie davon ab, jeder wisse, daß sie ihre Kinder nicht anders verständigen könne. Den Polen, Menschen mit freiem Willen und mit Verstand ausgerüstet, wolle man die Muttersprache nehmen. Man müsse die Preußen vor der ganzen Welt anklagen und diese fragen, ob ein derartiges Traktieren des polnischen Volkes richtig sei. Das Polentum solle mit Gewalt germanisiert werden. So etwas werde den Deutschen nie gelingen, nur müsse man einmütig gegen die Bestrebungen der Regierung vorgehen. Die Nationalität sei ein Schatz von Gott verliehen, daher müsse sie als Heiligtum hochgehalten und bewahrt werden. Das Polentum lasse sich vergleichen mit dem Wasser der Weichsel. Menschenhand sei wohl im Stande, dem fließenden Wasserstrom eine andere Richtung zu geben, niemals aber könne sein Lauf aufgehalten werden. Strömendes Wasser zurückfließen zu lassen, sei unmöglich, dem polnischen Volk den Glauben und die Nationalität zu nehmen, sei ebenfalls nicht angängig.

Den Deutschen sei es genau bekannt, daß sie nicht dumme Leute ihrem Reiche einverleibt hätten, sie wüßten ganz genau, daß sich das polnische Volk die Rechte zu erhalten suche, die ihm als Bürger des Staates zustünden. Diese Rechte zu schmälern, sei die Bestrebung der Deutschen. Das polnische Volk gebe aber die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht auf, es brauche sie nicht aufzugeben, weil es lebensfähig sei, davon zeuge die polnische Vergangenheit und die polnische Kultur.

Propst Mathaszczyk: Der Vorredner habe den Versammelten zu Herzen gesprochen. Er sei ein tüchtiger Handwerker und wisse, daß er nichts zu befürchten habe; er sei auf die Gnade anderer nicht angewiesen. Er, Redner, kenne einen polnischen Handwerker, dem lange Jahre hindurch amtliche Arbeiten übertragen worden seien. Dieser Mann habe gedacht, er müsse maßgebenden Personen gegenüber stets demütig sein. Das habe er auch so lange getan, bis man an seine Stelle einen deutschen Konkurrenten angenommen und ihm die Arbeit entzogen habe. Der benachteiligte Pole sei nun zum Landrat gelaufen und habe gefragt, weshalb ihm die Arbeit mit einem Male abgenommen worden sei. Man habe ihm geantwortet: „Du hast die Arbeit so lange gehabt, jetzt muß sie doch endlich mal ein anderer bekommen!“ Heute wisse nun dieser Mann ganz genau, was man von den Busenfreunden zu halten habe. Jeder erfülle seine nationale Pflicht, niemand rechne auf die Gnade anderer, sondern arbeite rechtschaffen und sei der frohen Zuversicht, daß Gott seine Arbeit segnen werde.

Danilewicz-Bartschin wandte sich mit der Bitte an die Versammelten, die Kinder im polnischen Lesen und Schreiben zu unterrichten, das Land nicht an Deutsche zu veräußern und dem Vaterlande Treue und Anhänglichkeit zu bewahren.

Zu Punkt 7. Propst Mathaszczyk: Die Versammlung gehe ihrem Ende entgegen. Der Herr Abgeordnete habe soeben erklärt, daß er abreisen müsse. Bevor er den Saal verlasse, müsse er, Redner, ihm den Dank der Versammlung aussprechen für sein mannhaftes Eintreten im Reichs- und Landtage. Die Schubiner Wähler könnten stolz sein auf einen solchen Vertreter, wie es Herr von Czarlinski sei. Gott gebe ihm Gesundheit und Kraft, auf daß er noch lange Jahre hindurch das verteidigen könne, was von deutscher Seite uns so sehr bedroht sei.

v. Czarlinski: Er empfehle sich den geehrten Wählern, verspreche ihnen, stets auf ihrer Seite zu sein und das zu verteidigen, was bedroht sei.

Propst Mathaszczyk: Jeder sorge an seinem Teile dafür, daß Gott ihn nicht verlasse. Der Erfolg der an dieser Stelle gehaltenen Reden werde nicht ausbleiben, wenn die Wähler stets einmütig die Verteidigung ihrer Rechte führen würden. Sein, des Redners, größtes Glück sei es, mit seinen Landsleuten zusammenzufinden. Eine solche Empfindung habe ein jeder polnische Geistliche. Man könne Gott nicht genug dafür danken, daß das polnische Volk mit solcher Begeisterung für seine Sache eintrete. Der Geistlichkeit solle das Volk dankbar sein für die dem Volke geleistete Arbeit, dankbar müsse es der Schlachta sein, daß es mit ihm gemeinsame Sache mache, dankbar dem Herrn Vorsitzenden des Wahlkomitees, daß er mit ganzer Hingebung seine Kräfte dem Wohle seiner Landsleute widme. Alles, was man tue, daß müsse im Namen Jesu geschehen, dann werde man niemals vom Wege des Guten abweichen. Auch das polnische Volk wandle stets den rechten Pfad. Wenn der Herr Minister an diesem Orte stünde, dann würde er sagen: „Diese

Leute tun doch nichts Böses, weshalb stellt man sie mir in einem so schlechten Lichte vor?“ Vom Kleinsten bis zum Größten, vom Ärmsten bis zum Reichsten werde nichts weiter verlangt, als die Belassung der Muttersprache, der Religion, der nationalen Eigentümlichkeiten.

Wenn die Schule den polnischen Kindern das vorenthalte, was ihnen not tue, so trügen die Eltern oft selbst die Schuld daran, sie seien nachlässig und sorgten nicht dafür, daß ihnen die noch zustehenden wenigen Rechte belassen würden. Die Geistlichkeit erinnere alljährlich die Eltern von der Kanzel herab daran, daß sie ihre Kinder im Polnischen unterrichten lassen sollten. Der polnische Sprachunterricht sei unentbehrlich für den Vorbereitungsunterricht. Im letzten Jahre hätten sich nur 15 Väter um den polnischen Unterricht für ihre Kinder bemüht. Die Schule habe sich sagen müssen, daß bei einer so geringen Beteiligung der Unterricht sich gar nicht lohne. Von den angemeldeten Kindern besuche oft nur eine verschwindend kleine Zahl den polnischen Unterricht. Das sei Gleichgültigkeit, Nachlässigkeit, man gebe oft dem Lehrer, dem Schulinspektor und der Regierung die Schuld und bedenke nicht, daß der Nachlässigkeit der Eltern in vielen Fällen die Hauptschuld zugeschrieben werden müsse. Man erkenne zuerst die Fehler an sich selbst und mache, wenn das geschehen, denen Vorwürfe, die da bestrebt seien, dem polnischen Volke das Recht zu beschneiden. (Anhaltendes Bravo.)

Zu Punkt 8. Die ruhig verlaufene Versammlung wurde kurz vor $\frac{3}{4}$ 6 Uhr geschlossen.

Bö h m e r,
Kriminal-Kommissar.

B e r i c h t

über den Verlauf der am 6. Mai 1906 im Gmurowski'schen Lokale zu Przysgodzice, Kreis Ostrowo, abgehaltenen Versammlung des Vereins „Straz“.

In Anwesenheit von 72 aus Przysgodzice und Umgegend erschienenen Personen eröffnete der Druckereibesitzer **Stephan Nowinski** aus Ostrowo in seiner Eigenschaft als Starost des Vereins „Straz“ für den Kreis Ostrowo kurz vor 5 Uhr die Versammlung mit dem katholischen Gruße „Gelobt sei Jesus Christus“.

Vor Eintritt in die Verhandlungen richtete er an die Anwesenden etwa folgende Ansprache: Der Ort Przysgodzice sei vielleicht glücklicher als manche andere Ortschaft insofern, als hier während der letzten Wahlen ein polnischer Abgeordneter den Wählern ein klares Bild davon entrollt habe, was und wie in Berlin über die Polen beraten werde. Auch in anderer Beziehung sei Przysgodzice vor anderen Ortschaften voraus und zwar hätten es seine Bewohner erlebt, daß hier erst unlängst eine sehr gut besuchte polnische Theatervorstellung veranstaltet worden sei, ja das Dorf habe sogar einen eigenen polnischen Gesangverein, in welchem sich das schöne polnische Lied einer eifrigen Pflege erfreue. In anbetracht dieser Vorzüge wäre man vielleicht geneigt zu glauben, daß es nicht notwendig sei, hier noch andere Versammlungen zu veranstalten, wie dies heute der Fall sei. Allein der Verein „Straz“, der heut hier verspreche, verfolge einen ganz anderen Zweck, als Wahlversammlungen, Theatervorstellungen und Gesangvereine. Ein jeder wisse, daß es den Polen von Jahr zu Jahr schlimmer gehe, daß sie es immer mehr empfänden, was sie schmerze. Da gebe es z. B. viele unordentliche und leichtfertige Menschen, die

den von den Vätern ererbten Landbesitz verpraßten und an Fremde verkaufen mußten. Infolgedessen sei der polnische Grund und Boden bereits so zusammengechrumpft, daß er kaum noch dazu ausreiche, einen Grabhügel zu errichten. Nicht nur das Land, sondern auch noch andere Dinge seien von den Vätern ererbte Güter, nämlich die polnische Sprache, Kultur und der Glaube. Auch sie müßten, wie der Landbesitz, erhalten werden. Dessen seien sich auch alle bewußt, nur wüßten sie nicht, mit Hilfe welcher Mittel dies geschehen könne. Um nun die Mittel und Wege zu zeigen, wie diese vier Dinge erhalten werden könnten, dazu sei der Verein „Straz“ gegründet worden, der hier einen Delegierten entsandt habe, welcher den Anwesenden die Aufgaben und Ziele des Vereins klar vor Augen führen werde.

Nachdem hierauf der Brenner und Gutsvorsteher Pitnerowski als Schriftführer sowie der Wirt Miszek und ein gewisser Gnurowski als Beisitzer in das Bureau berufen worden waren, wurde dem Delegierten vom Hauptvorstande des Vereins „Straz“, Architekten **Ceslaus Zeitgeber**, aus Posen das Wort erteilt.

Jedermann habe — führte Redner ungefähr aus — von dem Verein „Straz“ schon gehört oder gelesen. Alle wüßten, wie sich die polnische Volksgesamtheit über diesen Verein freue, alle könnten die Lösung dieses Vereins, die da laute: Czuj duch — Aufgepaßt! Um die Aufgaben und Ziele des Vereins „Straz“ verständlicher zu machen, wolle er, Redner, die ganze Lage des polnischen Volkes mit wenigen Worten zu schildern versuchen. — Die Verhältnisse des polnischen Volkes im Deutschen Reiche seien recht traurig. Wiewohl die Polen nach allen Regeln der Kunst bedrückt würden, so wolle doch niemand unter ihnen auf den Namen eines Polen verzichten. Sie seien vielmehr stolz darauf, einer 20 Millionen zählenden Nation anzugehören, welche eine tausendjährige Kultur, Vergangenheit und Herrschaft hinter sich habe. Die polnische Herrschaft sei voller Glanz, sie werde verkörpert durch die glänzenden Gestalten der Könige Sobieski, Boleslaus Chrobry und Jagiello. Dieser habe die Kreuzritter bei Tannenberg so aufs Haupt geschlagen, daß sie sich davon niemals mehr zu erholen vermocht hätten. Sobieski dagegen habe die ganze abendländische Christenheit im siegreichen Kampfe gegen die Türken vor dem Untergange gerettet. Das polnische Volk habe ferner einen Kopernikus hervorgebracht, es habe die berühmte Konstitution vom 3. Mai geschaffen. Wenn diese auch nicht in Tätigkeit getreten sei, so sei sie doch ein Denkmal für den zeitweiligen Tod des Polenreiches geblieben. Auch in der Literatur nehme das polnische Volk mit anderen Nationen den Wettkampf auf. Von der jetzigen Generation aber hänge es ab, ob die von den Vätern ererbten Schätze erhalten würden. Von allen Seiten drohten den Polen Gefahren, durch Drohungen, Quälereien, ja sogar durch Bitten suche man sie auszurotten, zu vernichten. Zur Erhaltung dieser Schätze sei Zeit und Arbeit nötig. Die Polen seien von jeher ein Acker Volk gewesen. Diese Überlieferung sei den Polen trotz der Blüte des Handels und Gewerbes in anderen Ländern geblieben. Nur sei ihnen durch Beschlagnahmen und durch Verkauf viel Land verloren gegangen. In der Provinz Posen sei die größere Hälfte des früheren polnischen Besitzstandes eingebüßt worden, der größte Teil des polnischen Bodens befinde sich gegenwärtig in fremden Händen. Dieser sei für die Polen nie und nimmer wiederzugewinnen, weil den polnischen Bauern der Landwerb dadurch erschwert werde, daß die Gründung neuer Ansiedelungen verboten sei. Allen denen, welche ihr väterliches Erbe in leichtfertiger Weise an Fremde veräußerten, werde

stets der Fluch ihrer bösen Tat anhaften. Trotz dieses Mißgeschicks zeigten die Polen immer noch die größte Lebenskraft in der Ackerwirtschaft. Und weil darauf die Zukunft der Nation beruhe, arbeite der Adel und die Geistlichkeit mit aller Kraft an der Hebung des Landvolkes. Das Volk anerkenne dies und gebe sich die größte Mühe, das noch vorhandene Land auf seine Nachkommen zu übertragen. Dagegen befinde sich der polnische Handel und die Industrie in einer sehr trostlosen Lage, weil ihnen weder innere noch äußere Einflüsse günstig seien. Der kleine Handwerker und Kaufmann verliere immer mehr den Grund unter den Füßen, weil die Ansiedelungskommission nur deutsche Bauern ansiedle, die den Polen boykottierten. Auch der deutsche Beamte meide den polnischen Handwerker und Kaufmann, ja leider sogar die Polen selbst befolgten vielfach den Grundsatz der „Seine zum Seinen“ nicht. Schlimmer noch sei die Lage des polnischen Arbeiters. Er nehme zwar gleich dem deutschen Arbeiter an den Vergünstigungen der Arbeiterschutzgesetze teil, Beschäftigung aber erhalte er nur dann, wenn keine deutschen Arbeiter mehr vorhanden seien, und wenn er schließlich doch bei Deutschen Arbeit finde, so geschehe dies nur, um ihn auszubeuten und zu pressen. Er sei daher gezwungen, die Heimat zu verlassen und nach den fremden Westen auszuwandern, um dort unter den ungünstigsten Verhältnissen den Unterhalt für sich und seine Familie zu erwerben. Aus diesen Tatsachen sei ersichtlich, daß sich der ganze staatliche Apparat gegen die Polen richte. So bliebe ihnen eigentlich nichts mehr übrig, als zum Bettelstab zu greifen und sich der Verzweiflung hinzugeben. Doch täten sie dies nicht, sie hielten den Kopf hoch und machten zwar langsame, aber stetige Fortschritte nach jeder Richtung hin. Man dürfe sich aber nicht der Täuschung hingeben, daß dieser Kampf bald aufhören werde. Das wäre falsch, denn der Kampf werde, statt nachzulassen, noch heftiger und hitziger werden. Das deutsche Volk werde nicht eher nachgeben, bis es eingesehen haben werde, daß dieser Kampf vergeblich sei. Was die polnische Kultur anlange, so stehe auch sie auf einer Stufe, daß sich die Polen ihrer nicht zu schämen brauchten. Sie hätten das Christentum zwar verhältnismäßig spät angenommen, dieses habe aber bald eine solche Macht erreicht, daß das Königreich Polen später zur Vormauer der abendländischen Christenheit geworden sei. Ganz besonders schön, geschmeidig und biegsam sei die polnische Sprache mit ihrer reichen Literatur, die unter den Literaturen der anderen Völker einen ganz hervorragenden Platz einnehme. Das polnische Volk habe sehr viele ausgezeichnete Dichter und Gelehrte hervorgebracht, die in dieser schönen Sprache ihre innersten Gefühle und Empfindungen ihrem Volke mitgeteilt hätten. Um diese polnische Kultur zu vernichten, würden die mannigfachsten Mittel hierzu angewandt. Schon vom 6. Lebensjahre an werde das polnische Kind in einer Sprache unterrichtet, die ihm völlig fremd sei. Wenn es sich auch abquäle und abmühe, so gelinge es ihm dennoch sehr häufig nicht, sich in dieser Sprache richtig auszudrücken. Das führe sehr oft zu Konflikten mit den Behörden, und die Folge hiervon seien häufig lange Gefängnisstrafen und die Ausdehnung des Schulbesuchs über das 14. Lebensjahr hinaus. Die Grundsätze des Glaubens würden den Kindern mit Gewalt ebenfalls in einer fremden Sprache eingefloßt, die Anbringung polnischer Firmenschilder werde verboten, sogar das Tragen der unschuldigen polnischen Mägen werde unterjagt; polnische Privatschulen würden nicht geduldet, selbst den polnischen Frauen stehe es nicht frei, unentgeltlichen Privatunterricht zu erteilen; eine Dame habe sogar eine Gefängnisstrafe abbüßen müssen, weil sie nicht in der

Lage gewesen sei, die ihr wegen Erteilung von Privatunterricht auferlegte Geldstrafe zu erschwingen. Das polnische Lied sei den polnischen Kindern unbekannt, auch polnisch lesen und schreiben könne es nicht, weil noch nicht überall polnische Bibliotheken und polnische Buchhandlungen vorhanden seien. Auch in rechtlicher Beziehung würden die Polen hintangesetzt, weil die Gesetze von vielen Behörden nicht beachtet würden. So würden die Eintragungen auf den Standesämtern widerrechtlich nicht mit den polnischen Endungen vollzogen, wogegen man dadurch Einspruch erheben müsse, daß man die Unterzeichnung des Protokolls verweigere; ferner würden polnische Versammlungen und Festzüge willkürlich verhindert, sogar Tänze mit Frauen seien bisweilen nicht statthaft, und die Mitgliederverzeichnisse und Vereinsjahrgänge müßten in deutscher Sprache eingereicht werden. Weiter würden sehr oft Polen als Gemeindevorsteher nicht bestätigt, polnische Bewerber als Beamte nicht angestellt, die polnische Sprache sei aus den Behörden verdrängt, und schließlich verlaufe die Ansiedelung an Polen kein Land, trotzdem diese ebenso zur Aufbringung der Mittel für die Ansiedlungskommission beisteuern müßten, wie die Deutschen. Inmitten dieser Leiden sei der Gedanke aufgetaucht, wie die Sprache, der Glaube und die Existenz der Polen am besten zu retten seien, und man sei zu der Überzeugung gekommen, daß dies nicht eine Einzelperson, sondern nur die ganze Volksversammlung imstande sei. Zu diesem Zwecke sei der Verein „Straz“ gegründet worden, der sich die Aufgabe gestellt habe, das polnische Volk in jeder Hinsicht zu verteidigen. An die Fabel von den sieben Stäben anknüpfend, ermahnte Redner die Anwesenden diesem bereits 16 000 Mitglieder zählenden Vereine in Scharen beizutreten und sich so fest zusammen zu schließen, daß keine Macht imstande sein werde, das polnische Volk mit seiner Nationalität und mit seinen Eigentümlichkeiten zugrunde zu richten.

Redner setzte alsdann kurz die Aufgaben und die Tätigkeit der bekannten vier Sektionen des Vereins „Straz“ auseinander und schloß seine Ausführungen mit den Worten: Die Gefahr ist groß, die Vernichtung unserer nationalen Schätze steht uns nahe bevor. Wer polnisch fühlt, wem seine Muttersprache, sein Glaube und die polnische Kultur lieb und heilig ist, der stelle sich auf den Verteidigungswall, der schließe sich mit den Brüdern zusammen und verteidige die von seinen Vätern ererbten Güter. Jeder, der dem Verein „Straz“ beitrith, ist ein Ritter, welcher für polnische Freiheit, Kultur und Sprache kämpft. Schließen wir uns in diesem Verein zusammen, denn er ist nicht nur unser einziger Schutz, sondern auch unsere Zukunft! (Bravorufe.)

Starost Rowinski dankte dem Redner für seine Ausführungen, forderte die Anwesenden auf, die Worte des Redners zu beherzigen und, dem Beispiel anderer Ortschaften folgend, dem Verein recht zahlreich beizutreten, auf daß er in absehbarer Zeit die stattliche Zahl von 200 000 Mitgliedern erreichen, denn so hoch sei die Zahl der polnischen Wähler bei den letzten Wahlen geschätzt worden.

In der darauffolgenden Pause erfolgte die Aufnahme von Kandidaten für den Verein Straz mittelst Aufnahmzetteln. Die Zahl der Beigetretenen wurde in der Versammlung nicht mitgeteilt; nach dem Bericht in der Gazeta Ostrowska belief sich deren Zahl auf 60.

Als zweiter Redner sprach der Wirt Anton aus Topola, der in seinem Vortrage, den er vom Blatte ablas, etwa folgendes ausführte:

Liebe Brüder und Landsleute! Ich begrüße Euch mit der ritterlichen Losung: Czuj duch — Aufgepaßt! Ich rufe Euch unter die Fahne des Vereins, der mit

dem kurzen Ausdruck Straz (Wacht) bezeichnet wird. Der Verein war noch vor kurzer Zeit ein Säugling, und er ist binnen einem halben Jahre zu der stattlichen Mitgliederzahl von 16 000 angewachsen, und erwächst noch immer weiter. Es ist kein Wunder, daß der Verein unter den traurigen und drückenden Verhältnissen der Polen an Ausdehnung gewinnt. Ist er doch dazu geschaffen, um die polnische Sprache und Nationalität, den polnischen Landbesitz und den Glauben gegen die Angriffe der Feinde zu schützen. Jedes Mitglied dieses Vereins ist verpflichtet, in diesem Sinne zu arbeiten. In erster Linie muß danach getrachtet werden, daß das in polnischen Händen noch befindliche Land nicht in fremde Hände übergehe, das Land, von dem der Papst, als er von polnischen Pilgern um Überlassung von heiligen Reliquien gebeten worden sei, gesagt habe: Wozu braucht Ihr Reliquien, ist ja doch jedes Teilchen Eurer polnischen Erde eine Reliquie. Damit der polnische Bauer die Kraft dazu besäße, an seiner Scholle fest zu halten, muß er sich vor allem eine höhere und allgemeinere Bildung aneignen. Das kann er am besten durch die Lektüre polnischer Zeitungen und Bücher bewirken. Durch eifrige Lektüre gewinnt er ganz andere Anschauungen, er lernt den Fortschritt im Ackerbau kennen, er sucht vorwärts zu kommen und mit den Berufsgenossen anderer Nationen wenigstens gleichen Schritt zu halten. Dies vermehrt die Erträge in der Landwirtschaft, gleichzeitig aber auch die Anhänglichkeit und Liebe zu der ererbten Scholle, womit eine erhöhte Förderung des Nationalsinns und eine erhöhte Pflege der nationalen Gebräuche und Sitten sowie der polnischen Muttersprache eng verknüpft ist. Wenn wir so in Liebe und Eintracht zusammenhalten werden, dann wird uns auch die größte Not den Todesstoß nicht beibringen. (Bravorufe!)

Wirt Johann Modrzyński aus Topola trug eine auswendig gelernte Abhandlung vor, in welcher er des ehemaligen Glanzes unter dem polnischen Königtum gedachte, das in der Person des Königs Sobieski durch den Sieg bei Wien die ganz Europa drohende Türkengefahr abgewendet habe, nachdem schon vordem den vordringenden Mongolen von der polnischen Ritterschaft in der Schlacht bei Viegnyß der Todesstoß verjagt worden sei. Diese Heldentaten der Polen habe man später vergessen, denn man habe ihr Reich geteilt, wodurch sie in die Knechtschaft fremder Völker geraten seien. Der erste Kanzler des neuen deutschen Reiches habe die Polen mit unförmlichem Haß verfolgt, seine Rolle hätten dann die Hakatisten übernommen, die sich das Ziel gesetzt hätten, die Polen von der Erdoberfläche wegzufegen. Die Verfolgung werde immer heftiger, weil die Hakatisten erst in diesem Kampfe in Erfahrung gebracht hätten, daß die Polen „Ideale“ hätten, für die sie ihr Leben hinzugeben bereit seien. Die Polen würden aber den Mut nicht sinken lassen, sondern sie wollten, gleichwie eine todesmutige Schiffsmannschaft, ihr von Stürmen bedrohtes Schiff in den sicheren Hafen zu retten bemüht sein, mit Hilfe des Vereins „Straz“ an ihrer heimatlichen Scholle zäh festhalten, wie gierig auch die Feinde ihre Hände danach ausstreckten? (Bravorufe!)

Wirt Johann Bartosz aus Przysgodzie konnte wegen der durch ein heraufziehendes Gewitter verursachten Dunkelheit seine Ansprache nicht ablesen, so daß dies der Vorsitzende Rowinski an seiner Stelle tat. Der Inhalt dieses Elaborats gipfelte in der Ermahnung der Anwesenden, stets der Losung des Vereins „Straz“ „Czuj duch — Aufgepaßt!“ eingedenk zu sein, stets darauf zu achten, daß das sich noch in polnischen Händen befindliche Land nicht zusammenschrumpfe, sondern das es sich immer mehr ausdehne, daß die Eltern

ihren Kindern die Grundsätze des Glaubens in polnischer Sprache beibringen und sie polnisch beten, lesen und schreiben lehren sollten, weil dies in der Schule vernachlässigt werde. Die Ausführungen schlossen mit einer Aufforderung zum Beitritt in den Verein Straz und zum Frieden im öffentlichen und Familienleben, weil es schon in der Schrift heiße: Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.

Das Schlusswort ergriff Starost Rowinski. Er rekapitulierte das von den vier Rednern Vorgetragene in kurzen Zügen, ermahnte die Anwesenden, für den Verein „Straz“ eifrig und überall zu agitieren, forderte sie zur Beherzigung und Weiterverbreitung des Gehörten in ihren Familien auf, dankte den Teilnehmern für ihr zahlreiches Erscheinen und für ihr musterhaftes Verhalten während der Verhandlungen, der Hoffnung Raum gebend, daß sie mutiger in die Zukunft blicken und sich im nächsten Jahre wiedersehen würden.

Nach einem von dem Wirte Mordzynski-Topola auf den Starosten Rowinski ausgebrachten dreifachen Hoch, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten, dankte Rowinski für die ihm dargebrachte Ovation und schloß die ruhig verlaufene Versammlung um 6 $\frac{1}{4}$ Uhr nachmittags.

Die Intelligenz war durch den Fürstlich Radziwillschen Verwalter v. Jablocki vertreten; Vertreter der Geistlichkeit waren nicht anwesend.

Maluche,
Königlicher Bureaudiatar.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 50 des Pielgrzym (Pelplin)
vom 26. April 1906:

Pelplin.

Ein falsches Gerücht

hat sich durch die Schuld eines Herrn verbreitet, und zwar, daß sich der hiesige Druckschulze (wójt) an den Verlag unseres Blattes gewandt hätte wegen des Druckens der Gemeindeanzeigen. Wir erklären hiermit, daß sich weder der Amtsvorsteher noch sein Vertreter in dieser Angelegenheit an uns gewandt haben — dieses Gerücht ist falsch.

Aus Nr. 50 des Pielgrzym (Pelplin)
vom 26. April 1906:

Deutsch-Eylau.

In diesen Tagen kaufte Ignaz Paul Schroeder, ein Pole aus Osterode, das Rittergut Quirren bei Deutsch-Eylau von einem Deutschen für 194 500 Mk. Die Auflösung wird am 2. Mai erfolgen.

Aus Nr. 49 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 24. April 1906:

Graudenz, den 23. April 1906.

Ein Soldat

des in den Kasernen an der Rehdecker Chaussee liegenden Infanterieregiments hat am vorigen Sonnabend des Abends einen ruhig seines Weges gehenden Passanten belästigt. Wer weiß, was daraus entstanden wäre, wenn nicht der Abgeordnete Kulerski, der gerade

nach Hause ging, den Soldaten aufgefordert hätte, den Menschen, der ihm nichts getan habe, in Ruhe zu lassen. Der Belästiger hat ja wohl einen großen Mund gemacht, doch er ließ jenen Menschen in Ruhe und schloß sich seinen zuschauenden Kameraden an.

Manche Soldaten aus jenen Kasernen machen sich abends dem Publikum mitunter überhaupt fühlbar, und zwar dadurch, daß sie beim Gehen die ganze Promenade einnehmen, so daß man sie im Vorübergehen mitunter streifen muß. Den Passanten aus dem Wege zu gehen fällt ihnen garnicht ein. Es wäre erwünscht, wenn die zuständigen Militärbehörden ihnen etwas mehr Höflichkeit beibrächten.

Aus Nr. 98 des Postep (Posen)
vom 29. April 1906:

Erfolglose Bestrebung.

(Betrifft westpreussische Schulverhältnisse.)

Um uns zu verdeutschen, greifen unsere Bubenfreunde zu verschiedenen Mitteln. Schon in der Schule redete der deutsch-evangelische Lehrer über Polen ungewaschenes Zeug, er schimpfte und schmähete die Helden, er brandmarkte die Unordnung im alten Polen, erzählte von der einstigen Leibeigenschaft und vom Adel fürchterliche Märchen und war nach Kräften bestrebt, uns Polen unsere heilige Vergangenheit als eine wahre Hölle darzustellen.

Dagegen lobte er die heutige Regierung, zählte alle Wohltaten auf, rühmte die kreuzritterliche Tapferkeit, ließ sich breit über Martin Luther, über seine Kühnheit aus, über die Ablegung des katholischen Glaubens seitens der damaligen Herrscher usw. Wenn er den evangelischen Kindern Religionsunterricht erteilte, so rief er uns Katholiken in die Klasse, damit wir den Vorträgen aus dem lutherischen Katechismus zuhörten und die ganze Reformation gut kennen lernten.

Das geschah in Westpreußen, in Groß-Boroszewo, Kreis Dirschau. Unser Sprichwort lautet: „Gott sorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.“

So war es auch bei uns in der Schule. Statt Deutsche zu werden, wie der Lehrer und die Regierung es wünschten, verachteten wir alle Wohltaten, da man täglich unsere heilige Kirche, das Vaterland und unsere Sprache beleidigte. Wer hat mich zum Polen erzogen? Um die Wahrheit zu sagen, lieber Leser, die Schule des Bismarckschen Systems; denn dort hat man mir gesagt, ich sei ein Pole, doch ich solle ungefümt ein wackerer Deutscher werden, der außer den Polen nichts fürchte, sogar die Hereros nicht. Ein Pole.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 54 des Polak (Rattowitz)
vom 5. Mai 1906:

Herr Kowalezyk

ist in Wilna weder gewesen, noch verhaftet worden. So hat das Auswärtige Amt aus Berlin nach Rattowitz mitgeteilt. Wie wir bereits berichteten, wissen wir von einer ihm sehr nahestehenden Person, daß er sich unter fremdem Namen in einem Gefängnis im Königreich Polen befindet. Es hat sich bestätigt, was die Wilnaer Blätter geschrieben und wir nach ihnen wiederholt haben. Der Gornolozak hat uns deswegen gescholten, und dennoch hatten wir recht.

Aus Nr. 53 des Polak (Kattowitz)

vom 3. Mai 1906:

Germanisatorischer Übermut.

Deutsche Blätter lassen sich lang und breit über einen unerhörten germanisatorischen Übermut in der Kirche aus. In Zaborze empfangen am verflossenen Donnerstag 230 polnische Kinder die erste hl. Kommunion. Jedermann weiß, daß dies die großartigste Feier für Kinder wie für Eltern ist, daß die hl. Kirche eine solche Feier möglichst prächtig begeht, um die Herzen sowohl der Kinder und Eltern, als auch aller Parochianen zu erheben. In der Zaborzer Kirche dagegen wurde den polnischen Eltern das größte Argernis gegeben, was man sich nur denken kann. Christus der Herr hieß seine Apostel die Völker in allen Sprachen lehren, und die hl. Kirche heißt die Gläubigen in der Muttersprache unterrichten, sie beschützt die Muttersprache und sie verhindert ihren Gebrauch in erlaubten Gesprächen nicht, in jedem Falle aber verurteilt sie die Verdrängung der Muttersprache zugunsten einer anderen. In Zaborze aber herrscht eine andere Ansicht über diese Sache; dort wird die deutsche Sprache als besser angesehen, obgleich sie für das Volk unverständlich ist. Während des Geleits der Kinderchar zum Empfange der ersten hl. Kommunion ließ der Organist auf dem Chore deutsch singen. Dieser germanisatorische Übermut des Organisten verletzte das polnische Volk in seinen heiligsten nationalen und religiösen Gefühlen, und es verlieh dem auch Ausdruck in der Kirche.

Nach der Andacht sammelten sich große Mengen polnischen Volkes vor der Kirchentür an, um den germanisatorischen Organisten auf seinem Heimwege zu begrüßen. Viel Volk begab sich auf das Pfarramt und verlangte vom Geistlichen eine Erklärung der unverkämpften Germanisierungspolitik in der Kirche. Wie sich der Geistliche entschuldigt hat, wissen wir vorläufig nicht. Das aufgeregte Volk verlieh natürlich in kraftvoller Weise seinen Gefühlen Ausdruck. Der Herr Organist aber lief davon und versteckte sich in der Sakristei. Das Volk wartete lange vor der Kirche und zerstreute sich erst dann, als ein Begräbnis nahte, welches viele Polizisten begleiteten.

Man braucht diesen Fall durchaus nicht scharf zu beurteilen, denn er richtet sich von selbst. Der Organist ist nicht dafür verantwortlich, was in der Kirche geschieht. Verwalter ist der Herr Pfarrer, er muß dies auch verantworten. Wie kann denn das Volk Vertrauen zu seinem Geistlichen haben, wenn es solche germanisatorischen Übergriffe sehen und ertragen muß.

Den traurigsten Eindruck aber macht es, wenn in einem solchen polnischen Zaborze 430 Kinder, welche den Unterricht in deutscher Sprache empfangen, zum Tische des Herrn traten. In Zaborze werden entschieden zu wenig polnische Zeitungen und zuviel deutsche Schmierblätter gelesen.

Volksgenossen! Geht eifrig ans Werk und werbet für uns neue Leser. Wenn ein solches Blatt, wie der Polak, 1000 Leser nur in Zaborze haben wird, dann wird, davon seid überzeugt, ein so trauriger Fall von Germanisation in der Kirche nicht vorkommen.

Aus Nr. 54 des Polak (Kattowitz)

vom 5. Mai 1906:

Lublinitz.

Da ich die Fortschritte des Deutschtums in unserer Parochie aus der Nähe sehe, kann ich nicht länger schweigen, und ich muß wenigstens mit wenigen Worten unsere Verhältnisse berühren. Die Germanisation giebt sich nach außen am deutlichsten durch den Zuwachs der Zahl der die erste hl. Kommunion empfangenden Kinder kund, welche am deutschen Vorbereitungsunterricht teilgenommen hatten. Im l. J. gab es 120 deutsche Kinder, während die Zahl der polnischen nur 70 betrug. Mancher wird wohl sagen, nun, das ist doch eine Stadt, mithin sind die Parochianen Deutsche. Das sieht jedoch nur scheinbar so aus; in Wirklichkeit ist dem nicht so, denn wenigstens die Hälfte dieser deutschen Kinder stammt aus polnischen Familien. Die Germanisation wird hier von verschiedenen Seiten betrieben. Bekanntlich ist die Schule die Hauptpflanzstätte des Deutschtums; wir empfinden es aber schmerzlich, daß auch Geistliche zur Germanisierung beitragen. Dem Herrn Pfarrer könnte man es eher verzeihen, denn er ist ein geborener Deutscher, der Herr Kaplan ist aber der Sohn polnischer Eltern, und er verkehrt am häufigsten mit Deutschen, mit den Polen dagegen nur soviel, als es die Notwendigkeit erfordert. Als die deutschen Kinder zum Tische des Herrn traten, waren sämtliche Lehrer in Cylinderhüten erschienen; als dagegen die polnischen Kinder zur ersten hl. Kommunion gingen, sahen wir nur zwei Lehrer in gewöhnlichen Hüten. Solche Umstände tragen dazu bei, daß die Leute aus Eitelkeit dorthin gehen, wo sie Ehre und äußeren Glitter sehen. Man mußte unter dem Volke wahre Bildung verbreiten und es lehren, daß die Achtung, nicht aber die Geringschätzung der Muttersprache eine wahre Ehre sei. Es ist die höchste Zeit, tatkräftigst ans Werk zu gehen, unterdessen aber laßt uns verlangen, daß man uns wenigstens in der Kirche gerecht behandle. In der Kirche wurde die Abhaltung von Maiaandachten angekündigt, von polnischen Andachten aber wurde nichts erwähnt, als ob es hier Polen nicht gäbe.

Ein Pfarrkind.

Aus Nr. 99 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 2. Mai 1906:

Berteidigen wir unsere polnischen Ortsnamen.

Das obereschlesische Land, das wir bewohnen, ist polnisch, ist unser, denn wir empfangen es als Erbe nach unseren Vätern und Vorfahren. Das Recht auf dieses Land kann uns niemand abspreschen, denn es ist durch den Schweiß und das Blut unserer Urväter geheiligt worden, die so oft dieses Land verteidigten und gegen die Einfälle der Feinde schützten. Es gibt wohl keine Spanne Land in Oberschlesien, die uns nicht an irgend einen schmerzlichen oder freudigen Vorgang in der Geschichte des polnischen Volkes in Oberschlesien erinnerte. Der Name jedes Dörfchens ist uns lieb und teuer, denn es hat manchmal seine symbolische Bedeutung, die uns an irgend ein wichtiges Ereignis in der Geschichte des polnischen Volkes erinnert, wie z. B. Psie Pole (Hundsfeld).

Mit Rücksicht darauf ist es unsere heilige Pflicht, diese Namen, die eine historische Bedeutung haben, zu verteidigen und zu erhalten, ebenso wie wir verpflichtet sind, den Landbesitz oder irgend ein anderes von den Vätern überkommenes Erbe zu achten und zu erhalten. Indessen, was geschieht?

Immer häufiger erhalten wir Briefe oder wir lesen in deutschen Blättern, daß in dieser oder jener Gemeinde die Vertreter der Änderung des uralten Namens ihres heimatlichen Dörfleins in einen „kulturellen“ Namen zugestimmt hätten. Wir könnten hier ganze Reihen solcher preußischer in Oberschlesien vollzogener Tausen aufzählen, aus Mangel an Raum aber erinnern wir nur daran, daß unlängst Lagiewniki in „Hohenlinde“, Mala Dombrowska in „Eichenau“, Szczuglice in „Gäziental“ und in diesen Tagen Brzezinka in irgend ein „Birkental“ umgetauft worden ist. Groß-Mieniadowo wollte man auch umtaufen, dank der tatkräftigen Einsprüche der dortigen Volksgenossen aber ist die beabsichtigte Änderung nicht zustande gekommen. Wird jedoch dieser Widerstand von langer Dauer sein?

Die Namen der Städte sind jetzt schon alle verändert und verdeutsch, mit Ausnahme des einzigen Rybnik.

Wie ihr also seht, liebe Leser, ist die Gefahr groß, die den schönen polnischen Namen unserer ober-schlesischen Dörfer seitens des habgierigen Deutschtums droht, welches mit aller Kraft danach strebt, die geringsten Spuren des Polentums im ober-schlesischen Lande zu verwischen. Solange unser Oberschlesien die polnischen Namen seiner Ortschaften erhalten wird, solange wird es auch trotz seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche polnisch bleiben. Wenn wir aber solche preußische Tausen dulden werden, wird bald auch dieses letzte äußere Gewand verschwinden — das darauf hinweist, daß Schlesien einst polnisch war.

Wehren wir uns also gegen diese Tausen mit erlaubten Mitteln. Es hängt doch schließlich von den Gemeindevertretern ab, ob die Änderung des Namens irgend eines Orts zustande kommen soll oder nicht. Wenn die Gemeindevertreter ihre Zustimmung ablehnen werden, darf das Dorf nicht umgetauft werden. Wählt also zu Gemeindevertretern nur Leute, die im Gefühl ihres Polentums unter keiner Bedingung die Umtaufe ihres Heimatdorfes zulassen werden.

Die Vertreter brauchen für sich keine unangenehmen Folgen zu befürchten, wenn sie mit solchen deutschen Gelüsten nicht einverstanden sind, denn sie sind von niemandem abhängig. Die Vertreter bestätigen niemand im Amte und sie brauchen niemanden zu fürchten, sondern sie sollen so handeln, wie ihnen das polnische Gewissen befiehlt.

Die erfahrenen Leute aber sollten ihre unaufgeklärten Mitbrüder stets darauf aufmerksam machen, eine wie große Gefahr für unser polnisches Oberschlesien die Verdeutschung der polnischen Ortsnamen ist.

Aus Nr. 55 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 10. Mai 1906:

Kattowitz.

Verflossenen Sonntag sollten zu Jenzor in Galizien Turnübungen des Sokolvereins stattfinden. Das ist eine unschuldige Sache, und dennoch wurde es für ratsam erachtet, niemanden über die Brücke zu lassen, die dort unlängst von der Myslowitzer Grube errichtet wurde. Zwei Gendarmen standen auf Posten, damit niemand die Brücke überschreite. Da die Brücke Privateigentum der Grube ist, läßt sich nichts dagegen tun. Es wurden nur diejenigen hinübergelassen, welche sich ausweisen konnten, daß sie in Jenzor wohnen.

Manche Deutsche beteuerten hoch und heilig, daß sie die polnische Sprache überhaupt nicht verstünden, aber auch das half nichts, sie mußten unverrichteter Sache nach Hause zurückkehren.

Uns sind diese Verbote gleichgültig, ja wir freuen uns darüber, denn auf diese Weise werden sich die Deutschen persönlich überzeugen, wie gut es den Polen in Preußen geht.

Aus Nr. 102 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 5. Mai 1906:

Dom b.

Die Liebhabervorstellung des Theaterstücks „Trojka hultajska“ (Das liederliche Kleeblatt) kann am 6. d. M. in Josefsdorf nicht aufgeführt werden. In letzter Stunde hat Frau Wolf die Saalbenutzung abgelehnt. Brüder, so achten uns die Herren Wirte; wenn Du Dein sauer verdientes Geld zu ihnen trägst und mehrere Duzend Gläschen Schnaps vertilgst, so bist Du gern gesehen, aber hüte Dich, eine andere Zerstreuung von ihnen zu fordern. Das Komitee hat Verluste in Höhe von etwa 75 Mark, und es wird, selbst wenn es auf gerichtlichem Wege geschehen sollte, eine Entschädigung fordern.

Aber auch diese Hindernisse vermochten unseren Geist nicht zu beugen und deshalb haben wir beschlossen, das genannte Theaterstück mit unverändertem Programm zu Międzyrzecz in dem gastfreundlichen Österreichisch-Schlesien den 20. Mai d. J. aufzuführen. Das Komitee wird dies mit folgendem Programm veranstalten: Um 10,45 vormittags reisen wir von Kattowitz nach Dzieditz ab, wo wir um 12,15 mittags ankommen.

Hier werden wir auf bekränzten Leiterwagen unter Musikbegleitung und Gesängen durch eine schöne Gegend nach Międzyrzecz fahren. In Międzyrzecz beginnt um 4 Uhr das Konzert, dann findet die Auf-führung des Theaterstückes „Das liederliche Kleeblatt“ statt, sowie Deklamationen unter dem Titel: „Der preußische Landesteil in Czestochau“. Nach jedem Akte ein lebendes Bild und zwar: 1. Kartenspieler; 2. Die Verhaftung des Sobczyk; 3. Der Eltern Segen. Nach der Vorstellung findet Tanz bis zum frühen Morgen statt.

Den 21. Mai, früh 8,14, Abfahrt aus Dzieditz; um 9,34 sind wir wieder in Kattowitz.

Auch Sonntag, abends um 5,48, kann die Rück-fahrt angetreten werden.

Eintrittskarten für das Konzert, Theater und Tanzvergügen sind bei den Herren Szlis und Rowol in Josefsdorf zu folgenden Preisen zu haben: Nummerierter Platz 1,50 Mark, erster Platz 1,00 Mark, zweiter Platz 50 Pf. Diejenigen, welche sich zur gemeinsamen Abreise melden, erhalten Fahrkarten zu ermäßigten Preisen und zwar: nummerierter Platz 1 Mark, erster Platz 75 Pf.

Das Komitee.

Aus Nr. 36 der Gazeta Opolska (Oppeln)

vom 4. Mai 1906:

Groschowitz.

Wir lesen in der Gazeta Opolska, daß einer von den hiesigen Lehrern zum Standesbeamten ernannt worden sei. Darüber ist das ganze Dorf erstaunt, denn dieses Amt ist gerade demjenigen übertragen worden, der nicht polnisch versteht. Der frühere Standesbeamte sprach ziemlich gut polnisch, und alle waren zufrieden, denn bei dieser Behörde sind verschiedene Sachen zu erledigen, und es kommen verschiedene Leute dahin, für die ein

polnisch nicht verstehender Beamte eines Dolmetschers bedürfen wird. Aber, liebe Leser, vielleicht kann ich Euch etwas belehren, denn wer weiß, ob Ihr es alle wißt, daß in Groschowitz das Deutschthum ungeheuer wächst. Bei der letzten Volkszählung hat es sich nämlich herausgestellt, daß es in Groschowitz 900 Deutsche gibt. Jetzt werdet ihr vielleicht fragen, wie so 900? Woher? Hat man doch selbst in Berlin große Angst, denn dort wurde laut gesprochen, daß sich die Kaninchen mehr vermehren als die Hasen, und hier ist es jetzt umgekehrt?

Dieses Rätsel will ich Euch nun lösen. Unsere Lehrer wandten großen Verstand an. Vor der Volkszählung sagten sie den Kindern in der Schule, sie sollen den Vätern zu Hause mitteilen, daß jeder seine Familie in die Zählkarte eintragen und bereit halten möge; wenn sie kommen würden, so würden die Zählkarten nur abgegeben werden. So gingen sie von Hütte zu Hütte, und erst zu Haus setzten sie sich nieder und trugen in die Formulare ein, was ihnen gefiel, jeder nach seinem Gutdünken.

Es wäre gut, wenn unsere Abgeordneten den Herrn Minister anfragen wollten, ob eine solche Volkszählung erlaubt sei! Wir lasen schon wiederholt, wie es die Regierung wünscht, die Lehrer richten sich aber danach nicht. Am besten wäre es, wenn man Lehrer dazu überhaupt nicht nähme, sondern nur Privatpersonen. Ich bin der Ansicht, daß der Ackermann keinen Gewinn erzielt, wenn er seinen Acker vernachlässigt und nicht bestellt, daß dem Handwerker die Arbeit nicht abgenommen wird, wenn er sie schlecht ausführt, und daß der Arbeiter, der die ihm aufgetragene Arbeit nicht ausführt, keinen Lohn bekommt. Ebenso müßte der Lehrer gewissenhaft ausführen, was ihm zur Ausführung übertragen worden ist.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 188 des Słowo Polkie (Lemberg)

vom 30. April 1906:

Bischof Sikowski und die Vereine deutscher Katholiken.

Vor einigen Wochen brachten wir die Mitteilung, daß der Erzbischof v. Stabilewski den Geistlichen deutscher Nationalität befohlen habe, aus dem Verbands der deutsch-katholischen Vereine auszutreten, weil der Verband die kirchliche Behörde angegriffen und gegen diese das deutsch-katholische Element aufgereizt habe. Der Erzbischof handelte ausschließlich in Wahrnehmung seiner Kompetenz und seiner geistlichen Machtbefugnis.

Demnächst erließ der Bischof Sikowski, welcher den seit längerer Zeit erkrankten Erzbischof vertritt, einen besonderen Brief an die deutschen Geistlichen in Posen, in welchem er sie aufforderte, aus dem Verein deutscher Katholiken auszutreten, weil dieser Verein die Absicht hatte, sich dem oben erwähnten Verbands anzuschließen.

Alle Posener Geistlichen deutscher Nationalität traten tatsächlich aus dem Verein aus. Es sind ihrer sieben, darunter drei Mitglieder des Domkapitels.

Der Verein gab indes die Sache nicht auf. Es wurde eine Generalversammlung einberufen und beschlossen, an die geistliche Behörde eine Eingabe zu machen und um Zurücknahme des betreffenden bischöflichen Schreibens zu ersuchen. Der Vereinsvorstand

hebt in seinem Bittgesuch hervor, daß der Verein nach vorhergegangener Verständigung mit dem Herrn Erzbischof v. Stabilewski sich dem Verbands angeschlossen habe. Zum Beweise der Richtigkeit seiner Behauptung führt der Vereinsvorstand die Unterredung des Domherrn Klinka (eines Deutschen) mit dem Herrn Erzbischof v. Stabilewski an.

In Beantwortung des vorerwähnten Schreibens richtete der Bischof Sikowski an den Vereinsvorstand einen Brief, dessen zweite Hälfte wir als eine charakteristische Urkunde hier wörtlich anführen: „Den mir unterstellten Geistlichen gegenüber habe ich den ausdrücklichen Wunsch geäußert, sie möchten aus dem Verbands der Deutsch-katholischen Vereine austreten, weil ich, mit Rücksicht auf die Gesamtlage, den Austritt für angezeigt hielt. Die betreffenden Geistlichen gehorchten bedingungslos meiner Aufforderung. Hiermit erachte ich die Sache als erledigt.“

Aus dem angeführten Dokument geht hervor, daß der Herr Bischof Sikowski es versteht, den deutschen, den Hafatismus verbreitenden Katholiken gegenüber mit Energie entgegenzutreten, zu welcher sich der Herr Erzbischof v. Stabilewski ausschließlich seinen polnischen Landsleuten gegenüber aufzuraffen pflegt. Es ist anzunehmen, daß der Bischof Sikowski gewissermaßen unter dem Eindruck der neuen Attentate auf die polnische Sprache in der Schule und namentlich bei dem Religionsunterricht gehandelt habe.

Die hafatistische Presse, mit dem Posener Tageblatt an der Spitze, greift die Person des Bischofs Sikowski heftig an und hebt besonders hervor, daß der Herr Bischof ausdrücklich in Vertretung und nicht im Auftrage des Herrn Erzbischofs gezeichnet habe! Bischof Sikowski habe demnach selbständig gehandelt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle Regierungshebel in Bewegung gesetzt werden würden, um den Bischof an die Wand zu drücken und zu bewegen, seinen Erlaß zurückzunehmen. Es wird sich wohl bald zeigen, ob die Selbständigkeit und Energie des Herrn Bischofs der Diplomatie oder vielmehr dem Terrorismus der preussischen Regierung Stand halten wird.

Die Beseitigung des Restes

der polnischen Sprache in den Schulen

vollzieht sich in einer ganzen Reihe von Ortschaften. Ministerialerlasse sind heutzutage überflüssig. Die betreffende Schulbehörde hebt ohne weiteres den polnischen Religionsunterricht in der Unterstufe, sowie gleichzeitig den im Interesse des Religionsunterrichts erteilten polnischen Unterricht auf und nimmt sich die Einsprüche der polnischen Eltern durchaus nicht zu Herzen. So wird aus Buk, Kosten, Kieltshewo, Storchneß, Koschmin usw. berichtet. Bemerkenswert verhält sich in der Sache die Germania. In Storchneß erklärten die Eltern den Lehrern, es sei ihnen lieber, wenn die Kinder in der Schule gar keinen Religionsunterricht hätten, als wenn sie die Glaubensartikel in deutscher Sprache lernten. In ihrer heiligen Entrüstung bezeichnet dies die Germania als „einen netten Standpunkt“, vergessend, daß zurzeit des Kulturkampfes der Kardinal Ledochowski gleichfalls verboten hat, in den unteren Gymnasialklassen den Religionsunterricht deutsch zu erteilen, es vielmehr vorzog, daß er garnicht erteilt wurde. Erst der Erzbischof Dinder hat einen anderen Standpunkt eingenommen. Zur Zeit des Kulturkampfes trat das Zentrum mächtig für die Politik des Kardinals Ledochowski ein, heute verurteilt es die Familienväter aus Storchneß. Andere Zeiten, andere Menschen.

Die landwirtschaftlichen Vereine in Westpreußen

sollen, wie seinerzeit berichtet worden, nach dem Muster des großpolnischen Verbandes zentralisiert werden. Mit der Durchführung des Projekts wurde in der letzten Versammlung der landwirtschaftlichen Vereine Westpreußens Herr von Jaworski-Lippinken beauftragt.

Herr v. Jaworski macht jetzt bekannt, daß sich bis jetzt für den Verband unter einem Patronate 20 Vereine erklärt hätten und ersucht die Delegierten,

sich zu der am 3. Mai in Pselplin stattfindenden Gründungsversammlung einzufinden.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Zusammenschluß der westpreussischen Rustikalvereine zu einem Verbands zur Belebung der bereits bestehenden und zur Gründung einer Anzahl neuer Vereine beitragen werde. Bis jetzt steht die Sache der Bauernvereine in Westpreußen hinsichtlich des Wertes und der Anzahl unvergleichlich viel tiefer, als die in der Provinz Posen.

